

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Karl-Heinz Ruffmann
Das Gewicht Deutschlands
in der sowjetischen
Außenpolitik bis 1945

Enno Meyer
Deutschland und die
Deutschen in polnischen
Geschichtslehrbüchern

Joachim Radkau
Die Exil-Ideologie
vom „anderen Deutschland“
und die Vansittartisten

B 2/70

10. Januar 1970

Karl-Heinz Ruffmann, Dr. phil., o. Prof. für osteuropäische Geschichte u. z. Z. Dekan der philosophischen Fakultät der Universität Erlangen-Nürnberg; Mitglied des Direktoriums des Ostkollegs der Bundeszentrale für politische Bildung.

Veröffentlichungen u. a.: Das Rußlandbild im England Shakespeares, Göttingen 1952; Rußland (Sowjetunion) seit 1905, in: Weltgeschichte der Gegenwart, Bd. I, Bern — München 1962; Der Sowjetkommunismus, 2 Bd. (hrsg. zus. m. H. J. Lieber), Köln 1963/65; Kommunismus in Geschichte und Gegenwart. Ausgewähltes Bücherverzeichnis, in: Schriften der Bundeszentrale für politische Bildung, 2. wesentl. erw. Auflage, Bonn 1966; Der soziale Strukturwandel in Rußland bis zur Oktoberrevolution, in: Sowjetgesellschaft im Wandel, hrsg. v. Boris Meissner, Stuttgart 1966; Sowjetrußland. Struktur und Entfaltung der kommunistischen Vormacht, in: Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 1969².

Enno Meyer, Dr. phil., geb. 1913 in Oldenburg i. O., Oberstudienrat an einem Gymnasium in Oldenburg.

Veröffentlichungen u. a.: Über die Darstellung der deutsch-polnischen Beziehungen im Geschichtsunterricht, Braunschweig 1960³; Deutschland und Polen 1772 bis 1914, Klett-Quellenheft 1967²; Juden und Judenfeinde. Einführung in die Geschichte der Juden, Darmstadt 1966²; Das europäische Nationalstaaten-system / Völker und Staaten Ostmitteleuropas, in: Neue Gemeinschaftskunde, Paderborn 1966.

Joachim Radkau, geb. am 4. Oktober 1943, hat vor kurzem in Hamburg eine historische Studie über „Die deutschen Emigranten und die Ära Roosevelt: Gruppierungen und politische Tendenzen in der USA-Emigration 1933—1945“ abgeschlossen, der der nachfolgende Aufsatz entnommen ist.

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Redaktion: Dr. Enno Bartels

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51 nimmt entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 9,— vierteljährlich (einschließlich DM 0,47 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 5,29 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Das Gewicht Deutschlands in der sowjetischen Außenpolitik bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges

Die Hoffnung auf eine deutsche Revolution

Daß dem Geschehen, das ab 1917/18 in und von dem sowjetkommunistisch gewordenen Rußland seinen Ausgang nahm, innerhalb der Gesamtgeschichte des 20. Jahrhunderts ein hoher Stellenwert zukommt, ist heute kaum mehr als eine Binsenwahrheit. Wir dürfen jedoch nicht vergessen, daß sich die Situation im Bildungsbewußtsein und Geschichtsverständnis Europas und der Welt im allgemeinen und Deutschlands im besonderen vor wenigen Jahrzehnten noch ganz anders darstellte. Trotz der Slawenbegeisterung eines Herder und ihrer vielfältigen Nachwirkungen und trotz des von Hegel entworfenen „Kolossalgebäudes Rußland“ herrschte jedenfalls im deutschen Bereich bis weit nach 1917 ein Geschichtsbild vor, in dem bei unbedingter Dominanz der romanisch-germanischen Welt Osteuropa mehr oder weniger an den Rand der Betrachtung und des Interesses verwiesen wurde. Ein Wandel bahnte sich erst an, als der russische Osten unter sowjetischer Führung die ihm so lange verweigerte Aufmerksamkeit in ungeahnter und bestürzender Weise zu erzwingen begann. Unter dem Druck der politischen Entwicklung seit 1945 erklang immer vernehmlicher und verbreiteter die Forderung nach genauerer Unterrichtung über eine Macht, in deren Schatten wir Heutigen alle leben.

Vor diesem politischen und bildungsmäßigen Hintergrund erfolgt unsere Analyse und Würdigung der sowjetrussischen Haltung gegenüber Deutschland bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges¹⁾. Brest-Litowsk 1918, die deutsche Novemberrevolution im gleichen Jahr und ihre Wirkungen, Rapallo 1922, der Hitler-Stalin-Pakt 1939 und seine Folgen — das sind Hauptereignisse und -probleme, anhand deren sich Gewicht und Stellenwert Deutschlands in der sowjetischen Außenpolitik von 1917 bis 1945 recht genau bestimmen lassen.

Deutschland stand von Anfang an im Zentrum der weltrevolutionären Perspektiven, Aspirationen und Hoffnungen, die nach der Überzeugung Lenins, Trotzkijs und der meisten ande-

ren maßgebenden Persönlichkeiten des frühen Bolschewismus der sowjetrussischen Außenpolitik Inhalt und Richtung geben sollten. Bereits bei seiner Rückkehr nach Rußland im Frühjahr 1917 hatte Lenin öffentlich erklärt, daß die Revolution in seinem Lande nur die Initialzündung zu der vor allem vom deutschen Proletariat weiterzuführenden und zu tragenden Weltrevolution sein werde. In der Folgezeit betonte er immer wieder nachdrücklich, der Kommunismus könne sich in Rußland

Enno Meyer:

Deutschland und die Deutschen in polnischen Geschichtslehrbüchern S. 19

Joachim Radkau:

Die Exil-Ideologie vom „anderen Deutschland“ und die Vansittartisten . . . S. 31

nur behaupten, falls er auch in anderen Ländern siegreich sein werde, wobei er und seine Gefolgsleute in Deutschland den für eine solche Entwicklung besonders wichtigen und auch am ehesten reifen Staat erblickten²⁾.

¹⁾ Damit soll zugleich ein wenig beigetragen werden zum Verständnis der historischen Grundlagen und Voraussetzungen der sowjetischen Deutschlandpolitik seit 1945, die in den letzten Jahren wiederholt Gegenstand von Untersuchungen auch in Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, gewesen ist (s. vor allem B 29/65 vom 21. 7. 1965, B 42/67 vom 18. 10. 1967, B 10/68 vom 6. 3. 1968, B 9/69 vom 1. 3. 1969). — Einen umfassenden Überblick über Forschungsstand und neueres Schrifttum sowohl für den von uns behandelten Zeitraum als für die beiden ersten Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges geben G. v. Rauch und B. Meissner, Die deutsch-sowjetischen Beziehungen von 1917 bis 1967, Würzburg 1967; s. schließlich auch Deutsch-Russische Beziehungen von Bismarck bis zur Gegenwart, hrsg. v. W. Markert, Stuttgart 1964.

²⁾ Näheres hierzu — mit ausführlicher Dokumentation — bei W. Grottian, Lenins Anleitung zum Handeln, Köln/Opladen 1962, S. 217 ff; wichtig außerdem: A. Ascher, Russian Marxism and the German Revolution, 1917—1920, in: Archiv für Sozialgeschichte 6/7 (1966/67), S. 391 ff.

Die realen Machtverhältnisse wiesen freilich — jedenfalls zunächst — in die genau entgegengesetzte Richtung; lautete doch unmittelbar nach der Oktoberrevolution und zu Beginn des Jahres 1918 die Existenzfrage für das revolutionäre Sowjetregime: Wie können die Mittelmächte, insbesondere die Deutschen, mit denen man nach einem Mitte Dezember 1917 vereinbarten Waffenstillstand Friedensverhandlungen aufgenommen hatte, von einem weiteren militärischen Vorrücken, vor allem von der unmittelbar drohenden Besetzung Petrograds, abgehalten werden? Angesichts des erdrückenden militärischen Übergewichts des Gegners sowie der restlos demoralisierten und in Auflösung begriffenen eigenen Streitkräfte (wozu man selbst entscheidend beigetragen hatte) blieb den Bolschewiki letztlich nichts anderes übrig als die umgehende Verwirklichung der eigenen demagogischen Losung „Frieden um jeden Preis“. Das bedeutete die Annahme der außerordentlich weitgehenden und harten deutschen Friedensbedingungen, die auf die Abtretung des gesamten von Truppen der Mittelmächte besetzten Gebietes, einschließlich der Anerkennung einer selbständigen nationalen Republik Ukraine, hinausliefen. Daß es tatsächlich am 3. März 1918 auf dieser Basis zur Unterzeichnung des Verzichtfriedens von Brest-Litowsk³⁾ kam, war das Verdienst Lenins, der sich in klarer Erkenntnis der Unausweichlichkeit einer solchen Entscheidung mit seiner kategorischen Forderung nach Annahme der deutschen Bedingungen im ZK, dem höchsten politischen Führungsgremium der bolschewistischen Partei, in einer Kampf Abstimmung durchzusetzen vermochte. Zwar mußte er für die Erreichung dieses Zieles und für die folgende kurze Atempause, die er zur Vorbereitung des entscheidenden Kampfes um die Sicherung der Macht nach innen wie nach außen benötigte, einen sehr hohen Preis bezahlen. Immerhin verlor Rußland durch und nach Brest-Litowsk mit Finnland, den alten Ostseeprovinzen, Polen, Litauen und der Ukraine 26 % der Bevölkerung, 27 % des kultivierten Landes, 26 % des Eisenbahnnetzes, 23 % der Textilindustrie und etwa 75 % der Eisen- und Stahlindustrie sowie der Kohlen-

³⁾ Das gesamte einschlägige Quellenmaterial und Schrifttum — bis auf die erst kürzlich erschienene Dokumentation: Brest-Litowsk, ausgewählt und eingeleitet von W. Baumgart und K. Repgen, Göttingen 1969 — enthält der ausgezeichnete Artikel von F. Epstein, Friede von Brest-Litowsk, in: Sowjetsystem und Demokratische Gesellschaft, Bd. II, Freiburg—Basel—Wien 1968, Sp. 740 ff.

bergwerke. Und das war keineswegs alles, vielmehr schritt — nicht zuletzt als Folge des von den Mittelmächten erzwungenen Friedensschlusses — der innere und äußere Auflösungsprozeß unaufhaltsam fort. Die bald darauf sich anbahnende militärische Niederlage des kaiserlichen Deutschland im Westen und erste Erfolge der Roten Armee im Bürgerkrieg ließen jedoch eine völlig veränderte Situation entstehen.

Als sich die Anzeichen des deutschen Zusammenbruchs in den ersten Herbsttagen 1918 zu mehren begannen, verfolgten die Kommunisten Rußlands das politische Geschehen in Deutschland mit leidenschaftlichem Interesse. Am 3. Oktober 1918, an jenem Tag, an dem in einer im Grunde schon aussichtslos gewordenen Lage Prinz Max von Baden Reichskanzler wurde, erklärte Lenin in einem Brief „an einige Moskauer Organisationen der Partei“⁴⁾: „Die Krise in Deutschland hat gerade begonnen. Sie wird unausweichlich durch den Übergang der politischen Macht in die Hände des deutschen Proletariates beendet werden. Das russische Proletariat verfolgt die Ereignisse mit größter Aufmerksamkeit und Begeisterung.“ Zur Förderung des innerdeutschen Gärungsprozesses kündigte er im Namen des „proletarischen Internationalismus“ und der „bolschewistischen Arbeiterklasse Rußlands“ die Bereitstellung von russischem Getreide für das deutsche Proletariat und die möglichst rasche Verstärkung der Roten Armee auf drei Millionen Mann an. Lenin schloß seine Ausführungen vom 3. Oktober mit den pathetisch-beschwörenden Sätzen: „Die Weltgeschichte hat in den letzten Tagen ihren Lauf hinsichtlich der Weltarbeiterrevolution ungewöhnlich beschleunigt. Die schnellsten Änderungen sind möglich, Versuche eines Bündnisses zwischen dem deutschen und englisch-französischen Imperialismus gegen die Sowjetmacht sind möglich. Auch wir müssen die Arbeit der Vorbereitung beschleunigen, verzehnfachen wir unsere Anstrengungen. Möge dies die Losung zum Jahrestag der Großen Oktoberrevolution des Proletariats werden! Möge dies das Unterpfand für die anbrechenden Siege der proletarischen Weltrevolution werden!“

⁴⁾ W. I. Lenin, Werke, dt. Übers. der 4. russ. Ausg., Bd. 28 (Ost-Berlin 1959), S. 90 ff. Bereits am 1. Nov. 1918 kommentierte die „Prawda“ die Vorgänge in Deutschland mit der triumphierenden Schlagzeile: „Die Weltrevolution hat begonnen“ (s. E. H. Carr, Berlin—Moskau. Deutschland und Rußland zwischen den beiden Weltkriegen, Stuttgart 1954, S. 10).

Entsprechend diesen Vorstellungen und Zielsetzungen Lenins war der in Berlin seit dem Sommer 1918 als Geschäftsträger akkreditierte diplomatische Vertreter der Sowjetregierung, Adolf Joffe, weniger als Diplomat denn als Berufsrevolutionär tätig⁵⁾, der seine diplomatische Immunität dazu benutzte, um in großen Mengen revolutionäres Schrifttum nach Deutschland einzuschleusen und auf den Sturz des Kaiserreiches hinzuwirken. Die Folge war, daß die deutsche Reichsregierung am 5. November 1918 die Beziehungen zu Sowjetrußland abbrach und Joffe auswies. Dieser kehrte zwar auf ausdrückliche Weisung Moskaus gleich nach der Revolution nach Berlin zurück, aber Friedrich Ebert, der neue und zugleich erste sozialdemokratische Reichskanzler Deutschlands, lehnte es ab, ihn zu empfangen und nahm auch das inzwischen offiziell unterbreitete Angebot sowjetischer Getreidelieferungen nicht an. „Schlagartig wurde es den Russen klar, woran sie waren. Von nun an waren ihre Bemühungen unbeirrbar darauf gerichtet, die Macht der deutschen Mehrheitssozialisten zu beseitigen und in Deutschland eine radikale Partei aufzubauen, die unter ihrem eigenen Einfluß stehen und eine zweite Revolution nach echter bolschewistischer Tradition in Deutschland herbeiführen sollte.“⁶⁾

Abgesehen von der bereits am 13. November 1918 ausgesprochenen Annullierung des Brest-Litowsker Vertrages bedeutete das konkret und im einzelnen, daß man die Elemente der extremen Linken, die Spartakisten und die Arbeiter- und Soldatenräte, zu fördern versuchte, daß sich der Spartakusbund Ende 1918 endgültig von den unabhängigen Sozialdemokraten (USPD) trennte und als eigene Partei, die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD), konstituierte und daß man nach den Straßenkämpfen in der deutschen Hauptstadt und der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts im Januar 1919 immer stärkeren Einfluß in dieser Partei erlangte. An deren Gründung und revolutionärer Aktivität war maßgeblich Karl Radek beteiligt, den Lenin zum Leiter der bolschewistischen Propaganda in

⁵⁾ Aus ideologischen Gründen weigerte sich Joffe auch, dem deutschen Kaiser persönlich sein Beglaubigungsschreiben zu überreichen. Vgl. außerdem W. v. Blücher, Deutschlands Weg nach Rapallo, Wiesbaden 1951, S. 34 f.

⁶⁾ G. F. Kennan, Sowjetische Außenpolitik unter Lenin und Stalin, Stuttgart 1961, S. 213.

Deutschland bestimmt hatte. Und Radek schrieb Anfang 1919⁷⁾: „Der Ring der Völker ist schon nahezu geschlossen, es fehlt nur noch das wichtigste Glied, Deutschland.“ Die daran geknüpften weltrevolutionären Erwartungen der Sowjetkommunisten erschienen zu diesem Zeitpunkt keineswegs unbegründet. Während in Nord- und Mitteldeutschland, im Ruhrgebiet und in Bayern von russischen Agenten mitentfesselte kommunistische Umsturzversuche mit zum Teil blutigen Straßenkämpfen stattfanden und verschiedentlich „Arbeiter- und Soldatenrepubliken“ ausgerufen wurden, stieß die Rote Armee in die von deutschen Truppen geräumten baltischen Länder und über Wilna an die ostpreußische Grenze vor. „Es schien nur noch eine Frage der Zeit, bis die Wogen der Roten Revolution in Berlin und in den baltischen Ländern zu einer großen Flut zusammenschlagen würden.“⁸⁾

Angesichts einer solchen Entwicklung, die schon im November bzw. Dezember 1918 in Estland und Lettland sowie im März bzw. Anfang April 1919 in Ungarn und Bayern zur Bildung von Räterepubliken führte, verstieg man sich in der sowjetischen Hauptstadt sogar zu der kühnen Prognose⁹⁾: „In tollem Tempo saust das alte Europa der proletarischen Revolution entgegen . . . nach Jahresfrist werden wir bereits zu vergessen beginnen, daß es in Europa einen Kampf für den Kommunismus gegeben hat, denn nach einem Jahr wird ganz Europa kommunistisch sein.“

⁷⁾ O. E. Schüddekopf, Karl Radek in Berlin, ein Kapitel deutsch-russischer Beziehungen im Jahre 1919, in: Archiv für Sozialgeschichte 2 (1962), S. 87. Nach R. Löwenthal, Rußland und die Bolschewisierung der deutschen Kommunisten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 10/64 vom 4. März 1964, wurde die erste, entscheidende Phase des Gleichschaltungsprozesses der KPD durch Moskau zwischen dem Sommer 1920 und dem Frühjahr 1921 vollendet.

⁸⁾ G. v. Rauch, Geschichte des bolschewistischen Rußland, Frankfurt/M. 1963², S. 110.

⁹⁾ Es war G. Sinowjew, als Parteisekretär von Petrograd und Vorsitzender der gerade in Moskau gegründeten Komintern eine der damaligen bolschewistischen Führungsgestalten, der dies in der ersten Nummer der Kominternzeitschrift ‚Die Kommunistische Internationale‘ im April 1919 prophezeite (s. Der Sowjetkommunismus. Dokumente, hrsg. v. H.-J. Lieber und K.-H. Ruffmann, Bd. 1, Köln—Berlin 1963, S. 280). — Zur bolschewistischen Einwirkung auf die revolutionären Vorgänge in Bayern s. H. Neubauer, München und Moskau 1918/1919, München 1958.

Die Gefahr außenpolitischer Isolierung

Die hochgespannten Erwartungen der Bolschewisten und der soeben (im März 1919) in Moskau ins Leben gerufenen Dritten (Kommunistischen) Internationale (Komintern) erfüllten sich nicht. Noch bevor im Baltikum die bolschewistische Herrschaft und in Ungarn die Räterepublik Bela Khuns zusammenbrachen, bannte in Deutschland, wo Radek bereits am 12. Februar 1919 inhaftiert worden war, die sozialdemokratische Regierung mit Hilfe regulärer Truppen und sogenannter Freikorps die akute Gefahr einer Bolschewisierung und schaltete das Räteresystem aus, bei dem einiges dafür sprach, daß es „sehr wahrscheinlich letzten Endes in ein der bolschewistischen Ordnung mehr oder weniger angeglichenes System einmünden würde“¹⁰⁾.

Daß es wenig später zu einer neuen Flutwelle weltrevolutionärer Ambitionen und Aktionen Moskaus in bezug auf Deutschland kommen konnte, hing mit der erfolgreichen Gegenoffensive der im Juli 1920 bis nach Warschau vordringenden Truppen der Roten Armee als Antwort auf den von Pilsudski Anfang 1920 zur Wiederherstellung der polnischen Grenzen von 1772 entfesselten Krieg gegen Sowjetrußland zusammen. Nach Lenins ausdrücklichem Willen sollte nunmehr auf dem Wege über Polen die Fackel der Weltrevolution gen Westen und dabei zunächst nach Deutschland getragen und sodann „Europa mit den Bajonetten der Roten Armee auf die Probe gestellt“ werden. Bereits Anfang 1920 war die Komintern als neues Instrument der Politik der Sowjetregierung in Deutschland höchst massiv in Erscheinung getreten, als — ausgelöst durch den reaktionären Kapp-Putsch — im März ein roter Aufstand im Ruhrgebiet ausbrach, bei dem eine „Rote Armee“ von nahezu 50 000 Mann aufgestellt wurde, und als gleichzeitig die Kommunisten in Thüringen und Sachsen losschlügen und im Vogtland eine Räterepublik ausgerufen wurde. Nachdem diese Aufstandsversuche, die den Eindruck erwecken sollten, als ob Deutschland nun wirklich reif für eine Bolschewisierung sei, im Mai endgültig fehlgeschlagen waren, schaltete

Moskau zunächst einmal um und versuchte, auf andere Weise zum Ziel zu gelangen. Denn auf dem Höhepunkt des russisch-polnischen Krieges suchte Lenins Deutschland-Experte, Karl Radek, die deutsche Heeresleitung mit lockenden Territorialzusagen für ein militärisches Zusammengehen gegen Polen zu gewinnen¹¹⁾.

Das berühmte „Wunder an der Weichsel“, das heißt der am 14. August 1920 unter Anleitung französischer Militärberater errungene Sieg der Polen über die erschöpften Truppen Tuchatschewskijs und deren nachfolgender Rückzug, machte nicht nur diese hochfliegenden Pläne der Bolschewisten erneut zunichte. Vielmehr wurde gleichzeitig der ersten, eindeutig unter weltrevolutionären Vorzeichen stehenden Gesamtphase der sowjetischen Außenpolitik ein Ende gesetzt, in der Deutschland wiederholt die Rolle eines künftigen Hauptträgers, wenn nicht gar Vollenders der kommunistischen Weltrevolution zugeordnet war. Da gleichzeitig die durch die Pariser Verträge herbeigeführte Neuordnung im östlichen Europa ohne Mitwirkung Sowjetrußlands, das auch dem Völkerbund fernblieb, erfolgte und da zunächst weder die gerade souverän gewordenen Staaten Ostmitteleuropas noch die ehemaligen Kriegsverbündeten und Kriegsgegner Rußlands zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Moskau bereit waren, stand Lenin am Ende dieser durch Bürgerkrieg, Kriegskommunismus und weltrevolutionäre Hoffnungen gekennzeichneten ersten Epoche der sowjetrussischen Gesamtgeschichte außenpolitisch völlig isoliert da. Diese Isolierung zu überwinden, wurde nunmehr zu einer der vorrangigsten Aufgaben des jungen Sowjetstaates. Damit begann eine neue Periode der sowjetischen Außenpolitik, die Periode der sogenannten Anpassung, die sich über einen Zeitraum von mehr als eineinhalb Jahrzehnten erstrecken sollte. Auch in ihr nahm Deutschland eine Schlüsselstellung ein.

¹⁰⁾ H. Heiber, Die Republik von Weimar, Lausanne 1969, S. 26.

¹¹⁾ G. v. Rauch, Geschichte des bolschewistischen Rußland, S. 157, der sich seinerseits auf E. Wollenberg, The Red Army, London 1940², S. 235 ff., stützt. Vgl. auch G. Stökl, Russische Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 1965², S. 700.

Rapallo: Die Phase der ersten diplomatischen Beziehungen

Die sowjetische Deutschlandpolitik ab 1921 offenbart unmißverständlich, was das neue Konzept der „Atempause“, der „Anpassung“ und der „Übergangszeit“ außenpolitisch bedeutete. Nicht von ungefähr hatte die Komintern in ihrer Grußbotschaft an das russische Volk zu Beginn des Jahres 1920 verkündet¹²⁾: „Wir werden auch in Berlin und Warschau, in Paris und London Arbeiter- und Soldatenräte einsetzen, und die Macht der Sowjets wird sich einst über die ganze Welt erstrecken“ — gehörte doch zu diesem Zeitpunkt die Bolschewisierung Deutschlands zu den Nahzielen der Politik Lenins. Indessen scheiterten — wie bereits dargelegt wurde — alle diesbezüglichen Unternehmungen. Wohl gelang es Sinowjew auf dem im Oktober 1920 in Halle veranstalteten Parteitag der USPD, diese neben und nach der SPD inzwischen mit fast 5 Millionen Wählerstimmen zweitstärkste politische Partei in Deutschland, zu einer Beitrittserklärung zur Komintern zu bewegen mit dem Erfolg, daß die USPD sich spaltete und sich ihr linker Flügel der KPD anschloß. Als jedoch daraufhin ein im Frühjahr 1921 inszenierter Generalstreik, der die Kommunisten in Deutschland endlich an die Macht bringen sollte, ebenfalls völlig erfolglos blieb, hielt es die Sowjetregierung für angebracht, sich zunächst einmal um eine Normalisierung des russisch-deutschen Verhältnisses auf zwischenstaatlicher Ebene zu bemühen und weitere subversive Aktionen auf etwas längere Sicht zu planen. Man folgte damit einem von Karl Radek schon seit geraumer Zeit vertretenen Standpunkt. Der bolschewistische Deutschlandspezialist war jetzt sogar grundsätzlich und ganz allgemein der Ansicht, daß mit einem nur allmählichen Zerfall der bürgerlich-kapitalistischen Weltordnung gerechnet werden müsse und daß deshalb „Sowjetrußland das Problem, mit den Staaten, die noch kapitalistisch sind, einen modus vivendi zu suchen und zu finden, nicht erspart bleiben“ werde¹³⁾.

Die erste offizielle Vereinbarung des Sowjetstaates mit der Weimarer Republik war ein

Abkommen vom 19. April 1920 über die Rückführung der beiderseitigen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten. Es wurde am 6. Mai 1921 zu einem Handelsabkommen erweitert, das überdies nicht allein die deutsche De-facto- sondern eigentlich auch schon die De-jure-Anerkennung Sowjetrußlands enthielt. Denn es hieß in ihm wörtlich, daß „die Vertretung der RSFSR in Deutschland als die einzige Vertretung des russischen Staates in Deutschland zu betrachten ist“¹⁴⁾. Diese Anerkennung erfuhr ihre neuerliche Bestätigung und wurde nunmehr verbunden mit der Abmachung über die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen in einem weiteren Vertrag, den der sowjetische Außenminister Tschitscherin und sein deutscher Kollege Walter Rathenau knapp ein Jahr danach, am 16. April 1922, in Rapallo unterzeichneten¹⁵⁾. In seinen übrigen vier Artikeln wurde der gegenseitige Verzicht auf jede Kriegsentschädigung, der Verzicht Deutschlands auf Entschädigungsleistungen für den in Rußland enteigneten Privatbesitz deutscher Staatsangehöriger, die Meistbegünstigung beim gegenseitigen Handelsverkehr und die vorherige wechselseitige Konsultation bei einer grundsätzlichen Regelung wirtschaftlicher Probleme auf internationaler Basis vereinbart.

Daß der Vertrag, dessen Text kaum mehr als eine Schreibmaschinenseite füllte, trotz dieses keineswegs sensationellen Inhalts dennoch

¹⁴⁾ Zitiert nach G. Hilger, *Wir und der Kreml. Deutsch-sowjetische Beziehungen 1918—1941*, Frankfurt/M. — Berlin 1955, S. 73.

¹⁵⁾ Der Vertragstext ist leicht zugänglich in: *Von Versailles zum Zweiten Weltkrieg. Verträge zur Zeitgeschichte*, hrsg. von E. Klöß (dtv-dokumente, 334), München 1965, S. 130 f. An weiteren einschlägigen Dokumentationen s. W. Grottian, a. a. O., S. 259 ff.; *Der Sowjetkommunismus*, Bd. 2, S. 569 ff. — Aus der sehr umfangreichen Literatur zu Rapallo einschl. seiner Vorgeschichte und seiner Wirkungen sind unter dem hier vor allem interessierenden Gesichtspunkt der sowjetischen Haltung und Politik vor allem zu nennen: Th. Schieder, *Die Probleme des Rapallo-Vertrages. Eine Studie über die deutsch-russischen Beziehungen 1922—1926*, Köln—Opladen 1956; G. Freund, *Unholy Alliance. Russian-German Relations from the treaty of Brest-Litowsk to the treaty of Berlin*, London 1957; G. Rosenfeld, *Das Zustandekommen des Rapallo-Vertrages*, in: *Zeitschrift f. Geschichtswissenschaft*, Jg. 1956, Heft 4; ders., *Sowjetrußland und Deutschland 1917—1922*, (Ost)Berlin 1960; K. Rosenbaum, *Community of Fate. German-Soviet Diplomatic Relations 1922 to 1928*, New York 1965.

¹²⁾ G. Egelhaafs *Politisch-historische Jahresübersicht 1920*, S. 66, zitiert nach G. v. Rauch, a. a. O., S. 155.

¹³⁾ K. Radek, *Die auswärtige Politik Sowjet-Rußlands*, Hamburg 1921, S. 9 ff.; vgl. *Der Sowjetkommunismus. Dokumente*, hrsg. von H.-J. Lieber und K.-H. Ruffmann, in der Folge zitiert: *Der Sowjetkommunismus*, Bd. 2, Köln—Berlin 1964, S. 560 f.

großes Aufsehen erregte, lag einmal an den Umständen, unter denen er zustande kam, und zum anderen an den sich unmittelbar daraus ergebenden psychologischen Wirkungen. Er wurde nämlich in dem Augenblick unterzeichnet, als sich eine von den Westmächten im April 1922 nach Genua einberufene, von Sowjetrußland erstmalig und auch von Deutschland besuchte internationale Wirtschaftskonferenz zur Regelung der Vorkriegs- und Kriegsschulden völlig festgefahren hatte.

Wenn Lenin vor ihrer Eröffnung dem XI. Parteikongreß der KPR (B) am 27. März 1922 erklärte, „wir gehen nach Genua nicht als Kommunisten, sondern als Kaufleute“¹⁶⁾, dann interpretierte er gewissermaßen im voraus den von Tschitscherin am 12. April den Konferenzteilnehmern offiziell unterbreiteten Antrag seiner Regierung, die kapitalistischen Mächte sollten durch die Bewilligung entsprechend hoher Anleihen und Kredite an Sowjetrußland „eine wirtschaftliche Zusammenarbeit der europäischen Industrie mit der Landwirtschaft und Industrie Rußlands und Sibiriens“ ermöglichen, „welche die Rohstoffbasis der europäischen Industrie ganz erheblich erweitern würde“¹⁷⁾. Nur unter der Voraussetzung derartig günstiger wirtschaftlicher Leistungen an Sowjetrußland auf der Basis einer „Parallelexistenz der alten und der im Werden begriffenen neuen sozialen Ordnung“ und unter der Bedingung der vollen Wiederaufnahme geregelter diplomatischer Beziehungen, das heißt der De-jure-Anerkennung der russischen Sowjetrepublik, wollte man, wie man jedenfalls andeutete, über die Frage der russischen Kriegs- und Vorkriegsschulden und des Ersatzes für ausländische Vermögensverluste in Rußland mit sich reden lassen. Vor allem aber ging die Sowjetregierung nach Genua, um die von ihr befürchtete Bildung einer gegen sie gerichteten wirtschaftlichen und politischen Einheitsfront des Westens zu verhindern. Die deutsche Reichsregierung wiederum glaubte, eine Übereinkunft der Mächte der Entente mit Sowjetrußland auf Kosten der Weimarer Republik und dessen Eintritt in die Reihe der Reparationsforderer befürchten zu müssen.

Tatsächlich waren die westlichen Alliierten — England ausgenommen — weder den Russen noch den Deutschen gegenüber zu irgendwelchen Konzessionen bereit. Wenn sie von dem daraufhin hinter ihrem Rücken abge-

schlossenen Rapalloabkommen mehr vermuteten, als es tatsächlich enthielt, so müssen ihre Befürchtungen nachträglich immerhin insofern nicht ganz unbegründet erscheinen, als es unabhängig von diesem Abkommen die in ihm mit keinem Wort erwähnten geheimen Kontakte zwischen Roter Armee und Reichswehr gab, die bereits im Winter 1920/21 angeknüpft wurden¹⁸⁾. Umfang und Gewicht der daraus erwachsenen Zusammenarbeit sollten freilich nicht zu hoch veranschlagt werden, auch wenn Tuchatschewskij im Jahre 1933 die Reichswehr als Lehrer der Roten Armee bezeichnet hat. Während diese von den modernen Organisationsmethoden des deutschen Generalstabs und den technischen Errungenschaften der deutschen Rüstungsindustrie profitierte, erhielt jene die Gelegenheit, in insgesamt drei eigenen Schulen für die Flieger-, Panzer- und Gaskampftruppe und mit Hilfe entsprechender Zweigfabriken der deutschen Rüstungswirtschaft auf russischem Boden ihre Offiziere im Gebrauch solcher Waffen zu unterweisen, deren Herstellung und Besitz Deutschland durch den Versailler Vertrag untersagt war.

Was nochmals den Rapallo-Vertrag selbst angeht, so verschafften sich beide Mächte durch ihn in der damals bestehenden politischen Gesamtkonstellation zweifellos eine gewisse außenpolitische Bewegungsfreiheit und wohl auch gegenseitige Rückendeckung. Im übrigen ist seine Bedeutung im Zeitpunkt des Zustandekommens von beiden Vertragspartnern recht nüchtern beurteilt, jedenfalls nicht überschätzt oder gar glorifiziert worden. Während die deutsche Reichsregierung nicht daran dachte, ihre grundsätzliche und weiterhin eindeutige Westorientierung aufzugeben, ist bei der Sowjetregierung, deren Haltung hier in erster Linie interessiert, zwar eine verständliche Genugtuung — verbunden mit einer spürbaren Hebung des außenpolitischen Selbstbewußtseins — darüber festzustellen, den bisherigen diplomatischen und moralischen Boykott durch das kapitalistische Ausland an einer wichtigen

¹⁶⁾ W. I. Lenin, Werke, dt. Übers. der 4. russ. Ausg., Bd. 33 (Ost-Berlin 1963), S. 250.

¹⁷⁾ Der Sowjetkommunismus, Bd. 2, S. 570.

¹⁸⁾ Dazu und zur tatsächlichen militärischen Zusammenarbeit: G. G. Hallgarten, General Hans von Seeckt and Russia 1920—1922, in: Journal of Modern History 21 (1949); L. Kochan, Rußland und die Weimarer Republik, Düsseldorf 1955; H. Speidel, Reichswehr und Rote Armee, in: Vierteljahrshefte f. Zeitgeschichte 1 (1953); G. Castellan, Le Réarmement clandestin du Reich 1930—35, Paris 1954; F. L. Carsten, Reichswehr und Politik 1918—1933, Köln 1964; J. Erickson, The Soviet High Command. A military-political History 1918—1941, New York 1962.

Stelle überwunden zu haben. Indessen würdigte das Zentrale Exekutivkomitee, die damalige oberste Behörde des bolschewistischen Regimes, im Mai 1922 den errungenen Erfolg nur mit der knappen Feststellung, „Verträge dieser Art“ seien „der einzig richtige Ausweg aus Schwierigkeiten, Chaos und Kriegsgefahr“ und „normal für die Beziehungen der RSFSR zu kapitalistischen Staaten“¹⁹⁾. Nur einen Augenblick lang schien die „Kameradschaft im Mißgeschick“, wie Winston Churchill das Verhältnis der beiden großen Verlierer des Ersten Weltkriegs in der Rapallo-Ära einmal genannt hat, „Flitterwochen einer revolutionären Kampfgemeinschaft“²⁰⁾ hervorzubringen, als nämlich bei der französischen Ruhrbesetzung im Januar 1923 Sinowjew die deutschen Kommunisten anwies, sich am nationalen Widerstand zu beteiligen, als Moskau Leo Schlageter feierte und Berlin über Radek wohlwollende Neutralität im Falle eines deutsch-französischen Krieges zusicherte. Andererseits hinderte weder diese absolut situations- und zeitgebundene Übereinstimmung, die schon durch Stresemanns Einlenken Frankreich gegenüber bald nicht mehr gegeben war, noch der Vertrag vom April 1922 die sowjetische Politik daran, über die Komintern einen erneuten kommunistischen Umsturzversuch, der diesmal im Oktober 1923 in Sachsen und Thüringen stattfand, nach Kräften zu unterstützen und zu diesem Zweck sogar Offiziere der Roten Armee nach Deutschland einschleusen zu lassen. Daran sei sowohl in Abwehr und zur Zerstörung des mancherorts bis heute lebendigen unseligen Rapallo-Mythos und -Komplexes als auch zur Verdeutlichung der grundsätzlichen Zweigleisigkeit und Doppelbödigkeit sowjetischer Außenpolitik jener Zeit erinnert.

Die Rapallo-Politik machte sich indessen bald bezahlt für Sowjetrußland. Nachdem sie im Berliner Vertrag vom 24. April 1926, der die gegenseitige Neutralitätsverpflichtung bei einem Angriff von dritter Seite auf eine der beiden Partner enthielt, ihre erste Fortsetzung fand, veranlaßte sie nach Abschluß des Briand-Kellogg-Paktes vom 27. August 1928 die deutsche Reichsregierung, als Fürsprecherin so-

wjetischer Interessen in einem internationalen Gremium aufzutreten und sich für die nachträgliche Mitunterzeichnung dieses Vertrages zur Ächtung des Krieges durch die Sowjetunion einzusetzen, den der Kreml als Grundlage und Ausgangspunkt für sein neues außenpolitisches Konzept der kollektiven Sicherheit benutzte.

Stalin hob seinerseits immer wieder das besonders freundschaftliche Verhältnis Sowjetrußlands zur Weimarer Republik hervor. Vor allem lag ihm daran, Deutschland bezüglich seiner Polenpolitik zu beruhigen. Von deutscher Seite geäußerte Befürchtungen, „die Sowjetunion könnte in ihren Verhandlungen oder in irgendeinem Vertrag mit Polen einen Schritt tun, der bedeuten würde, daß die Sowjetunion die Besitzungen und die Grenzen Polens sanktioniert und garantiert“, suchte er im Dezember 1931 nicht allein mit dem völlig zutreffenden Hinweis darauf zu entkräften, daß der — damals noch nicht unterzeichnete — Nichtangriffspakt mit Warschau von 1932 keine solche Garantieerklärung enthalte. Er fügte vielmehr ausdrücklich hinzu: „Wir waren nie die Garanten Polens und werden es nie werden, ebenso wie Polen nicht der Garant unserer Grenze war und es auch nicht sein wird. Unsere freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland bleiben dieselben wie bisher. Das ist meine feste Überzeugung.“²¹⁾

Abgesehen von dem von Stalin immer wieder sehr bewußt unterstrichenen sowjetisch-deutschen Interessengleichklang in bezug auf Polen, das heißt im Streben beider nach Revision der durch die Pariser Verträge festgelegten Grenzen Polens, gab es — außer den bereits erwähnten Kontakten zwischen Roter Armee und Reichswehr — eine wirkliche Zusammenarbeit in Gestalt engerer Beziehungen beider Mächte nur auf kommerziellem Gebiet²²⁾. Die Basis bildete ein neuer Handelsvertrag vom 12. Oktober 1925; als entscheidende Antriebskräfte erwiesen sich ab 1928 die Weltwirtschaftskrise und Stalins forcierte Industrialisierungspolitik. Während das von der Reichsregierung durch Kredite geförderte und vom Ostausschuß der deutschen Wirtschaft betreute

¹⁹⁾ Der Sowjetkommunismus, Bd. 2, S. 572.

²⁰⁾ G. Stökl, Russische Geschichte, S. 702. Vgl. aus kommunistischer Sicht auch W. Ruge, Die Stellungnahme der Sowjetunion gegen die Besetzung des Ruhrgebietes. Zur Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen von Januar bis September 1923, Ost-Berlin 1962.

²¹⁾ Der Sowjetkommunismus, Bd. 2, S. 579. Vgl. außerdem J. Korb, Poland between East and West. Soviet and German Diplomacy towards Poland, 1919—1933, Princeton 1963.

²²⁾ Dazu: G. Hilger, Wir und der Kreml, bes. S. 163 ff. und S. 225 ff.

Rußlandgeschäft dem deutschen Partner einen gewissen Ausweg aus den Absatzschwierigkeiten in der Welt eröffnete, bestand ab 1928/1929 auf sowjetischer Seite ein nahezu unbegrenzter Bedarf an industriellen Ausrüstungen für alle Bereiche des Wirtschaftslebens. Eine unmittelbare Folge war, daß der sowjetische Anteil am deutschen Werkzeugmaschinenexport sprunghaft von 10 % auf 75 % anstieg. Ganz allgemein erreichte der deutsch-

russische Handel 1932 seinen bis dahin höchsten Stand²³⁾.

Insgesamt ist festzuhalten: Das sowjetische Verhältnis zur Weimarer Republik war höchst ambivalent. Während die KPD als zweitstärkste Sektion der Komintern hinter den Erwartungen Moskaus zurückblieb, wurde das „bürgerliche“ Deutschland durch und seit Rapallo zum sichersten Eckpfeiler der sowjetischen Außenpolitik.

Die sowjetische Deutschlandpolitik nach 1933: die Phase des wohlwollenden Abwartens

Die sowjetische Deutschlandpolitik hat sich auch nach der nationalsozialistischen Machtergreifung vom 30. Januar 1933 keineswegs schlagartig gewandelt²⁴⁾. Abgesehen von einem gewissen Vertrauen in den Fortbestand der recht intensiven Handelsbeziehungen und nicht zu leugnender russophiler Neigungen bestimmter Reichswehrkreise war man in Moskau zunächst fest davon überzeugt, Hitler sei ganz einfach ein Schrittmacher auf dem Weg zu einem Sowjetdeutschland und der dortige Hauptfeind des Kommunismus nach wie vor die Sozialdemokratie. Nicht allein für Stalin waren Faschismus und Sozialdemokratie Zwillingsgeschöpfe des Monopolkapitalismus, zwei Seiten und Instrumente von dessen Diktatur. Der Haß auf die deutschen „Sozialfaschisten“, wie man die nichtkommunistischen Sozialisten seit 1928 zu titulieren liebte, war während der ganzen Zeit der Weimarer Republik im Kreml so tief verankert und bitter, daß, wie Botschaftsrat Gustav Hilger, eine der Schlüsselfiguren in der damaligen diplomatischen Vertretung Deutschlands in Sowjetrußland, in seinen höchst aufschlußreichen Erinnerungen rückblickend berichtet, „Tschitscherin und Litwinow offen mit deutschen Diplomaten diskutierten, es sei wünschenswert, die SPD nicht an die Regierung kommen zu lassen“²⁵⁾. Im übrigen erschien es aus sowjetischer Sicht durchaus denk- und realisierbar, auf zwischenstaatlicher Ebene eine Politik nach Art des taktischen Zusammenspiels von KPD und NSDAP beim Berliner Verkehrsstreik im November 1932 auf Zeit fortzusetzen.

Tatsächlich wurde der Berliner Vertrag von 1926 im Mai 1933 von beiden Seiten anstandslos verlängert. Während Hitler, der sich bekanntlich vor der Machtübernahme bereits

als Bolschewistenfresser gebärdet hatte, auch in seiner sonstigen Haltung der Sowjetunion gegenüber noch vorsichtig abwartend, ja unentschieden blieb, wollte Stalin mit der Zustimmung zur Vertragserneuerung ebenso wie mit dem Nichtangriffs- und Freundschaftspakt, den die Sowjetregierung am 2. September 1932 mit dem Italien Mussolinis vereinbart hatte, deutlich seine Auffassung bekunden, daß ideologische Gegensätze politische Abmachungen mit ihr nicht auszuschließen brauchten. Wohl wurde die militärische Zusammenarbeit, die für beide Seiten recht lohnend gewesen war, nach über zehnjähriger Dauer auf sowjetische Veranlassung im September 1933 end-

²³⁾ In diesem Jahr erhielt Sowjetrußland — wie 1914 das Zarenreich! — 47 % seiner gesamten Einfuhren aus Deutschland, gegenüber 25 % im Jahre 1928. Allerdings war das Gesamtvolumen des russischen Außenhandels noch recht gering, so daß die deutschen Ausfuhren nach Rußland, obwohl sie von 3,3 % im Jahre 1928 auf 10,9 % im Jahre 1932 anwachsen, niedriger waren, als z. B. die gleichzeitigen Exporte nach Holland und jedenfalls nicht dem entsprachen, was sich die deutsche Industrie vom Rußlandgeschäft erhoffte.

²⁴⁾ Zum Folgenden s. vor allem H. H. Nielaß, Die Sowjetunion und Hitlers Machtergreifung. Eine Studie über die deutsch-russischen Beziehungen der Jahre 1932 bis 1935, Bonn 1966; W. Laqueur, Deutschland und Rußland, Berlin 1965, bes. S. 167 ff.; G. v. Rauch, Stalin und die Machtergreifung Hitlers, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 10/64 vom 4. März 1964.

²⁵⁾ Wir und der Kreml, S. 120. In dem hier zitierten Zusammenhang außerdem wichtig: P. Lange, Sozialdemokratie und Faschismus in der Sicht des Stalinismus, Phil. Diss. Masch. Schr. Kiel 1967; H. Brahm, Die bolschewistische Deutung des deutschen ‚Faschismus‘ in den Jahren 1923 bis 1928, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, N. F. 12 (1964), S. 350 ff.

gültig eingestellt; aber Molotow versicherte noch Ende 1933, es gäbe keinen Grund für eine Änderung der sowjetischen Deutschlandpolitik. Erst das deutsch-polnische Nichtangriffsabkommen vom 26. Januar 1934, das Moskau nicht ohne Grund als gegen sich gerichtet ansehen mußte, da es der Rapallo-Politik eine ihrer wichtigsten Grundlagen, nämlich die antipolnische Interessengemeinschaft, entzog, leitete tatsächlich einen Wandel in der sowjetischen Haltung ein, der allmählich sichtbarere Formen annahm. Die in den Begriffen der Anpassung und der kollektiven Sicherheit zum Ausdruck kommende Grundorientierung zielte nunmehr in eine andere, durch den englandfreundlichen Außenminister Litwinow bereits angebahnte Richtung und wurde dabei von dem erst jetzt klar zutage tretenden Leitmotiv der Sicherung gegenüber dem aggressiven und expansiven Faschismus — diesem Sammelbegriff ordnet die kommunistische Terminologie den Nationalsozialismus unter — und der engeren Annäherung an die Westmächte bestimmt.

Unter dem Eindruck der „deutsch-faschistischen Gefahr“ verlängerte die Sowjetunion im Laufe des Jahres 1934 ihre zweiseitigen Nichtangriffsverträge mit Polen, Estland, Lettland und Finnland aus dem Jahre 1932 auf zehn Jahre. Darüber hinaus schloß sie am 2. bzw. 16. Mai 1935 militärische Beistandsabkommen mit Frankreich und der Tschechoslowakei. Andererseits gab sie gleichzeitig, wiederum in einem Rechenschaftsbericht des Regierungschefs Molotow, ihrem unveränderten Wunsch Ausdruck, „auch weiter gute Beziehungen zu Deutschland aufrechtzuerhalten“ und „die Beziehungen zu allen Staaten auszubauen, die Staaten mit faschistischem Regime nicht ausgenommen“²⁶⁾. Das war kaum nur eine politische Floskel ohne realen Gehalt. Der ebenso kaltberechnende wie vorsichtig-mißtrauische Stalin scheint damals, wie Radek einem deutschen Diplomaten anvertraute, in bezug auf Deutschland schwankend und unsicher gewesen zu sein. Und diese Unsicherheit war nicht ganz unbegründet, jedenfalls nicht unverständlich. Während Litwinow bei den Feiern zur Oktoberrevolution am 7. November 1935 mit dem deutschen Botschafter Schulenburg „auf die Wiedergeburt unserer Freundschaft“ anstieß²⁷⁾, war die antibolschewistische Kam-

pagne des NS-Regimes gerade voll angelaufen. Sie erreichte 1936/37 unter dem Motto „Deutschland, das Bollwerk des Westens gegen den Bolschewismus“ ihren Höhepunkt, ohne daß Hitler zu diesem Zeitpunkt an eine direkte Auseinandersetzung mit Sowjetrußland denken konnte oder dachte. Stalin und seine Gehilfen aber mochten sich fragen: Was bezweckte dann Hitler mit seiner scharf antisowjetischen Politik? Welchen realen Wert und Nutzen sollte sie für Deutschland haben? Wie immer diese Frage zu beantworten ist, auf alle Fälle mußte es den Männern im Kreml immer klarer werden, daß Hitler — entgegen ihrer ursprünglichen Annahme — mehr als eine nur kurzlebige Übergangserscheinung auf der deutschen und der weltpolitischen Bühne war.

Daß Stalin, wie wiederholt behauptet worden ist, bereits „um das Jahr 1937“ ernsthaft an ein (zeitweises) Zusammenspiel mit dem erstarkenden Hitlerdeutschland dachte, läßt sich anhand des bis jetzt zugänglichen Quellenmaterials nicht belegen. Schon angesichts dessen, was 1939 Wirklichkeit wurde, darf man eine solche Vermutung natürlich nicht einfach als unreal abtun; schlüssige Beweise für deren Richtigkeit gibt es allerdings, wie gesagt, nicht. Fest steht nur, daß Stalin selbst 1936/37, als die Spannungen zwischen beiden Ländern einen Höchststand erreichten, nicht aufgehört hat, in Berlin wegen einer Verbesserung der offiziellen Beziehungen sondieren zu lassen²⁸⁾.

Die völlige Funktionsunfähigkeit des sowjetischen Systems der kollektiven Sicherheit zwischen Ost und West erwies sich im Laufe des Jahres 1938, als Hitler nach dem „Anschluß“ Österreichs die Sudetenkrise auf den Höhepunkt trieb und die Westmächte am 30. September in das Münchener Abkommen einwilligten. Die sowjetische Regierung hatte zwar Anfang September in Beantwortung einer französischen Anfrage eine englisch-französisch-sowjetische Erklärung, einen Appell an den Völkerbund und die Ausarbeitung eines gemeinsamen Kriegsplanes mit dem tschechischen Generalstab vorgeschlagen. Ihre Prag gegenüber bekundete Bereitschaft zur Einhaltung und Erfüllung des Beistandspaktes von 1935 war jedoch mit dem schwerwiegenden

²⁶⁾ Der Sowjetkommunismus, Bd. 2, S. 582.

²⁷⁾ W. Laqueur, Deutschland und Rußland, S. 198. Zur eben zitierten Äußerung Radeks s. ebenda, S. 197.

²⁸⁾ S. W. Laqueur, a. a. O., S. 317; vgl. Der Sowjetkommunismus, Bd. 2, S. 546 f.

Vorbehalt versehen, daß zunächst Frankreich seinen entsprechenden Verpflichtungen nachkommen müsse; eine weitere Entwertung dieses Hilfsversprechens ergab sich aus der in Moskau natürlich sehr wohl bekannten und in Rechnung gestellten Abneigung Polens und Rumäniens, sowjetische Truppen durch ihre Territorien marschieren zu lassen. Im Grunde wollte auch Stalin 1938 keinen militärischen Konflikt mit Hitler, zumal gerade ausgebrochene Feindseligkeiten mit Japan in Korea und in der Mandschurei die unmittelbare Gefahr einer gleichzeitigen kriegerischen Verwicklung der Sowjetunion mit den beiden stärksten Antikomintern-Mächten heraufbeschworen. Die Sowjetregierung beschränkte sich daher schließ-

lich auf die Forderung nach Einberufung einer internationalen Konferenz — in der selbstverständlichen Annahme, dazu selbst auch eingeladen zu werden. Gerade das geschah jedoch nicht, weil zu diesem Zeitpunkt weder England noch Frankreich ein stärkeres Mitspracherecht Sowjetrußlands in den mitteleuropäischen Angelegenheiten wünschten. Damit war Litwinows Politik der Anpassung endgültig gescheitert; die Konsequenz, die Stalin daraus zog, erscheint bereits vorweggenommen in dem Ausruf eines sowjetischen Diplomaten beim Einmarsch der deutschen Truppen in die Tschechoslowakei: „Nun gibt es für uns keine andere Lösung als eine vierte Teilung Polens.“²⁹⁾

Die Phase der expansiven Außenpolitik

Ab 1939 datiert eine neue Periode sowjetischer Außenpolitik. Ihr bestimmendes Merkmal war die von Stalin eingeleitete, durchgeführte und vollendete imperialistische Expansion der Sowjetmacht. An ihrem Anfang stand eine fast zweijährige Partnerschaft mit dem nationalsozialistischen Deutschland³⁰⁾, an ihrem Ende

die Zertrümmerung des deutschen Reiches und die deutsche Teilung.

Die veränderte außenpolitische Orientierung der Sowjetregierung zeichnete sich erstmals deutlich ab in der sogenannten „Kastanienrede“ Stalins vom 10. März 1939 vor dem XVIII. Parteikongreß der KPdSU. Darin hieß es, die Sowjetunion werde sich nicht von Kriegsprovokateuren in einen Konflikt hineinziehen lassen, „die es gewohnt sind, sich von anderen die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen“³¹⁾. Knapp zwei Monate später, am 3. Mai, wurde Litwinow, der die bisherige Politik der kollektiven Sicherheit verkörperte, als Außenkommissar von Molotow abgelöst. Zwar hatten Anfang April, nach Hitlers vertragsbrüchigem Vorgehen gegen die Rest-Tschechoslowakei, England und Frankreich in Moskau Verhandlungen mit dem Ziel aufgenommen, eine militärpolitische Konvention zur Abwendung der drohenden Gefahr einer weiteren deutschen Aggression abzuschließen. Es erscheint jedoch zumindest zweifelhaft, wie ernst und tief Stalins Verständigungswille, das

²⁹⁾ Es war der stellvertretende sowjetische Außenminister Potjomkin, der sich so gegenüber dem französischen Botschafter in Berlin, Coulondre, äußerte (R. Coulondre, *Von Moskau nach Berlin 1936—1939*, Bonn 1950, S. 240; vgl. G. v. Rauch, *Geschichte des bolschewistischen Rußland*, S. 272).

³⁰⁾ Eine Liste des einschlägigen Quellenmaterials und Schrifttums enthält der auch inhaltlich sehr informative Artikel von G. L. Weinberg, *Deutsch-Sowjetischer Nichtangriffspakt*, in: *Sowjetsystem und Demokratische Gesellschaft*, Bd. I, Freiburg — Basel — Wien 1966, Sp. 1177 ff. Unsere Darlegungen zu Vorgeschichte, Abschluß, Bedeutung und Folgen des Vertrages (das Geheime Zusatzprotokoll ist abgedruckt und leicht zugänglich in: *Der Sowjetkommunismus*, Bd. 2, S. 589) stützen sich vor allem auf (Aufzählung der Arbeiten in alphabetischer Reihenfolge): Die Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion 1939—1941, *Dokumente des Auswärtigen Amtes*, hrsg. von A. Seidl, Tübingen 1949; M. Braubach, *Hitlers Weg zur Verständigung mit Rußland im Jahre 1939*, Bonn 1960; Ph. W. Fabry, *Der Hitler-Stalin-Pakt 1939—1941. Ein Beitrag zur Methode sowjetischer Außenpolitik*, Darmstadt 1962; G. Hilger, *Wir und der Kreml*, S. 274 ff.; W. Laqueur, *Deutschland und Rußland*, Berlin 1965, S. 315 ff.; B. Meissner, *Die Sowjetunion, die baltischen Staaten und das Völkerrecht*, Köln 1956; G. v. Rauch, *Geschichte des bolschewistischen Rußland*, S. 273 ff.; ders., *Der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt vom August 1939 und die sowjetische Geschichtsforschung*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, Jg. 1966, Heft 8; H. v.

Rimscha, *Die Baltikumpolitik der Großmächte*, in: *Historische Zeitschrift* (1954); H. Roos, *Deutschland, Polen und die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament*, B 10/64 vom 4. März 1964; A. Rossi, *Zwei Jahre deutsch-sowjetisches Bündnis*, Köln 1954; A. N. Tarulis, *Soviet Policy toward the Baltic States 1918—1940*, Notre Dame 1959; G. L. Weinberg, *Germany and the Soviet Union, 1939—1941*, Leiden 1954.

³¹⁾ *Der Sowjetkommunismus*, Bd. 2, S. 587.

heißt seine Bereitschaft zur Bindung an ein solches Abwehr- und gegenseitiges Beistandsbündnis, tatsächlich war. Jedenfalls erklärte Molotow in seiner Rede vor dem Obersten Sowjet wohl kaum zufällig am 31. Mai, nachdem er gerade Kenntnis von Hitlers persönlichem Interesse an deutsch-russischen Gesprächen erhalten und deshalb an diesem Tage den westlichen Verhandlungspartnern neue Forderungen der Sowjetregierung unterbreitet hatte: „Wenn wir Verhandlungen mit England und Frankreich führen, so halten wir es doch gar nicht für notwendig, auf Geschäftsbeziehungen zu solchen Ländern wie Deutschland und Italien zu verzichten.“³²⁾ Ganz unmißverständlich brachte dann die „Prawda“ am 29. Juni 1939 die sowjetische Absicht zum Ausdruck, sich die volle Bewegungs- und Optionsfreiheit in beiden Richtungen zu erhalten. Der mit scharfen Ausfällen gegen die Westmächte versehene Artikel stammte überdies von Shdanow, der damals als einer der engsten — nicht nur außenpolitischen — Mitarbeiter Stalins immer stärker in den Vordergrund trat.

Gewiß hatten derartige offizielle und offiziöse Stellungnahmen auch den Zweck, die englischen und französischen Verhandlungspartner unter Druck zu setzen und sie womöglich zu weitergehenden Zugeständnissen zu bewegen. Als dann, hervorgerufen durch die bedrohliche Verschärfung der deutsch-polnischen Spannungen und die von Hitler bewußt heraufbeschworene allgemeine Kriegsgefahr, die westliche Bereitschaft zu Zugeständnissen an die Sowjetunion im Laufe des Sommers tatsächlich wuchs, als vom 12. August 1939 an alliierte Militärverhandlungen in Moskau stattfanden und als schließlich am 22. August der französische Missionschef den Russen die Einwilligung seiner Regierung in das von ihnen geforderte Durchmarschrecht durch Polen und Rumänien mitteilte, machte Verteidigungsminister Woroschilow als Leiter der sowjetischen Delegation sofort die ausdrückliche Zustimmung dieser beiden Staaten zur unabdingbaren Voraussetzung für das endgültige Zustandekommen der geplanten Militärallianz, die dann, wie er vieldeutig hinzufügte, wohl unterzeichnet werden könne, sofern „sich die politischen Umstände nicht inzwischen geändert hätten“³³⁾.

Genau dafür aber hatte Hitler inzwischen gesorgt. Einen ersten konkreten Ansatz zur deutsch-sowjetischen Annäherung boten seit der Jahreswende 1938/39 laufende Verhandlungen über eine Ausweitung des beiderseitigen Handelsverkehrs, der seit 1936 mit Hilfe kurzfristiger Verrechnungsabkommen abgewickelt und in Gang gehalten wurde. Nachdem Hitler am 28. April 1939 die vier Wochen zuvor ausgesprochene englische Garantie der polnischen Grenzen mit der einseitigen Aufkündigung des deutsch-polnischen Nichtangriffsvertrages vom Januar 1934 beantwortet hatte, dessen Spitze eindeutig gegen Sowjetrußland gerichtet gewesen war, wurde am 20. Mai in einer Unterredung Molotows mit dem deutschen Botschafter Schulenburg die Frage einer Verbesserung nicht nur der wirtschaftlichen, sondern auch der politischen Beziehungen zwischen Moskau und Berlin aufgeworfen. Weil Hitler zunächst in London wegen einer politischen Übereinkunft im Sinne eines erneuten britischen Appeasement sondieren ließ, dauerte es freilich noch zwei weitere Monate, ehe in einem inoffiziellen, aber hochbedeutsamen Gespräch, das deutsche und sowjetische Diplomaten am 26. Juli in einem Berliner Restaurant führten, der Plan einer Aufteilung Ostmitteleuropas Gestalt gewann.

Alles weitere ging dann sehr rasch und reibungslos vonstatten. Am 3. August deutete Schulenburg Molotow gegenüber die deutsche Bereitschaft zur Berücksichtigung des sowjetischen Interesses in Lettland und Estland an. Die Sowjetregierung gab ihrerseits am 11. August die offizielle Zusage, entsprechend dem Wunsch der deutschen Regierung Reichsaußenminister von Ribbentrop in Moskau zu direkten politischen Verhandlungen zu empfangen. Deren Beginn — von sowjetischer Seite war kein Termin genannt worden — wurde auf Drängen Hitlers, der sich mit einem Telegramm an Stalin persönlich einschaltete, mehrfach vorverlegt. Dazwischen fand am 19. August in Moskau die Unterzeichnung eines umfangreichen Handels- und Kreditabkommens statt, demzufolge Sowjetrußland eine Anleihe von 180 Millionen Reichsmark zum Bezug deutscher Maschinen und Industrieeinrichtungen erhielt. Als Ribbentrop am 23. August auf dem Luftwege in der sowjetischen Hauptstadt eintraf, waren die Würfel bereits gefallen. Stalin entschied sich gegen die Westmächte und für ein Zusammengehen mit Deutschland, weil Hitler im entscheidenden Augenblick bedenkenlos und ohne Zögern der Einbeziehung Finnlands, Estlands und Lettlands sowie Bess-

³²⁾ Ebenda, S. 588; zum nachfolgend zitierten „Prawda“-Artikel vom 29. 6. 1939, s. ebenda, S. 547.

³³⁾ Zitiert nach G. v. Rauch, Geschichte des bolschewistischen Rußland, S. 280.

arabiens und vor allem der einen Hälfte Polens bis zur „Linie der Flüsse Narew, Weichsel und San“ in die sowjetische Einfluß- und Macht-sphäre zustimmte. Die entsprechenden vertraglichen Bestimmungen enthielt der noch am

23. August von Molotow und Ribbentrop unterzeichnete deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt nebst dem dazugehörigen geheimen Zusatzprotokoll. Damit war das Schicksal Polens besiegelt.

Der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt vom 23. August 1939

Für die Zeitgenossen, welcher Nation sie auch angehören mochten, war die plötzliche, noch dazu so weitgehende vertragliche Übereinkunft zwischen zwei (angeblichen) politischen Todfeinden zweifellos ein sensationelles Ereignis und für viele zugleich ein Schock, zumal es beide Partner meisterhaft verstanden hatten, die Verhandlungen bis zum letzten Augenblick völlig geheimzuhalten.

Im historischen Rückblick fällt es gewiß leichter, das Zustandekommen des Paktes zu erklären, die Motive und Sachverhalte, die ihm zugrunde lagen, zu verstehen. Wir wollen und müssen uns hier freilich darauf beschränken, den Vorgang in den Gesamtzusammenhang der sowjetischen Außenpolitik unter Stalin einzuordnen.

Um das Ergebnis thesenhaft vorwegzunehmen: Das Bündnis mit dem nationalsozialistischen Deutschland stellt keinen Bruch in dem Gesamtgefüge der sowjetischen Deutschland- und Außenpolitik dar. Abgesehen davon, daß im Grunde zu keiner Zeit eine ernsthafte ideologische Auseinandersetzung zwischen Kommunismus und Nationalsozialismus stattgefunden hat, war (und ist) selbst schärfste ideologische Gegnerschaft nie ein Hindernis für das außenpolitische Zusammengehen Sowjetrußlands mit Staaten, die bei sich selbst die kommunistische Partei und ihre Anhänger rücksichtslos bekämpf(t)en und verfolg(t)en. Bezogen auf die sowjetische Deutschlandpolitik nach 1933 heißt das: „... nicht die Unmenschlichkeit des Faschismus, sondern Hitlers sowjetfeindliche Außenpolitik bestimmte die Einschätzung“³⁴⁾. Sie erlaubte es Stalin, eine Schaukelpolitik zu betreiben und sich — wie wir gesehen haben — die Möglichkeit für ein Arrangement mit Hitler offenzuhalten. So nimmt es nicht wunder, daß nach dem durch das Münchener Abkommen besiegelten Mißerfolg der antifaschistischen Konzeption der kollektiven Sicherheit vom roten Diktator die Initiative zur Annähe-

rung ausging, die der braune Diktator erst recht spät aufnahm, um sie dann allerdings seinerseits zur beschleunigten Konzipierung eines außerordentlich weitgehenden Übereinkommens einzusetzen. Für einen aufmerksamen Beobachter der deutsch-sowjetischen Beziehungen kann es auch kaum überraschend sein, daß hierbei vor allem das antipolnische Interesse beide Mächte zusammenführte. Als Polen dann tatsächlich zerschlagen war, sprachen Stalin und Molotow öffentlich (!) von einer Allianz, die nun „mit Blut zementiert“ worden sei³⁵⁾. Eine ebenso bezeichnende wie makabre Feststellung!

Jeglichen innerkommunistischen Widerstand gegen das Paktieren mit den Faschisten aber hatte Stalin mit Hilfe der gerade abgeschlossenen großen Säuberungen beseitigt, die sich auf dem Wege über den gefügigen Handlanger Komintern auch auf die anderen kommunistischen Parteien der Welt erstreckten. Nicht zufällig wurden dabei die polnischen und die deutschen Kommunisten besonders schwer betroffen; die KP Polens mußte es 1938 sogar hinnehmen, als verräterische Agentenpartei deklariert und aufgelöst zu werden. Und das war keineswegs alles. Nach dem Abschluß des Molotow-Ribbentrop-Paktes erhielten die kommunistischen Parteien in Europa die Anweisung, nach der Parole „Nieder mit dem imperialistischen Krieg!“ den Kampf der Westmächte gegen Deutschland zu verurteilen und deren Abwehrbereitschaft gegen die nationalsozialistische Aggression zu schwächen. Zwar verlor man daraufhin zahlreiche Anhänger, aber die Masse der Funktionäre in den einzelnen kommunistischen Par-

³⁴⁾ W. Laqueur, Deutschland und Rußland, S. 241.

³⁵⁾ „Die Freundschaft der Völker Deutschlands und der Sowjetunion, die mit Blut zementiert ist, hat alle Aussicht, eine feste und dauerhafte Freundschaft zu werden“. Mit diesen Worten bedankte sich Stalin bei Hitler für dessen Glückwünsche zu seinem 60. Geburtstag im Dezember 1939 (s. G. v. Rauch, Geschichte des bolschewistischen Rußland, S. 293). Zu Molotows fast gleichlautender Aussage s. W. Laqueur, a. a. O., S. 323.

teien und erst recht in der Komintern blieb absolut linientreu und machte selbst diesen Kurs mit, weil ihn Moskau befohlen hatte. Als Ergebnis ist daher festzuhalten: Was jetzt noch allein im internationalen Kommunismus zählte, was das Denken und das Handeln aller kommunistischen Parteien diktatorisch bestimmte, war der skrupellose Machtegoismus des Sowjetstaates, verkörpert im Willen und in der Person Stalins.

Zugleich ist dies wohl der wichtigste Faktor bei der Beantwortung der Frage nach dem Stellenwert des Vertrages vom 23. August 1939 im Gesamtgebäude der Außenpolitik Stalins. Denn: Veranlaßte nicht letztlich dieser spezifische Machtegoismus, diese imperialistische Staatsräson, die Sowjetregierung dazu, die vielleicht einmalige Gunst der Stunde zur Verwirklichung eines Zieles zu nutzen, das die volle Wiederherstellung der Grenzen des Zarenreiches beinhaltete, das man unter Lenin in der Phase des Kriegskommunismus vergeblich zu erreichen sich bemüht hatte und dessen Realisierung noch vor Jahresfrist in weiter Ferne zu liegen schien? Gerade unter diesem Gesichtspunkt erscheint es angebracht, sich nochmals den Kurs der sowjetischen Politik gegenüber dem NS-Regime bis 1939 zu vergegenwärtigen. Er läßt sich — nach den bisherigen Darlegungen — abschließend so umreißen: Nicht die Machtergreifung Hitlers am 30. Januar 1933, sondern erst der deutsch-polnische Nichtangriffspakt vom 26. Januar 1934 bewirkte jene Wendung der sowjetischen Außenpolitik, deren offizielles und erklärtes Ziel nunmehr — jedenfalls zeitweise — in der Eindämmung der faschistischen Gefahr bestand. Stalins Fehleinschätzung des deutschen Faschismus blieb indessen erhalten. Die Alleinschuld des Dritten Reiches an der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges steht außer Frage; aber es war Stalin, der durch den Pakt vom 23. August 1939 diese Kriegsentfesselung überhaupt bzw. endgültig ermöglichte.

Vieles spricht dafür, daß Hitler von vornherein nur an temporäre Konzessionen gegenüber der Sowjetunion gedacht hat. Es mag auch zutreffen, daß Stalin gelegentlich, so bereits bei den Verhandlungen mit Ribbentrop im August 1939, derartige Befürchtungen in bezug auf Hitlers Rußlandpolitik hegte. Irreführend ist jedoch jene bekannte Erklärung, die er am 3. Juli 1941, kurze Zeit nach dem deutschen Überfall, in einer Rundfunkansprache vor der Bevölkerung der UdSSR und der Weltöffentlichkeit abgab: „Wir sicherten unserem

Lande für eineinhalb Jahre den Frieden und erhielten auf diese Weise die Möglichkeit, unsere Kräfte zur Abwehr vorzubereiten.“³⁶⁾

Unterschlagen wurde hier nicht nur der außerordentliche territoriale und machtmäßige Gewinn, den die Sowjetunion aus der Verbindung mit dem nationalsozialistischen Deutschland inzwischen gezogen und der sie zum Abschluß der Allianz vom 23. August bewogen hatte. Die nachträgliche Rechtfertigung verschwieg vielmehr auch, daß Stalin seit dem Spätsommer 1939 offensichtlich mit einer sehr viel längeren Dauer des Zusammenspiels mit Hitler rechnete. Dabei ging er — in voller Übereinstimmung mit der außenpolitischen Theorie des Marxismus-Leninismus — von einem ebenso blutigen wie langwierigen militärischen Ringen innerhalb des kapitalistischen Lagers aus, das Sowjetrußland gewissermaßen Gewähr bei Fuß mitmachen wollte, um in den entscheidenden Phasen der Auseinandersetzung weitere Gewinne einzustecken und bei der Schlußabrechnung in jedem Falle auf der Seite des Siegers sein zu können. Die sowjetische Politik vom September 1939 bis zum Juni 1941 liefert den besten Anschauungsunterricht und Beleg dafür, daß Stalin von solchen Prämissen her dachte und handelte.

Nach dem sofortigen Inkrafttreten des Paktes vom 23. August, der, entgegen Hitlers, aber keineswegs entgegen Stalins Erwartung, England und Frankreich nicht von der Erfüllung ihres Beistandsversprechens gegenüber dem von Deutschland angegriffenen Polen abzuhalten vermochte, ging Stalin rasch und energisch an die Verwirklichung und Vermehrung der ihm vom nationalsozialistischen Deutschland gebotenen, ja sogar garantierten neuen Möglichkeiten zur Expansion der sowjetischen Macht.

Dem Einmarsch der Roten Armee in Ostpolen (am 17. September 1939) bis zur sogenannten Curzon-Linie von 1919 folgte im deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939, der bei einem zweiten Moskaubesuch Ribbentrops zustande kam, die deutsche Zustimmung zur Einbeziehung auch Litauens in die sowjetische Einflußzone. Die unter stärksten Druck gesetzten drei baltischen Staaten büßten, da niemand sie mehr wirksam zu schützen vermochte, schnell immer mehr an Selbständigkeit ein und wurden schließlich im Juli 1940 als Sowjetrepubliken

³⁶⁾ Der Sowjetkommunismus, Bd. 2, S. 591.

der UdSSR einverleibt, während Rumänien in Erfüllung eines Ultimatus des Kreml vom 26. Juni 1940 nicht nur Bessarabien, sondern auch die Nordbukowina an die Sowjetunion abtreten mußte³⁷⁾.

Darüber hinaus versuchte man vom deutschen Partner, der als Gegenleistung für die zeitweise Überlassung seines Kreuzers „Lützow“ und für technische Hilfe beim Bau bzw. Umbau sowjetischer Kriegsschiffe bis zum September 1940 in der Nähe von Murmansk einen eigenen Marinestützpunkt unterhalten durfte, nach dessen erster Niederlage im Luftkrieg über England (August 1940) weitere Zugeständnisse bezüglich einer Ausdehnung der sowjetischen Machtsphäre auf dem Balkan und im Ostseebereich zu gewinnen. Auch als Hitler dies in direkten Gesprächen, die er am 12. und 13. November 1940 mit dem nach Berlin eingeladenen Molotow führte, kategorisch ablehnte, nachdem bereits zuvor eine deutsche Militärmision ostentativ nach Rumänien entsandt worden war, blieb Stalin um die Aufrechterhaltung korrekter, ja möglichst guter Beziehungen zu Deutschland bemüht, die sich vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet anfänglich sehr vielversprechend entwickelt hatten.

In zwei weiteren Wirtschaftsabkommen vom Februar 1940 und Januar 1941 war eine erneute starke Ausweitung des beiderseitigen Warenverkehrs auf einen Gesamtumfang von 800 Millionen Reichsmark festgelegt worden, wovon vor allem der deutsche Partner durch den Bezug von Getreide (in einem Jahr fast 1 Million Tonnen!), Erdöl, Baumwolle, Phosphaten, Eisenerz, Roheisen, Platin u. a. m. profitierte. Obwohl die deutschen Gegenlieferungen an Industrieerzeugnissen von Anfang an alles andere als pünktlich erfolgten, bald immer mehr abnahmen und zuletzt praktisch ganz aufhörten, sorgte Stalin im Frühjahr 1941 dafür, daß die Sowjetregierung, die im Spätsommer 1940 wegen des deutschen Verzugs ihrerseits mit einem Lieferungsstopp gedroht hatte, ihre Verpflichtungen aus den Handelsverträgen wieder genau erfüllte. Ende April ließ er Berlin durch den nach dort reisenden Botschafter Schulenburg sogar noch das Ange-

bot unterbreiten, im kommenden Jahr 5 Millionen Tonnen Getreide nach Deutschland zu exportieren.

Das im Frühjahr und Frühsommer 1941 ganz offenkundige sowjetische Bemühen, „alles (zu) vermeiden, was Deutschland hätte verärgern können“³⁸⁾, erstreckte sich indessen keineswegs nur auf den Bereich der kommerziellen Beziehungen. So nahm man — wenn auch unter Protest — nicht nur im März 1941 den Einmarsch deutscher Truppen in Bulgarien hin, dessen Zugehörigkeit zur eigenen Sicherheitszone Molotow zuvor wiederholt und ausdrücklich unterstrichen hatte, sondern man ließ wenige Wochen später unter dem Eindruck des raschen Fortschreitens des deutschen Balkanfeldzuges sogar die gerade erst an die Macht gelangte antideutsche Militärregierung in Jugoslawien wieder fallen, mit der man noch am 5. April ostentativ einen Freundschaftspakt abgeschlossen hatte. Und schließlich brandmarkte die offizielle Telegraphenagentur TASS am 14. Juni alle Gerüchte „über einen bevorstehenden deutsch-russischen Krieg“ als eine „erlogene und widersinnige Provokation“, für die der Moskauer Botschafter Großbritanniens verantwortlich gemacht wurde³⁹⁾.

Stalin tat dies alles, weil er einen militärischen Konflikt mit Hitler unter allen Umständen vermeiden und statt dessen die weitere kriegerische Selbstzerfleischung der kapitalistischen Mächte (natürlich einschließlich des nationalsozialistischen Deutschland) in aller Ruhe abwarten wollte. Auch die Massierung starker und schneller Verbände der Roten Armee an der Westgrenze der UdSSR diente — darüber sind sich heute wohl alle Sachverständigen einig — nicht aggressiven, sondern defensiven Zwecken Deutschland gegenüber. Die Aktion sollte dazu beitragen, die deutsche Führung von einem eventuell geplanten Angriff auf die Sowjetunion abzuhalten. Darüber hinaus — das war vielleicht entscheidend — scheint Stalin, nicht zuletzt nach Unterzeichnung des sowjetisch-japanischen Nichtangriffsvertrages vom 13. April 1941, der ihn selbst von einer möglichen Zweifrontenbedrohung befreite, fest davon überzeugt gewesen zu sein, daß Hitler von sich aus keinen Zweifrontenkrieg beginnen werde.

³⁷⁾ Lediglich Finnland widersetzte sich im sogenannten Winterkrieg vom 30. Nov. 1939 bis zum 12. März 1940 (Frieden von Moskau) mit Waffengewalt Stalins brutaler Erpressungspolitik. Es unterlag zwar in dem ungleichen Kampf und erlitt Gebietsverluste in Karelien und am Ladogasee, behauptete jedoch seine Unabhängigkeit.

³⁸⁾ G. Hilger, *Wir und der Kreml*, S. 304.

³⁹⁾ *Deutschland und die Sowjetunion 1939—1941*, hrsg. von E. M. Carroll u. F. Th. Epstein, Washington 1948, Nr. 256; vgl. G. v. Rauch, *Geschichte des bolschewistischen Rußland*, S. 307.

Als der zu einem Zweifrontenkrieg wohl schon seit dem schnellen Ende des Frankreichfeldzuges entschlossene großdeutsche Führer dieses Risiko dennoch einging und am 22. Juni 1941 den Befehl zum überfallartigen Angriff auf den bisherigen Bundesgenossen gab, geriet das zuvor zwar gewarnte, aber nur unvollkommen vorbereitete sowjetische Regime unter den vernichtenden Offensivschlägen der deutschen Wehrmacht im Sommer und Herbst 1941 an den Rand der militärischen Katastrophe. Den rettenden Umschwung führten herbei: Der von Stalin geschickt entfachte und ausgenutzte, durch Hitlers brutale Besatzungspolitik geförderte nationale bzw. sowjetpatriotische Widerstandswille der Bevölkerung gegen die deutschen Eindringlinge, der sehr frühe Beginn und die außerordentliche Strenge des ersten Kriegswinters, der Fehler einer deutschen Winteroffensive gegen Moskau, die am 6. Dezember 1941 den ersten großen sowjetischen Gegenangriff auslöste, sowie nicht zuletzt die allmählich einsetzenden und rasch zunehmenden Materiallieferungen der USA, die aufgrund des amerikanischen Leih-Pacht-Programms zur Unterstützung der Kriegsgegner Deutschlands erfolgten. Der militärische Umschwung zugunsten der Sowjetunion schien zwar durch die deutsche Sommeroffensive von 1942 noch einmal in Frage gestellt zu sein, war jedoch seit Anfang 1943 mit dem für die Deutschen vernichtenden Ausgang der Schlacht von Stalingrad endgültig gesichert. Fortan galt Stalins erfolgreiches Bemühen nicht nur der — im Verein mit den Westmächten tatsächlich vollzogenen — Niederringung Deutschlands, die mit dessen bedingungsloser Kapitulation am 8. Mai 1945 endete, sondern zugleich auch der Sicherung und Vergrößerung des sowjetischen Imperiums, wobei der durch den Pakt mit Hitler ermöglichte und bis 1941 erreichte Besitzstand und Einflußbereich die selbstverständliche Basis für weitere Ausdehnungsbestrebungen abgab.

Welche Haltung aber nahm — so ist abschließend zu fragen — die Sowjetregierung während des Krieges gegenüber der nationalen und staatlichen Zukunft Deutschlands ein? Die Antwort läßt sich aus drei offiziellen Verlautbarungen Stalins zwischen 1942 und 1945 recht gut ablesen⁴⁰⁾. In seiner Rede zum 25. Jahrestag der Oktoberrevolution erklärte er am 6. November 1942 dem deutschen Volk, daß die

UdSSR nur das nationalsozialistische Regime bekämpfe. Genau ein Jahr später, am 6. November 1943, befürwortete er die Errichtung einer neuen Ordnung in Europa, die den Völkern Sicherheit vor einer deutschen Aggression bieten sollte, ohne dabei irgendeinen Unterschied zwischen dem deutschen Volk und dem nationalsozialistischen Regime zu machen. Schließlich umriß er einmal mehr die nunmehr verbindliche Richtung der Deutschlandpolitik, als er in seiner Rundfunkrede vom 8. Mai 1945 anläßlich der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht von den „Hitlers“, die da kommen und gehen, sprach, während er andererseits dem deutschen Volk ausdrücklich zusicherte, daß es weiter bestehen werde.

Auf dem Hintergrund bzw. im Zusammenhang mit der allgemeinen politischen und militärischen Entwicklung ergibt sich daraus folgendes Bild: Ende 1942 ging die Sowjetregierung offenkundig davon aus, die Integrität eines antifaschistischen Deutschland als einer nationalstaatlichen Einheit zu wahren. In diesem Sinne war man während des Frühjahrs und Sommers 1943 unter den deutschen Kriegsgefangenen agitatorisch und propagandistisch tätig. Als dann die USA und Großbritannien, nicht zuletzt unter dem sie nie ganz verlassenden Alpdruck einer möglichen deutsch-sowjetischen Separatverständigung, der UdSSR auf der Moskauer Außenministerkonferenz vom Oktober 1943 weit entgegenkamen, schwenkte die sowjetische Seite kurzfristig auf eine scharf antideutsche Linie der interalliierten Solidarität ein, die neben einer Eliminierung des deutschen Potentials auch die staatliche Zerstückelung des Landes in sich schloß. Der erneute Kurswechsel der sowjetischen Politik vom Frühjahr 1945 im Sinne einer Rückwendung zu ihrer ursprünglichen Haltung vom Herbst 1942 hatte seine Ursache einmal in der spürbaren Verschlechterung der Beziehungen der Sowjetunion zu den angelsächsischen Mächten nach der Konferenz von Jalta; vor allem aber in dem — in diesem Ausmaß bislang wohl auch nicht von Stalin erwarteten — weiten Vordringen sowjetischer Truppen auf deutsches Territorium. In eindeutiger Abkehr von dem Plan einer Zerstückelung Deutsch-

⁴⁰⁾ Texte enthalten in: Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion, Berlin (Ost) 1945 u. ö.

lands faßte die sowjetische Führung nunmehr u. a. den Beschluß, den Aufbau eines gesamtdeutschen Parteiensystems in die Wege zu leiten; darüber hinaus ließ sie am 25. Juli 1945, das heißt vor Abschluß der Potsdamer Konferenz, insgeheim sogenannte „deutsche Zentralverwaltungen“ ins Leben rufen, „die zwar nur innerhalb der Sowjetzone tätig werden konnten, aber doch zugleich als administrative Gerippe für eine künftige gesamtdeutsche Zentralbehörde gedacht waren“⁴¹⁾.

Die seitherige sowjetische Deutschlandpolitik hat zumindest vier deutlich voneinander abhebbare Phasen durchlaufen (1945—1948/49, 1948/49—1953, 1953/54—1958, 1959 bis heute). Dabei ist aus dem ursprünglich entschiedenen Befürworter der nationalstaatlichen Einheit Deutschlands (selbstverständlich eines kommunistischen bzw. auf alle Fälle eines neutralistischen, das heißt sowjetkommunistischem Einfluß unterworfenen Deutschland, aber immerhin eines einheitlichen Deutschland) der Verfechter und Protektor der Zweistaatentheo-

⁴¹⁾ G. Wettig, Die Parole der nationalen Einheit in der sowjetischen Deutschlandpolitik 1942—1967, in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 33/1967, S. 3.

rie und -praxis, das heißt der Zementierung der Spaltung Deutschlands auf der Basis des gegenwärtigen machtmäßigen Status quo in der Weltpolitik geworden. Das wiederum mag ein zumindest zeitweises Zurückstecken der sowjetischen Nachkriegsziele und -ambitionen in bezug auf Deutschland bedeuten. Denn es geht Moskau augenblicklich und wahrscheinlich auch in absehbarer Zukunft wohl nicht mehr um die Schaffung eines kommunistischen Gesamtdeutschlands als Basis und Sprungbrett für eine Sowjetisierung Gesamteuropas, sondern um die Bewahrung und Sicherung dessen, was von diesem Deutschland seit 1945 zum sowjetischen Herrschafts- und Einflußbereich gehört. Selbst wenn man darin mehr als einen nur temporären Bruch mit bisherigen Leitsätzen sowjetischer Expansionspolitik sehen sollte, bleibt deren innere Kontinuität insgesamt durchaus erhalten. Das soll heißen: Deutschland kam und kommt als Subjekt und als Objekt der Weltpolitik im Denken und Handeln der führenden Gestalten und Gestalter der Geschichte Sowjetrußlands durchgängig zentrale Bedeutung zu. Deutschland war und ist daher einer der wichtigsten Schlüssel zum Verständnis der Außenpolitik der europäischen Vormacht des Kommunismus überhaupt.

Deutschland und die Deutschen in polnischen Geschichtslehrbüchern

Geschichtslehrbücher, einerlei, ob sie Produkt eines staatlichen Schulbuchverlages (wie in Polen) oder eines privatwirtschaftlichen Unternehmens (wie zumeist in der Bundesrepublik) sind, dürfen nur dann an öffentlichen Schulen benutzt werden, wenn die zuständige Stelle das anordnet bzw. genehmigt. Zuständig ist in Polen die kommunistische Vereinigte Arbeiterpartei, in der Bundesrepublik das Kultusministerium des betreffenden Landes. Die Lehrbücher müssen den Forderungen der genannten Stelle hinsichtlich Auswahl und Darstellung des Stoffes sowie politisch-pädagogischer Zielsetzungen entsprechen. Infolgedessen läßt sich aus den an den Schulen eingeführten Büchern schließen, welches Geschichtsbild und welche politischen Vorstellungen den Schülern des betreffenden Landes vermittelt werden sollen.

Ist dieses Geschichtsbild vor allem nationalstaatlich, so wird in den Büchern *das* positiv bewertet und entsprechend ausführlich dargestellt, was der Einheit, Unabhängigkeit, kulturellen Eigenständigkeit und Größe — was man sich auch darunter vorstellen mag — der eigenen Nation förderlich gewesen ist. Im Zusammenhang damit werden andere Nationen besonders unter dem Gesichtswinkel betrachtet, wie weit sie dem Streben der eigenen Nation nach Einheit usw. im Wege gestanden haben.

Solange z. B. in Deutschland das nationalstaatliche Geschichtsbild überwog, war Frankreich in den Lehrbüchern in erster Linie — von Richelieu bis Poincaré — der Hauptfeind Deutschlands; heute dagegen erscheint es vor allem als das Land, in dem rationale Ordnung des Staatswesens sowie auf persönliche Freiheit und auf Demokratie gerichtete Bestrebungen besonders früh und klar in Erscheinung getreten sind. Diese Änderung des deutschen Frankreich-Bildes läßt auch auf eine Änderung des deutschen Geschichtsbildes schließen.

Hier soll nun untersucht werden, welches Bild von Deutschland und den Deutschen in polnischen Geschichtslehrbüchern anzutreffen ist, und sodann die Frage aufgeworfen werden, ob sich daraus schließen läßt, welches Geschichtsbild und welche politischen Vorstellungen den polnischen Schülern vermittelt werden sollen. Dies soll an Hand von Auszügen aus Geschichtslehrbüchern geschehen, die 1967 oder 1968 neu eingeführt worden sind. Um aber bestimmte Entwicklungstendenzen aufzuzeigen, werden zum Vergleich in einigen Fällen auch Abschnitte aus Lehrbüchern zitiert, die vor dem „polnischen Oktober“ von 1956 entstanden sind.

Zum besseren Verständnis der Textproben sei einiges über das Verhältnis der Polen zu ihrer eigenen Geschichte sowie über die Entwicklung der polnischen Geschichtslehrbücher seit 1945 vorausgeschickt.

Das traditionelle polnische Geschichtsbild

In der Zeit, in der Polen geteilt und unselbstständig war (1795—1918), waren alle politischen Energien der Nation auf Befreiung und Wiedervereinigung gerichtet. Als aber nach dem Scheitern der polnischen Aufstände — endgültig 1864 — diese Ziele ferner denn je gerückt schienen und tiefe Niedergeschlagenheit die Nation erfaßte, suchten viele Polen Ermutigung in der Betrachtung der Zeiten eigener nationaler Größe, das heißt in der Geschichte. Da aber Staat und Schule — einer-

lei ob russisch, österreichisch oder preußisch — diesem Bedürfnis nicht entgegenkamen, erlangte der historische Roman bei den Polen eine Bedeutung wie wohl bei keinem anderen Volke. Zusammen mit der Historienmalerei schuf er der Nation ein romantisch-heroisches Bild ihrer Vergangenheit, in dem die Eroberungszüge des Boleslaw Chrobry (967—1025), der Sieg über den Deutschen Orden bei Tannenberg (1410), die Türkenkriege des 17. Jahrhunderts und die Erhebung Kościuszkos ge-

gen die Russen (1794) besonders hervorragende Plätze einnahmen.

Bedeutendster Autor historischer Belletristik und damit Former historisch-politischer Vorstellungen wurde Henryk Sienkiewicz (1846 bis 1916, Nobelpreisträger von 1905). Sein Roman „Die Kreuzritter“, der in der Zeit der ersten Schlacht bei Tannenberg spielt, wurde sofort nach seinem Erscheinen (seit 1900) Bestseller und ist es seither von Jahrzehnt zu Jahrzehnt geblieben — bis heute. Nochmals vermehrt wurde die Popularität des Romans dadurch, daß er anlässlich der 450-Jahrfeier der Schlacht (1960) verfilmt wurde.

Historischer Roman und Historienmalerei haben bewirkt, daß im polnischen Volk Ereignisse und Gestalten seiner Geschichte außerordentlich lebendig sind, ganz anders als in Deutschland. Dieses populäre polnische Geschichtsbild, geprägt von der Romantik und mehr noch von dem Nationalismus der Wilhelminischen Zeit, ist mit den Ergebnissen der historischen Wissenschaft vielfach nicht in Einklang zu bringen. Die Deutschen erscheinen in ihm im düstersten Licht ¹⁾.

Polnische Geschichtslehrbücher seit 1945

Als die Polen nach der Befreiung von der deutschen Fremdherrschaft (1944/45) daran gingen, Schulen und wissenschaftliche Institutionen wieder ins Leben zu rufen, knüpften sie dabei zunächst an die bürgerlich nationalen Traditionen der Vorkriegszeit an. Als es aber 1948 den Kommunisten unter Bolesław Bierut gelungen war, die Macht im Staate ganz in ihre Hände zu bringen, gingen sie daran, Unterricht und Wissenschaft in ihrem Sinne umzugestalten. Um die „bürgerlichen“ Geschichtslehrbücher der Vorkriegszeit entbehren zu können, führten sie zunächst ein aus dem Russischen übersetztes sowjetisches Lehrbuch ein. Auf einer polnisch-sowjetischen Historikerkonferenz, die zur Jahreswende 1951/52 in Otwock bei Warschau stattfand, wurde sodann die polnische Historiographie mit der sowjetischen gleichgeschaltet.

Das Historische Institut der 1951 nach sowjetischem Muster als Zentrale aller wissenschaftlichen Arbeit gegründeten Polnischen Akademie der Wissenschaften begann sofort, eine streng im Geiste des historischen Materialismus verfaßte Geschichte Polens zu schaffen, gedacht vor allem als Lehrbuch für den künftigen Lehrer. Der erste Teilband dieser vielbän-

Selbstverständlich ist der Autor eines polnischen Geschichtslehrbuches mit diesem Geschichtsbild vertraut, und er steht vor der Frage, ob er es — zumindest im Unter- und Mittelstufenlehrbuch — als ein Stück nationaler Überlieferung und wegen seiner Farbigkeit übernehmen oder aber als kritischer Historiker nur so weit gelten lassen soll, wie es wissenschaftlich gesichert ist. Er steht z. B. vor der Frage, ob er die altüberlieferten, aber historisch fragwürdigen Berichte über die Niederlage der Deutschen auf dem Hundsfeld bei Breslau (1109) — angeblich so benannt, weil die Hunde die Leichname der Deutschen fraßen — oder die über die Niedermetzlung der Danziger Bürger durch die Ordensritter (1308 [vgl. Text 6]) bringen soll oder nicht.

Dementsprechend könnte ein deutscher Autor z. B. vor der Frage stehen, ob er schildern soll, wie Luther mit wuchtigen Hammerschlägen seine Thesen an die Tür der Schloßkirche zu Wittenberg nagelte — welch eindrucksvolles Bild! — oder ob er darauf verzichten soll, weil neuerdings mit beachtenswerten Gründen bezweifelt wird, daß dieser Thesenanschlag überhaupt stattgefunden hat.

digen „Historia Polski“ erschien 1957; gegenwärtig liegt das Werk bis zum Jahr 1900 fertig vor.

Der Staatliche Schulbuchverlag konnte jedoch nicht warten, bis die Historia Polski als Grundlage für die Schullehrbücher abgeschlossen war. Er ließ sofort Geschichtslehrbücher verfassen. Inhaltlich wurden sie eine Art Kompromiß zwischen der bürgerlich nationalen und der historisch-materialistischen Geschichtsauffassung. Typisch für die Geschichtslehrbücher ist seitdem folgendes:

1. Die Darstellung ist polnisch-national. Der polnische Staat bzw. das Bestreben, ihn wiederherzustellen, steht im Mittelpunkt der Darstellung.
2. Die Darstellung erfolgt auf der Grundlage des historischen Materialismus. Die jeweili-

¹⁾ Vgl. dazu: Kurt L ü c k , Der Mythos vom Deutschen in der polnischen Volksüberlieferung und Literatur, Posen 1938; Gotthold R h o d e , Das Bild der Deutschen im polnischen Roman des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts und das polnische Nationalgefühl, in: Ostdeutsche Wissenschaft, Bd. VIII (1961), S. 327—366.

gen Produktionsverhältnisse werden ausführlich behandelt.

3. Die Darstellung ist geprägt vom Geiste der „brüderlichen Verbundenheit“ der Völker im „Lager des Sozialismus“. Das bedeutet, daß über diese, besonders über die Russen, nach Möglichkeit nichts Nachteiliges gesagt wird. Da aber aus polnischer Sicht über die Russen auch nicht viel Positives gesagt werden kann, werden sie mit bemerkenswerter Kürze behandelt. Um so mehr Raum wird dem anderen wichtigen Nachbarn Polens, nämlich Deutschland gewidmet.

4. Die Darstellung erfolgt im Geiste der unbedingten Bejahung des gegenwärtigen innen- und außenpolitischen Zustandes Polens. Dieser erscheint als ein notwendiges und daher positiv zu bewertendes Ergebnis eines „historischen Prozesses“. Daher wird die Expansion Polens nach Osten, die 1349 voll einsetzte und erst 1939 durch die Annexion Ostpolens durch die Sowjetunion ihr Ende fand, als ein historischer „Irrweg“ gewertet und dementsprechend nur kurz behandelt.

5. Die Darstellung erfolgt im Geiste des Atheismus. Religion und Kirche werden im Sinne des Marxismus als „ideologischer Überbau“ bzw. als Herrschaftsinstrument der jeweiligen Ausbeuterklasse gesehen. Gelegenheiten, Papsttum und Katholische Kirche als Feinde Polens erscheinen zu lassen, werden geradezu gesucht.

Für die Darstellung Deutschlands und der Deutschen bedeutet dies alles, daß Deutschland (bzw. der Deutsche Orden, Brandenburg, Preußen, Österreich) als der Hauptfeind Polens erscheint. Der Blick auf die Produktionsverhältnisse führt dabei aber zu einer gewissen Versachlichung. Die mittelalterliche deutsche Ostsiedlung z. B. wird nicht mehr als Ausdruck eines psychopathischen oder kriminellen deut-

schen „Dranges nach Osten“ angesehen, sondern als eine plausible Erscheinung der Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Die „brüderliche Verbundenheit“ der Völker des Ostblocks kommt auch den Deutschen zugute. Sie werden nicht insgesamt negativ beurteilt. Dies gilt nur für einzelne Gruppen von ihnen (vor allem Feudalherren, Kreuzritter, Junker, Hakatisten und „hitlerowcy“, das heißt Nationalsozialisten, aber dieses Wort wird, weil es den Ausdruck „Sozialismus“ diskreditieren würde, nie benutzt). Die Bejahung der heutigen Grenzen Polens als der auch historisch allein richtigen, führt dazu, daß die gesamten Oder-Neiße-Gebiete durch alle Jahrhunderte hindurch ohne Rücksicht auf ihre staatliche Zugehörigkeit und ihre Bevölkerung als Teile Polens behandelt werden.

Die oben genannten Grundzüge der Darstellung gelten noch heute, doch sind seit den fünfziger Jahre gewisse Verschiebungen der Akzente zu verzeichnen, und zwar dergestalt, daß manche Konzessionen an das romantische Geschichtsbild verschwunden sind (vgl. Texte 5 und 6), ebenso aber auch Schiefheiten, die dem Geschichtsbild des Histomat entstammten (Text 2, Text zu Anm. 8). Im ganzen gesehen, ist die Darstellungsweise dabei „nationaler“ geworden.

In den polnischen Geschichtslehrbüchern ist von Deutschland und den Deutschen oft die Rede, und zwar in verschiedenartigen Abschnitten:

- a) in den allgemein-historischen,
- b) in denen, die die Beziehungen Polens zu seinen Nachbarn behandeln, und
- c) in denjenigen, die sich mit der Kultur- und Sozialgeschichte Polens innerhalb seiner heutigen Grenzen (zwischen Oder und Bug) befassen.

Textproben

a) Mittelalter

Es sollen hier nun Textproben aus den unter b) und c) genannten Abschnitten gebracht werden, und zwar solche, die teils das „piastische“ Polen des Mittelalters behandeln, teils das 19. und 20. Jahrhundert.

Das piastische Polen wird heute besonders deshalb in den Lehrbüchern ausführlich be-

handelt, weil es sich räumlich ungefähr mit der Volksrepublik deckt und dadurch deren Westgrenze so etwas wie eine historische Legitimation verleiht. Das 19. und 20. Jahrhundert ist die Zeit, in der sich das heutige Verhältnis zwischen Polen und Deutschen herausgebildet hat.

Über die älteste Zeit der piastischen Herrschaftsbildung, die besonders in der Zeit des

polnischen Millenniums (1960—1966) im Mittelpunkt des Interesses gestanden hat, schreibt ein Lehrbuch für das 8. Schuljahr ²⁾.

Text 1:

„Die Beziehungen Mieszkos I. zu seinen Nachbarn

Die Taufe [966] ermöglichte Mieszko I. eine günstige Regelung der Beziehungen zum Kaisertum. Ähnlich wie viele andere Herrscher des Westens erkennt Mieszko den Primat des Kaisers im lateinisch-christlichen Europa an. Er bewahrt dabei jedoch die Unabhängigkeit vom deutschen Königtum, und seine Verpflichtungen gegenüber dem Kaiser bestanden darin, ihm materielle und bewaffnete Hilfe bei Unternehmungen zu leisten, die die Verteidigung der Kirche und die Ausbreitung des Christentums zum Ziel hatten. Im Rahmen dieser Verpflichtung nahm Mieszko I. am Kampf gegen den nordwestslawischen Stamm der Wilzen teil, der zwischen der unteren Oder und der unteren Elbe ansässig war. Das lag jedoch in seinem eigenen Interesse, denn die Wilzen bedrohten Pommern.

Die im allgemeinen korrekten Beziehungen Mieszkos zum Kaisertum verhinderten nicht polnisch-deutsche Kämpfe. Beunruhigt durch die Erfolge des polnischen Herzogs in Pommern, drang der deutsche Markgraf Hodo in das polnische Gebiet ein, aber sein Heer wurde durch die polnische Macht in der Schlacht bei Zehden [südlich Stettin] vernichtet (972).

Die Beziehungen zu den anderen Nachbarn waren wechselnd. Das polnisch-tschechische Bündnis bestand so lange, wie Dobrawa [Gattin Mieszkos, Tochter des böhmischen Herzogs] lebte. Nach ihrem Tod kam es zwischen beiden Staaten zum Kampf um Schlesien. Den Sieg in ihm errang Mieszko.“

Über denselben Stoff schrieb ein Lehrbuch für das 8. und 9. Schuljahr im Jahre 1956 ³⁾:

Text 2:

„Die deutschen Feudalherren bemühten sich, der Einigung der polnischen Lande, der Entwicklung des polnischen Staatswesens entgegenzutreten. Im 10. Jahrhundert wandte sich die feudale Aggression gegen die Elb- und Ostseeslawen. Hier, auf slawischem Land, das durch Gewalt und Hinterlist erobert worden war, entstanden die Marken, die Ausgangs-

punkte weiterer feudaler deutscher Expansion im westslawischen Land waren, einer Expansion, die sich ebenfalls gegen das kräftige polnische Staatswesen wandte. Diesem Eroberungssüchtigen deutschen Streben stellte sich Mieszko I. entgegen. (...) Mieszko schloß auch ein Abkommen mit Kaiser Otto I. (...) Im Jahr 972 fiel der deutsche Markgraf Odo in das polnische Land ein. Bei Zehden bereitete ihm die polnische bewaffnete Macht eine Niederlage. Das deutsche Heer wurde vernichtet. In der Hand der Sieger blieben viele Gefangene und Beutestücke. Dieser Sieg befestigte die Verbindung ganz Pommerns mit Polen. (...) In den neunziger Jahren des 10. Jahrhunderts wurde auch Schlesien, das sich unter tschechischer Oberhoheit befunden hatte, an den polnischen Staat angeschlossen. (...) So gestaltete sich am Ende des 10. Jahrhunderts das Territorium des feudalen polnischen Staates, welches die Grundlage der Gestaltung der heutigen Grenzen unseres Staates ist.“

Der Unterschied zwischen den beiden Texten ist auffällig; der von 1968 ist im Ton sachlich, der von 1956 polemisch und — am Schluß — belehrend; jener ist inhaltlich einwandfrei, dieser keineswegs.

Einen deutschen Versuch, die Einigung der „polnischen Lande“ zu verhindern, hat es nicht gegeben. Nicht deutsche „Feudalherren“ waren Träger der deutschen Ostpolitik des 10. Jahrhunderts, sondern die Kaiser. Daß damals das Gebiet der Elb- und Ostseeslawen durch Hinterlist erobert worden wäre, geht aus den Quellen nicht hervor. Die deutsche Expansion richtete sich gegen die heidnischen Stämme, nicht gegen das christliche Piastenherzogtum. Den Begriff „Polen“ (als Land oder Volk) gab es noch nicht — nur den Herrschaftsbereich der Piasten und den Stamm der Polanen (um Gnesen).

Interessant ist auch, daß Text 2 im Gegensatz zu Text 1 nichts davon erwähnt, daß sich Mieszko dem Kaiser untergeordnet und gemeinsam mit den Deutschen die Elbslawen bekämpft hat. Beides wird sicherlich deshalb verschwiegen, weil es nicht recht in das Bild eines idealen slawischen Fürsten paßt. Wenn aber beide Texte das historisch ganz unbedeutende Gefecht bei Zehden für erwähnenswert halten, so vermutlich deshalb, weil es der erste polnische Sieg über Deutsche ist. Gemeinsam ist beiden Texten auch das Bestreben, die Selbständigkeit Mieszkos gegen-

²⁾ Jerzy Domiat, Historia dla klasy I liceum ogólnokształcącego, Warszawa 1968 (Auflage 150 000), S. 219 f.

³⁾ Helena Michnik/Ludwika Mosler, Historia Polski do roku 1795, Warszawa 1957 (Auflage 15 000), S. 20 ff.

über dem Kaiser hervorzuheben, wenn auch Text 1 eine vertragliche Bindung erwähnt. Daß Mieszko dem Kaiser tributpflichtig war, wird nicht gesagt.

Während die Berührungen zwischen Deutschen und Polen im 10. bis 12. Jahrhundert im wesentlichen solche der Herrscher waren, wurde das im 13. und 14. Jahrhundert anders: Polen erschloß sich in diesen Jahrhunderten der westlichen Zivilisation und unterlag damit einer starken inneren Umgestaltung, vor allem auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet. Träger dieser Verwestlichung waren zu einem großen Teil herbeigerufene Deutsche — Ritter, Kleriker, Bauern, Bürger und Bergleute.

Über diese deutsche Ostsiedlung schreibt das genannte Lehrbuch von 1968 (vgl. Text 1), S. 302 f.:

Text 3:

„Lokation von Dörfern und Städten in Polen im 13. Jahrhundert. Ansiedlung nach deutschem Recht

In den Landschaften des westlichen Polen, besonders in Schlesien, nahm seit Beginn des 13. Jahrhunderts nicht nur das polnische Element an der Kolonisation teil. Dorthin kamen auch Bauern aus den stark überbevölkerten Ländern Europas, vor allem aus dem benachbarten Deutschland, aber ebenfalls aus dem entfernteren romanischen Westen. Durch Not, Mangel an Land oder übermäßigen feudalen Druck wurden diese aus ihrem Vaterland vertrieben. Von den polnischen Herren erlangten sie ansehnliche Privilegien und Erleichterungen hinsichtlich ihrer Verpflichtungen, gewöhnlich ihren eigenen Forderungen entsprechend. Für diese war das Recht jener Gegenden in ihrem Vaterland maßgeblich, in denen man sich die größte Freiheit erkämpft hatte. Auf diese Weise gelangte in die Ordnung des polnischen Dorfes ein neues Element, das deutsche Recht.“ (Im weiteren Text wird der Vorgang der Lokation geschildert.)

Die folgenden Abschnitte tragen die Überschriften:

„Die Vorteile des deutschen Rechtes im feudalen Dorf“

„Die Umsetzungen der Dörfer vom polnischen zum deutschen Recht“

„Die Entwicklung der Städte“

„Die städtische Selbstverwaltung“

„Das Bürgertum“

(Die Deutschen werden in diesen Abschnitten nicht mehr erwähnt.)

Daß die deutsche Ostsiedlung des Mittelalters dazu führte, daß die heutigen Oder-Neiße-Gebiete im wesentlichen deutsch besiedeltes Land wurden und daß auch in Groß- und Kleinpolen (das heißt Posen und Westgalizien) ein erheblicher deutscher Bevölkerungsanteil entstand, ist diesem Text kaum zu entnehmen. Das Lehrbuch von 1957 (vgl. Anm. 3, S. 54 f.) drückte sich deutlicher aus:

Text 4:

„Deutsche Siedlung und Siedlung nach deutschem Recht

Die Siedlungsbewegung, die als Folge der Entwicklung der Produktivkräfte im 12. Jahrhundert begonnen hatte, verstärkte sich im 13. und 14. Jahrhundert, hauptsächlich auf dem durch den Tatareneinfall verwüsteten und entvölkerten Land [Schlesien und Kleinpolen]. Zur Beschleunigung des Prozesses der Rodung der Wälder, der Urbarmachung unbenutzten Landes ließ man neue Siedler ebenfalls von jenseits der Grenzen des Landes kommen. Die Kolonisten kamen aus dem Westen, besonders aus Deutschland und Flandern. Die Ansiedlung der Kolonisten auf polnischem Boden geschah hauptsächlich durch die Klöster, vor allem die der Zisterzienser, sowie durch die Bischöfe von Breslau und die schlesischen Herzöge. Nach Schlesien kamen sowohl Bürger als auch Bauern und auf ihren Spuren ebenfalls Ritter und deutsche Kleriker. Ihnen wurde von den Herzögen Land übertragen. Die deutschen Bürger siedelten sich hauptsächlich in den Städten Schlesiens, Pommerns, Kleinpolens und in geringerem Maße auch Großpolens an. In den neu gegründeten städtischen und ländlichen Siedlungen wurde das Recht westeuropäischer Art eingeführt . . .“

Dieser ältere Text stellt den Vorgang der Ostsiedlung viel klarer und richtiger dar als der neuere von 1968 (Text 3).

Jedoch auch in Text 4 sind Einzelheiten schief: Nicht Klöster und Bischöfe waren Hauptförderer der Siedlung, sondern weltliche Grundherren, vor allem die Piasten. Die deutschen Bürger ließen sich nicht in bereits bestehenden Städten nieder — gemeint damit sind die „Suburbien“ slawischer Burgen, in denen unfreie Handwerker wohnten —, sondern gründeten neben diesen oder ganz unabhängig davon Städte im westlichen Sinne des Wortes.

Text 4 ist vom Geiste des historischen Materialismus geprägt worden, Text 3 von dem gegenwartspolitischen Bestreben, von den Deutschen in den Oder-Neiße-Gebieten möglichst wenig zu sprechen.

Danzig ist für Polen seit Jahrhunderten nicht nur bedeutendster Seehandelsplatz gewesen, sondern zugleich auch Symbol nationaler Unabhängigkeit und Größe — ähnlich wie Straßburg für Deutschland im 19. Jahrhundert.

Im 13. Jahrhundert war Danzig Teil des selbständigen Herzogtums Pommerellen. Als 1294 der letzte einheimische Herzog gestorben war, erhoben sowohl die brandenburgischen Askaniern als auch die polnischen Piasten Anspruch auf sein Erbe. Beide konnten Rechtstitel vorweisen. Vorübergehend konnte Władysław Lokietek, Einiger Polens nach langem Zerfall, Danzig in seine Hand bringen. Dann aber verlor er es an den Deutschen Orden. Über diesen Vorgang schreibt ein Lehrbuch von 1968 (vgl. Anm. 2, S. 329):

Text 5:

„Die Eroberung des Danziger Pommern durch die Kreuzritter

Aus den Schwierigkeiten, in die Polen geraten war, suchten die Brandenburger Nutzen zu ziehen. Im Jahre 1308 fielen sie in Pommern ein und nahmen die Stadt Danzig. Gegen sie verteidigte sich aber die [polnische] aus Rittern bestehende Besatzung der Burg unter der Führung Boguszas. Da Lokietek ihm nicht zur Hilfe kommen konnte, denn er wurde durch den Kampf mit dem Bischof Muskata in Kleinpolen festgehalten, wurden die Kreuzritter zur Hilfe gerufen. Gemäß den Abmachungen hatten die Kreuzritter die Brandenburger zu vertreiben, und Lokietek hatte ihnen später die Kosten für den Feldzug zu erstatten.

Die Kreuzritter vertrieben die Brandenburger, eroberten aber Pommern [Pommerellen] selbst. Durch eine List bemächtigten sie sich der Danziger Burg und richteten unter den polnischen Rittern ein Blutbad an. Lokietek konnte gegen diesen Verrat keine Schritte unternehmen, solange er nicht seine Stellung in Kleinpolen befestigt und Großpolen in seine Hand gebracht hatte.“

Wenn auch gegen diese Darstellung kleine Einwendungen erhoben werden könnten — die Brandenburger hatten einen Rechtsanspruch auf Pommerellen, und die getöteten polnischen Ritter waren nach Auffassung des Ordens keine „Kombattanten“ —, so stellt sie doch gegen die konventionelle Art der Schilderung dieses Vorgangs einen erheblichen Schritt zur Versachlichung dar. Das wird deutlich, wenn man die Darstellung des Ereignisses in einem Schulbuch für das 4. Schuljahr aus dem Jahre 1953 ⁴⁾ liest.

Text 6:

„Traurig war das Los Pommerns [Pommerellen]. Nur kurze Zeit stand das Danziger Pommern unter der Herrschaft von Lokietek, dann wurde es verräterisch von den Kreuzrittern überwältigt. Es war im Jahr 1308. Gegen Danzig zogen die deutschen Fürsten von Brandenburg. Die Danziger wandten sich daraufhin um Hilfe an die Kreuzritter, denn sie wußten nicht, daß diese sich als Feinde erweisen würden. Die Ordensritter folgten gerne der Bitte der Danziger. Bald stand ihre bewaffnete Macht vor der Stadt. Deshalb zogen die Brandenburger sich zurück. Die Bevölkerung von Danzig empfing die Kreuzritter freudig als Bundesgenossen und Freunde. Aber diese erwiesen sich als Verräter. Sie gelangten in die Burg und verdrängten die schwache und auf einen Überfall nicht gefaßte polnische Besatzung. Noch grausamer verführten sie mit der Bevölkerung der Stadt und ihrer Umgebung.

Als sich in Danzig eine große Volksmenge auf dem Markt versammelt hatte, griffen die Kreuzritter plötzlich von der Burg her die unbewaffneten Menschen an und begannen eine grausame Metzelei. Sie ermordeten einen großen Teil der Bevölkerung, brannten die Stadt nieder und stürzten Pommerellen in Armut. So wurde also Polen völlig vom Meer und der Weichselmündung abgetrennt.

Władysław Lokietek erkannte diese Eroberung nicht an. Er erhob Klage gegen den Orden beim Papst und beim Kaiser, aber er erlangte keine Gerechtigkeit.“

Dieser Text ist noch ganz Ausdruck des überlieferten populären Geschichtsbildes und weder im Ton noch im Inhalt sachlich.

Die Ordensritter kamen nicht auf die Bitten der Danziger hin, sondern auf Grund eines Vertrages mit Herzog Władysław (vgl. Text 5). Ihr Blutbad unter den Bürgern und die Verbrennung der Stadt ist historische Legende.

Mit weißer Weste steht der Orden in der Danziger Frage allerdings auch nicht da. Skrupellos setzte er, um Pommerellen zu erhalten, seine militärische und finanzielle Macht sowie seine diplomatischen Beziehungen ein. Herzog Władysław konnte sich mit Recht als der Betrogene ansehen, denn nachdem der Orden auf Grund des mit ihm abgeschlossenen Vertrages das Land besetzt hatte, forderte er eine Kostenerstattung von solch astronomischer Höhe, daß jener sie nicht bezahlen konnte und wollte. Daraufhin behielt der Orden das Land,

⁴⁾ Maria Dłuska/Janina Schoenbrenner, *Historia dla klasy IV.*, Warszawa 1956 (Auflage 470 000), S. 28.

obgleich er keinen Rechtsanspruch darauf hatte. Zwar wurde er durch ein päpstliches Gericht zur Herausgabe verurteilt, erreicht es aber, daß der Papst das Urteil kassierte.

Władysław Lokietek gelang es nur, Klein- und Großpolen in seine Hand zu bringen. Die schlesischen Piasten unterstellten sich der böhmischen Krone. Władysławs Sohn Kasimir der Große (1333—1370) verzichtete auf Schlesien und auch auf Pommerellen. Trotzdem erscheinen in den Geschichtslehrbüchern beide Länder weiterhin als Teile Polens, z. B. in einem Abschnitt über spätmittelalterliche Kunst⁵⁾.

Text 7:

„Die Gotik im mittelalterlichen Polen

Nach Polen kam die Gotik mit einer gewissen Verpätung. Sie erschien im 13. Jahrhundert und verbreitete sich im 14. allgemein. Eine der ersten großen gotischen Kirchen war der neue Dom in Breslau, der errichtet wurde, nachdem sein romanischer Vorgänger bei dem Angriff durch die Tataren vernichtet worden war. Im 14. Jahrhundert entstanden die gotischen Kirchen von Krakau: die Marienkirche, St. Katharina und die Fronleichnamkirche. Auch wurde der Dom auf dem Wawel damals im gotischen Stil umgebaut. Im ganzen Land kam die lebhafte Bautätigkeit, die in der Zeit Kasimirs des Großen begann, in den neuen Silhouetten der gotischen Kirchen zum Ausdruck. Im 15. Jahrhundert entstand eine Reihe von gotischen Kirchen in Danzig, unter ihnen die riesige Marienkirche, die hinsichtlich ihrer Ausmaße im ganzen nördlichen Europa nicht ihresgleichen hat.

Beispiele weltlicher gotischer Baukunst in den Städten sind in Polen die Rathäuser in Thorn und Breslau, das älteste Gebäude der Jagiellonischen Universität in Krakau und der ursprüngliche Artushof in Danzig.“

Die Überschrift dieses Textes spricht vom „mittelalterlichen Polen“, dann aber wird von mehreren Städten (Danzig, Thorn, Breslau) gesprochen, die in der genannten Zeit Kasimirs des Großen weder zu Polen gehörten noch von Polen bewohnt waren.

Der Text ist Ausdruck der Tendenz, das Heheitsgebiet der Volksrepublik Polen durch alle Jahrhunderte hindurch als polnisch erscheinen zu lassen und über die Geschichte der Ostdeutschen möglichst zu schweigen.

⁵⁾ Vgl. Anm. 2, S. 394 f.

b) 19. und frühes 20. Jahrhundert

Nach diesen Auszügen aus Kapiteln, die die mittelalterliche Geschichte betreffen, sollen nun solche folgen, die als Gegenstand des 19. und 20. Jahrhundert haben.

Polen wurde 1772—1795 Opfer der Teilungen durch Rußland, Österreich und Preußen. Der Wiener Kongreß schuf 1815 innerhalb Polens die Grenzen, die dann bis 1918 Bestand behalten sollten.

In der Zeit der Aufstände (1830—1864) versuchten die Polen, ihren Staat innerhalb der Grenzen von 1772 wiederaufzurichten. Als sich das als unmöglich erwies, entstand der Gedanke, ein Polen auf ethnographischer Basis zu errichten, das heißt auch die polnischsprachigen Gebiete einzubeziehen, die nicht Teile des alten Polen von 1772 gewesen waren, nämlich Masuren und das östliche Oberschlesien, obgleich es in beiden Landschaften keine polnische Tradition oder Gesinnung gab.

Über die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts schreibt ein Lehrbuch für das 9. Schuljahr⁶⁾:

Text 8:

„Die Germanisierung des Danziger Pommern, des Ermlandes, Masurens und Schlesiens

Bei weitem der größte Teil des Danziger Pommern, Masurens und des Ermlandes trug zu Beginn des 19. Jahrhunderts noch polnischen Charakter. Die stärkste Germanisierungsaktion begann in den zwanziger und noch mehr in den dreißiger Jahren. Die Behörden, indem sie die Tatsache der starken Verschuldung des polnischen Großgrundbesitzes ausnutzten, überredeten die Polen, Kredite anzunehmen, und das führte zum Bankrott. Das Ergebnis war, daß viele Polen ihre Güter verkauften, und diese gelangten dann in die Hände von Deutschen. Der stärkste Schlag jedoch, der gegen das Polentum des preußischen Teilgebiets gerichtet war, war die Germanisierung des Schulwesens. Zuerst traf er die höheren Schulen und nach 1834 die Elementarschulen. Es wurde sogar der Gebrauch zweisprachiger Fibeln verboten. Wenn Kinder in der Schule polnisch sprachen, wurden sie geschlagen. Die Kirchenbehörden verfolgten Priester und Pastoren, Polen, die sich darum bemühten, das Volkstum ihrer Pfarrkinder zu erhalten. Die Predigten wurden überwacht,

⁶⁾ Adam Kersten u. Tadeusz Łepkowski, *Historia dla klasy II liceum ogólnokształcącego*, Warszawa 1968 (Aufl. 205 000), S. 383.

und es wurde sogar der Gebrauch polnischer Gesangbücher verboten.

Eine besonders heftige Germanisierung wurde in Schlesien betrieben. [Es folgen Einzelheiten.] Die stärksten Fortschritte erzielte die Germanisierung offensichtlich im städtischen Bereich in Nieder- und Mittelschlesien [im Opperlner Gebiet]. In Oberschlesien [gemeint ist Ost-Oberschlesien] waren ihre Ergebnisse sehr beschränkt ...“

Was hier gesagt wird, ist weitgehend schief, z. T. sogar falsch.

Westpreußen (das „Danziger Pommern“) trug auch zu Beginn des 19. Jahrhunderts einen vorwiegend deutschen Charakter; nur kleine Teile (Tucheler Heide, Kulmerland) waren vorwiegend polnischsprachig. Entsprechendes galt für das Ermland. In Masuren sprach zwar die Mehrheit der Bevölkerung polnisch (masurisch), sie fühlte sich aber nicht als polnisch. Wenn in Westpreußen relativ viele polnische Gutsbesitzer Konkurs anmelden mußten, so lag das daran, daß sie sich nicht an modernere Wirtschaftsformen anpassen und staatliche Stellen (unter Einwirkung des als „Adelsfeind“ bekannten Oberpräsidenten v. Schön, 1816—1840) nicht bereit waren, heruntergewirtschaftete Betriebe zu sanieren, einerlei, ob deren Eigentümer Polen oder Deutsche waren. Sehr viele Güter gingen damals in bürgerlichen Besitz über. In den Schulen Ostpreußens (Masuren, Ermland) wurde der Gebrauch der polnischen Sprache nicht eingeschränkt. Für Westpreußen traf es zu. Ob das aber im Sinne der Germanisierung gewirkt hat, ist zu bezweifeln. Die im Text genannten Strafen gegen polnisch sprechende Kinder sind, sofern sie vorgekommen sind, gewiß nicht typisch gewesen. Eine germanisierende Tendenz der katholischen und evangelischen Kirchenbehörden in der Form, wie es hier behauptet wird, hat es sicher nicht gegeben.

Eine Germanisierung in Niederschlesien konnte es schon deshalb nicht geben, weil es hier, wenn man von einem Grenzstreifen zwischen Neumittelwalde und Reichthal (östlich Breslau) absieht, keine polnischsprachige Bevölkerung gab.

Text 8 gibt keine sachlichen Informationen, sondern bemüht sich, die Tatsache, daß in den Oder-Neiße-Gebieten vor 1945 zumeist keine polnische Bevölkerung vorhanden war, als Ergebnis planmäßiger, vom preußischen Staat und von den Kirchen ausgehender Germanisierung hinzustellen.

Das 1871 neu gegründete Deutsche Reich stand zwar äußerlich glänzend dar, sein mächtigster Bundesstaat aber — Preußen — fühlte sich im

Innern dadurch bedroht, daß er in seinen östlichen Provinzen (Posen und Westpreußen) eine zahlreiche polnische Bevölkerung hatte, die ihm und dem Reich ablehnend gegenüberstand und an Zahl — wie Volkszählungen und Wahlen ergaben — absolut und relativ zunahm. Die von Preußen dagegen gerichteten Maßnahmen waren defensiv gedacht, mußten aber von den Polen als Angriff empfunden werden. In dem seit 1871 ausgebrochenen Streit zwischen preußischem Staat und polnischer Gesellschaft versteiften sich die nationalen Fronten mehr und mehr.

Über die sogenannte preußische Ostmarkenpolitik zwischen 1871 und 1914 schreibt ein polnisches Lehrbuch von 1967 ⁷⁾:

Text 9:

„Die Germanisierungspolitik der preußischen Regierung

... Kurz nach der Schaffung des deutschen Kaiserreiches führte der Kanzler Bismarck an den Volksschulen in der Provinz Posen die deutsche Sprache als Unterrichtssprache ein. Verboten wurde ebenfalls die Benutzung der polnischen Sprache im Bereich der Behörden und der Gerichte und auf öffentlichen Versammlungen. Das waren die sog. ‚Maulkorbgesetze‘. Orte mit polnischen Namen erhielten deutsche Namen. In vielen Fällen wurde sogar den Vor- und Familiennamen ein deutscher Klang verliehen. Benutzung der polnischen Sprache in der Schule wurde mit der Prügelstrafe bedroht oder mit dem Tragen eines Schildes um den Hals, auf dem in deutscher Sprache geschrieben stand: ‚Ich habe polnisch gesprochen.‘

Um den polnischen Einfluß im preußischen Teilgebiet weiter zu beschränken, erließ die preußische Regierung [1885] eine Verordnung, durch die alle Polen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen, über die Grenze des Kaiserreiches ausgewiesen wurden. Das waren die sog. ‚preußischen Ausweisungen‘, die rund 40 000 Polen betrafen, hauptsächlich Landarbeiter aus dem Königreich [Kongreßpolen] und aus Galizien, die in Deutschland Arbeit gesucht hatten.

Ein weiteres Ziel der Germanisierungspolitik war es, sich des Bodens zu bemächtigen, der sich in polnischem Besitz befand. Im Jahre 1886 wurde die Ansiedlungskommission gegründet, die einen riesigen Fonds erhielt, um

⁷⁾ Stanisław Szostakowski, Historia dla klasy VII., Warszawa 1967 (Auflage 224 000), S. 186 f.

Land aus polnischen Händen anzukaufen und auf ihm deutsche Kolonisten anzusiedeln. Diese Aktion hatte jedoch keine großen Erfolge, da die polnischen Bauern ihre Höfe nicht verkaufen wollten. Im Jahre 1894 wurde der ‚Verein zur Förderung des Deutschtums in den Ostmarken‘ gegründet. Nach den ersten Buchstaben der Namen der Gründer dieses Vereins, Hansemann, Kennemann und Tiedemann, nannten die Polen diese Organisation ‚Hakata‘. Das Statut der Hakata sagte, das Ziel des Vereins sei, ‚die Kräftigung und die Sammlung des Deutschtums in den östlichen, von polnischer Bevölkerung besiedelten Teilen des Deutschen Reiches‘. Die Hakatisten entwickelten eine breite antipolnische Aktivität in ganz Deutschland. Sie organisierten Geldsammlungen für das Siedlungswerk in Posen, riefen zum Kampf gegen die Erzeugnisse polnischer Industrie und zum Boykott polnischer Geschäfte auf usw.“

Was hier gesagt wird, ist zwar im ganzen richtig und typisch für die Erinnerung, die die preußische Herrschaft bei den Polen hinterlassen hat, in den Einzelheiten aber anfechtbar, u. a. deshalb, weil der Schüler nicht erfährt, daß die preußischen Maßnahmen sich zunächst gegen die Vorkämpfer des Polentums, den polnisch-katholischen Klerus und den polnischen Adel, wandten. (Nicht Bauernhöfe wollte die Ansiedlungskommission kaufen, sondern Güter.) Dies Verschweigen erklärt sich aus dem offiziellen Geschichtsbild, in dem Geistlichkeit und Adel Feinde des Volkes sind.

Zu den Einzelheiten: Die Benutzung des Polnischen in öffentlichen Versammlungen war nicht generell verboten. Daß Orte mit polnischen Namen umbenannt wurden, war selten und geschah auf Antrag der Gemeindevertretung (z. B. Umbenennung von Chodziesen in Kolmar, von Inowrazlaw in Hohensalza). Die Schreibung von Personennamen wurde nur insofern geändert, als daß in amtlichen Schriftstücken die diakritischen Zeichen des Polnischen fortgelassen und die Vornamen in ihrer deutschen Form verwandt wurden. — Ob es das Kind mit der Tafel um den Hals wirklich irgendwo einmal gegeben hat? — Die Ausweisungen von 1885 betrafen nicht nur Polen, sondern auch Juden. Sie wurden gegen den Protest des Reichstages vollzogen.

Die preußische Ostmarkenpolitik blieb im ganzen gesehen erfolglos, wohl aber bewirkte sie eine Solidarisierung der Polen aller Stände gegen Deutschland.

Durch den Versailler Vertrag wurde dem neugegründeten Polen der Hauptteil von Posen

und das Mittelstück von Westpreußen ohne Volksabstimmung zugesprochen. Volksabstimmungen führten in Teilen von West- und Ostpreußen zu einem überwältigenden, in Oberschlesien zu einem knappen Sieg (60 : 40) der Deutschgesinnten. Um in Oberschlesien vollendete Tatsachen zugunsten Polens zu schaffen, unternahmen die Polen dort drei Aufstände — zwei vor, einen nach der Abstimmung. Über sie heißt es in einem Lehrbuch⁸⁾:

Text 10:

„Die schlesischen Aufstände

Der Krieg [Polens] gegen Sowjetrußland [1920] wirkte sich auch entschieden schädlich auf das Los Schlesiens aus. Der von dem Krieg in Anspruch genommene Staat kam der Bevölkerung Schlesiens nicht in ausreichendem Maße zur Hilfe. Im Kampf gegen die Deutschen war diese fast ausschließlich auf ihre eigenen Kräfte angewiesen. Die deutsche Propaganda verbreitete unter der schlesischen Bevölkerung Verleumdungen über Polen. Die Eigentümer der Bergwerke, Hüttenwerke, Fabriken und Güter entzogen den Polen die Arbeitsplätze, wenn sie die geringsten Anzeichen der Sympathie für Polen erkennen ließen. Nationalistische deutsche Kampfgruppen ermordeten in bestialischer Weise polnische Funktionäre, obgleich die internationale Interalliierte Kommission angeblich über den Frieden und die Sicherheit der Bevölkerung wachte.

In der Zeit vor der Abstimmung erhoben sich zweimal die schlesischen Arbeiter zum bewaffneten Kampf: im August 1919 und im August 1920. Die Aufstände waren eine Reaktion auf den Terror, dem die polnische Bevölkerung durch die deutschen Behörden ausgesetzt war, und auf die Politik der alliierten Mächte, hauptsächlich Englands, die planten, Schlesien den Deutschen zu überlassen. Beide Aufstände wurden zwar unterdrückt, aber infolge des 1. Aufstandes mußte die Interalliierte Kommission die deutsche Polizei durch alliierte Truppen ersetzen, und der 2. Aufstand beeinflusste in bedeutendem Maße die Entscheidung in der Frage der Teilung Oberschlesiens.

Die Volksabstimmung, die im März 1921 stattfand, fiel für Polen ungünstig aus. Das hatte viele Gründe: die jahrhundertelange Germanisierung der Bevölkerung, den Terror der deutschen Kampfverbände und das geringe Interesse, das die polnische Regierung der Abstimmung entgegenbrachte.

⁸⁾ Henryk Sędziwy, Historia dla klasy VIII., Warszawa 1968, S. 79—83.

mung entgegenbrachte. Einen bedeutenden Einfluß auf das Ergebnis der Abstimmung hatte die Bestimmung, die das Wahlrecht allen Personen zuerkannte, die in Schlesien geboren waren, auch wenn sie seit langem nicht mehr in Schlesien lebten. Das ermöglichte 200 000 Deutschen, die sich außerhalb von Schlesien aufhielten, ihre Stimmen gegen Polen abzugeben.

In der Zeit der Abstimmung verstärkte die deutsche Geistlichkeit ihre antipolnische Aktivität. Sie wurde begünstigt durch den Nuntius Achilles Ratti, der durch den Papst zum kirchlichen Beauftragten für die Abstimmungsgebiete ernannt worden war. Seine unfreundliche Einstellung gegenüber Polen gab Achilles Ratti u. a. dadurch zu erkennen, daß er bei Besuchen in den Abstimmungsgebieten ausschließlich Kontakte mit den deutschen Geistlichen und den deutschen Behörden aufnahm, wobei er Proteste polnischer Geistlicher gegen die anti-polnische Agitation des deutschen Klerus unbeantwortet ließ.

Da der Druck der Deutschen, die forderten, daß ihnen ganz Schlesien zuerkannt werden sollte, die Gefahr entstehen ließ, daß die parteiische Interalliierte Kommission Polen nur die agrarischen Kreise Pleß und Rybnik zuerkennen würde, brach im Mai 1921 der 3., der größte Aufstand aus. Der Sieg der Aufständischen nötigte den Völkerbund, sich der schlesischen Frage anzunehmen. Schließlich wurde Polen der südöstliche, industrielle Teil Schlesiens ohne die Städte Beuthen, Gleiwitz und Hindenburg zusammen mit den südlichen ländlichen Kreisen zuerkannt.“

Ein 14- oder 15jähriger Schüler, der dies liest, muß den Eindruck bekommen, daß bereits um 1920 in ganz Schlesien — der Ausdruck Oberschlesien, von dem tatsächlich die Rede ist, fällt nur einmal — Polen gewohnt haben, allerdings abhängig von deutschen Behörden, Unternehmern und Gutsbesitzern. Ferner muß er annehmen, daß die Alliierten (einschließlich Frankreichs) und der Papst prodeutsch gewesen seien. All das ist falsch, und falsch oder schief sind auch viele der angeführten Einzelheiten.

c) Gegenwart (seit 1939)

Nachdem Hitler sich im August 1939 mit Stalin über die Teilung Ostmitteleuropas geeinigt hatte, entfesselte er am 1. September 1939 den Zweiten Weltkrieg. Innerhalb weniger Wochen war Polen von deutschen und sowjetischen Truppen besetzt, der Bug wurde zur

deutsch-sowjetischen Grenze. Der deutsche Anteil Polens wurde z. T. unmittelbar dem Reich angeschlossen („Eingegliederte Ostgebiete“), z. T. als „Generalgouvernement“ eine Art Ausbeutungskolonie. Die Polen erlebten unter deutscher, aber auch unter sowjetischer Herrschaft die schwerste Zeit der Unterdrückung. Während die Lehrbücher sowjetische Maßnahmen gegen die Polen, z. B. Katyn, nicht erwähnen, schildern sie ausführlich die deutschen. Szostakowski führt darüber in seinem Buch von 1967 (vgl. Anm. 7, S. 241 u. 245) aus:

Text 11:

„Die Nazis [im Text ‚hitlerowcy‘] regierten in den polnischen Landen in barbarischer Vergewaltigung der Haager Konvention von 1907, in der 44 Staaten (unter ihnen Deutschland) sich verpflichtet hatten, in Kriegszeiten vor allem gegenüber der Zivilbevölkerung humanitäre Grundsätze zu befolgen. In den polnischen Landen machten sie es sich zum Grundsatz, daß ‚eine wirksame und dauerhafte Einschüchterung nur durch Anwendung der Todesstrafe oder solcher Mittel erzielt wird, die bewirken, daß die Familie und die Bekannten des Verbrechers dessen Los nicht erfahren‘. (Marschall Wilh. Keitel) [Rückübersetzung].

Die planmäßige Vernichtung der polnischen Nation

Ziel der hitleristischen Politik war die Vernichtung des polnischen Volkes. Im Mai 1940 erklärte [Generalgouverneur] Frank, daß ‚man den Augenblick, in dem die Aufmerksamkeit der Welt auf die Westfront gerichtet ist, zur Massenliquidierung von Tausenden von Polen benutzen muß, vor allem gilt das für die führenden Mitglieder der polnischen Intelligenz‘ [Rückübersetzung]. (. . .)

Das politische Ziel des Nazi-Terrors in Polen . . . war es, im Osten ‚Lebensraum‘ für das deutsche Volk zu gewinnen. Die Nazi-Praxis strebte nicht nach Germanisierung des polnischen Volkes . . ., sondern danach, das gesamte polnische Volk aus seinen Wohnsitzen zu vertreiben und die zur Arbeit nicht Tauglichen oder Willigen zu ermorden. Das waren Pläne, die polnische Nation vollständig zu vernichten.“

Wenn auch in diesen kurzen Auszügen der Unterschied zwischen den verschiedenartigen deutschen Maßnahmen in den „Eingegliederten Ostgebieten“ und im „Generalgouvernement“ nicht erkennbar wird, so ist doch nichts von dem, was gesagt wird, übertrieben oder gar

falsch, und auch das Motiv der Politik Hitlers, das Streben nach „Lebensraum“, wird richtig genannt. Das war in älteren Lehrbüchern anders. Z. B. hieß es in einem Oberstufen-Lehrbuch von 1952⁹⁾:

„[Hitler] wollte Lebensraum für die deutsche Nation gewinnen, in Wirklichkeit aber Ausbeutungsgebiete für die deutschen Großkapitalisten und Gutsherren.“

Diesen Versuch, den Zweiten Weltkrieg in das Schema des marxistischen Dogmas von der Rolle der „Monopolkapitalisten“ hineinzuzwängen, macht man heute nicht mehr.

Der Zweite Weltkrieg endete mit der Katastrophe des Großdeutschen Reiches und damit, daß die Polen im Westen mehr erhielten, als sie gefordert hatten. Die in Ostdeutschland und Danzig noch anwesenden Deutschen wurden — ähnlich wie vorher die Polen in den eingegliederten Ostgebieten — vollständig entrechtet. Entweder wurden sie noch 1945 über die Oder und Neiße verjagt oder aber in den folgenden Jahren abgeschoben. In den entvölkerten Gebieten wurden Polen angesiedelt. Über diese Vorgänge heißt es bei Szotakowski (vgl. Anm. 7, S. 234):

Text 12:

Besitznahme und Bewirtschaftung der Wiedergewonnenen Gebiete

Die Gesamtheit der Wiedergewonnenen Gebiete umfaßt rund 100 000 km² oder fast den dritten Teil der Gesamtfläche Polens. Die Ausdehnung dieses Gebietes, seine bevölkerungsmäßige Aufnahmefähigkeit, seine bedeutenden natürlichen Reichtümer, sein im Vergleich mit dem übrigen Polen hoher Stand der allgemeinen Entwicklung und seine außerordentlich günstige geographische Lage machen aus den westlichen und nördlichen Gebieten einen der wertvollsten Teile Polens. Die Rückkehr Po-

lens in die alten piastischen Lande ermöglichte es den dort wohnenden Polen, sich mit dem Vaterland zu vereinigen.

Die Kraft Volkspolens ging daran, diese infolge der kriegerischen Ereignisse verwüsteten Lande wieder zu bewirtschaften. An die Stelle der deutschen Bevölkerung, evakuiert auf Grund eines Beschlusses der Konferenz von Potsdam, strömte polnische Bevölkerung aus dem östlich des Bug gelegenen Gebiet und aus den überbevölkerten, armen Gegenden des mittleren und südlichen Polen. In dem genannten Gebiet siedelten sich auch die an, die einst in die Fremde hatten auswandern müssen, und die, als Polen seine Unabhängigkeit wiedererlangt hatte, von vieljähriger Wanderschaft zurückkehrten. Von der 8-Millionen-Bevölkerung der westlichen und nördlichen ehemals deutschen Gebiete ist ein bedeutender Teil schon dort geboren und in Volkspolen aufgewachsen. Fast eine halbe Million von Bauernfamilien hat Land und Gehöfte erhalten. Die städtische Bevölkerung hat viele Arbeitsmöglichkeiten und meist auch gute Wohnverhältnisse gefunden.“

Eine der größten Bevölkerungsverschiebungen der europäischen Geschichte wird, was die deutsche Seite betrifft, hier mit zwei Zeilen abgetan. Über die Vertreibung der Ostdeutschen mit all ihren Begleitumständen pflegt man in Polen nicht nur in Schulbüchern zu schweigen. Sie ist noch „unbewältigte Vergangenheit“.

Gebiete, die bereits im 14. Jahrhundert aus dem polnischen Staatsverband ausgeschieden sind (Schlesien) oder im 10. und 11. Jahrhundert in einem losen Abhängigkeitsverhältnis zu ihm gestanden haben (Pommern) oder im 16./17. Jahrhundert lehnsabhängig von Polen waren (Ostpreußen) als „wiedergewonnen“ zu bezeichnen, ist recht kühn. „Piastisch“ war von ihnen nur Schlesien.

Zusammenfassung

Überblickt man insgesamt, was die heutigen polnischen Geschichtslehrbücher, aus denen hier Auszüge gebracht worden sind, über Deutschland und die Deutschen schreiben, so ergibt sich folgendes Bild:

1. In den allgemeinhistorischen Abschnitten erscheint Deutschland neben Italien, Frankreich und England als eines der führenden Länder Europas.

2. In den Abschnitten, in denen von den Beziehungen zwischen Polen einerseits und den Kaisern, dem Deutschen Orden sowie Brandenburg-Preußen andererseits berichtet wird (bis 1795), erscheinen zwar die Kaiser als zumindest zeitweilig erträgliche Nachbarn (Text 1), die Ordensritter jedoch (Texte 5, 6)

⁹⁾ Zanna Kormanowa (Red.), *Historia Polski 1864—1945, Materily do nauczania w klasie XI.*, Warszawa 1952, S. 382.

und ebenso die Hohenzollern als Eroberungslüsterne, hinterlistige Aggressoren.

3. In den Abschnitten, die sich mit der Geschichte der heute polnischen Gebiete befassen, die vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert ganz oder vorwiegend deutsch besiedelt waren und zu deutschen Staatswesen gehörten, werden die Deutschen entweder nur kurz (Text 3) oder überhaupt nicht erwähnt (Text 7).

4. In den recht umfangreichen Abschnitten, die von preußischer Herrschaft über Gebiete mit polnischer Bevölkerung handeln, erscheinen die Deutschen als Unterdrücker, Germanisatoren und Ausbeuter (Texte 8, 9, 10).

5. Die Abschnitte über die Zeit des Zweiten Weltkrieges stellen die nationalsozialistische deutsche Herrschaft so dar, wie die Polen sie erlebt haben, das heißt als Terror schlimmster Art (Text 11).

6. Als Verbündeter oder Förderer der Deutschen erscheint oft die Katholische Kirche (Texte 4, 6, 8, 10).

7. Die Lehrbücher schildern zwar Polen als Objekt eines deutschen „Dranges nach Osten“, machen aber nur selten Versuche, Triebkräfte und Motive deutscher Ostpolitik verständlich zu machen. Daß Polen und Deutsche sich vielfach von gleichen politischen Zielsetzungen leiten ließen — zwischen 1815 und 1939 etwa: Wiederherstellung oder Behauptung historischer Grenzen, Streben nach politischer Vereinigung des gesamten Sprachgebietes, nach Assimilierung oder Verdrängung nationaler Minderheiten —, wird nirgends deutlich.

Insgesamt gesehen, erscheinen die Deutschen vor allem als Angreifer, Unterdrücker und Ausbeuter.

Zwar hat es in den rund tausend Jahren polnisch-deutscher Nachbarschaft viel mehr Jahrhunderte des Friedens als solche des Zwistes gegeben, aber die des Friedens sind fast vergessen, die des Zwistes dagegen (Texte 1, 5, 6, 10) und deutscher Herrschaft (Texte 8, 9, 11) in lebhafter Erinnerung.

Das Geschichtsbild der Volksrepublik, das sich aus diesem Bild der Deutschen erschließen läßt, ist nationalstaatlich, wenn auch mit Einzelzügen, die dem des historischen Materialismus entnommen sind.

Daß die Polen ihren nationalen Staat so außerordentlich hoch bewerten, ist das Ergebnis der bitteren Erfahrungen, die sie seit dem 18. Jahrhundert mit der Fremdherrschaft gemacht haben. Diese haben sie auch äußerst empfindlich gegenüber Demütigungen werden lassen, besonders solchen, die ihnen von westlicher Seite zugefügt worden sind, das heißt von den Nationen, denen die Polen sich zugehörig fühlen. Die meisten und schwersten dieser Demütigungen haben die Polen durch Deutsche erlitten, nicht nur unter Hitler (Text 11), sondern auch schon früher (Texte 8, 9). Die Zeiten der Unfreiheit haben bei ihnen den festen Willen erzeugt, das, was ihnen im Rahmen des Ostblocks an Freiheit geblieben ist, unbedingt zu behaupten.

Dem nationalstaatlichen Geschichtsbild entsprechen auch die politisch-pädagogischen Zielsetzungen der Geschichtslehrbücher. Sie wollen die Schüler überzeugen, daß das Territorium der heutigen Volksrepublik, und zwar nicht mehr und nicht weniger als dies, stets polnisches Land gewesen ist — daher das Schweigen über die deutsche Geschichte der Oder-Neiße-Gebiete — und auch stets polnisches Land bleiben muß. Außerdem wollen die Bücher den Willen erwecken, die Souveränität Polens in diesem Rahmen nach dem Vorbild der Väter unbedingt und immer zu verteidigen. Der einzige potentielle Angreifer aber, auf den die Lehrbücher, wenn auch nicht *expressis verbis*, immer wieder hinweisen, ist Deutschland.

Wenn auch nicht alles, was in den Lehrbüchern steht, z. B. über die Katholische Kirche, die Schüler überzeugen wird — daß Polen Deutschland zu fürchten hat, das wird ihnen als sicher erscheinen.

Mag man als Deutscher diese Furcht auch für unbegründet halten, sie ist eine Tatsache und damit — neben anderen Umständen — ein Hindernis, das die Annäherung zwischen beiden Völkern noch immer erschwert.

Die Exil-Ideologie vom „anderen Deutschland“ und die Vansittartisten

Eine Untersuchung über die Einstellung der deutschen Emigranten nach 1933 zu Deutschland

Vorbemerkung

Zur Zeit wird die Emigration aus Deutschland nach 1933 einschließlich der aus Österreich nach dem „Anschluß“ von 1938 — eine Fluchtbewegung, die eine fast unübersehbare Zahl bedeutender Geister umfaßte — immer mehr als ein Vorgang von großer Tragweite gewertet. Der große Aderlaß für die deutsche Wissenschaft und Publizistik ist offensichtlich; in welcher Weise das Ausland durch die Emigration eine geistige Erweiterung erfuhr und welcher Art die „Emigranten-Einflüsse“ sind, ist dagegen schwerer zu ermitteln. Wenn der Umfang der bisherigen Literatur über die Emigration kaum deren Bedeutung entspricht, so ist der Hauptgrund wohl darin zu suchen, daß es sich bei der Emigration um ein höchst uneinheitliches Phänomen handelt, dessen wissenschaftliche Beschreibung und Einordnung in die Zeitgeschichte auf grundsätzliche Schwierigkeiten stößt. Es gab die politische, die literarische, die akademische, die wirtschaftliche Emigration, jeweils untereinander mehr oder weniger zerspalten, sofern im Exil überhaupt Gruppenbindungen aufrechterhalten wurden; ohnehin war der größte Teil der Emigration nicht politisch, sondern „nur rassisch“ bedingt. Der Gegensatz zwischen Kommunisten und mit dem Kommunismus Sympathisierenden einerseits und den dezidierten Nichtkommunisten andererseits wurde im Exil vielfach schärfer als je zuvor. Hinzu kam die räumliche Zersplitterung der Emigration, die sich erneut verstärkte, als Prag und Paris, die ersten Zentren der Exilierten, von der NS-deutschen Expansion überrollt wurden. Fast die Hälfte der über 300 000 Emigranten fand schließlich in den USA eine neue Heimat.

In den USA trat die Exilpolitik in den Hintergrund. Dort war es der 1933 emigrierte Theo-

loge Paul Tillich, der — im Verein mit Mitgliedern der linkssozialistischen Gruppe „Neu Beginnen“ — eine Vertretung des politischen Exils zu installieren suchte, die alle großen politischen Richtungen umfaßte: das Council for a Democratic Germany (1944/45). Aber dieses Council erlangte keine repräsentative Stellung: Thomas Mann, der zeitweise als geistiger Führer des Exils galt, hielt sich fern; eine distanzierte bzw. schroff ablehnende Stellung bezogen die beiden führenden New Yorker Emigranten-Zeitschriften: der liberale jüdische „Aufbau“ und die rechts-sozialdemokratische „Neue Volkszeitung“ — ersterer wegen Unklarheit des Council-Manifestes in der Wiedergutmachungsfrage, letztere wegen der Beteiligung von Kommunisten (namentlich Bert Brecht) am Council.

Die heftigsten Angriffe auf das Council kamen von einer grundsätzlich antideutsch eingestellten, zahlenmäßig schwachen Gruppe von Emigranten und Amerikanern, die von ihren Gegnern „Vansittartisten“ genannt wurden, da eine entsprechende Richtung im englischen Exil zunächst als Verteidiger von Lord Vansittart an die Öffentlichkeit getreten war. In der bisherigen Literatur richtete sich die Aufmerksamkeit vornehmlich auf die englischen „Vansittartisten“, wodurch der irrige Eindruck entstand, als sei der „Vansittartistismus“ vor allem eine Angelegenheit der sozialdemokratischen Emigration gewesen. In der vorliegenden Untersuchung stehen die Auseinandersetzungen unter den New Yorker Emigranten im Vordergrund. Zunächst wird auf die partielle Gegenposition zum „Vansittartistismus“ eingegangen: die, wie es scheint, besonders unter den Emigranten verbreitete, aber auch sonst anzutreffende Vorstellung vom „anderen Deutschland“.

Das Problem des Selbstverständnisses der Emigration

Eine — wie auch immer geartete — Repräsentation der Emigranten herzustellen, war nicht nur eine rein praktische Aufgabe, sondern setzte bei den Emigranten zunächst ein Gruppenbewußtsein voraus, eine Grundverständigung darüber, als was man sich ansehen wollte. Charakteristisch für diese Emigration war jedoch eine Desorientiertheit in dem Punkt, als was man sich miteinander solidarisch empfinden sollte. Es standen zu viele verschiedene Solidaritäts-Schemata zur Verfügung: Solidarität als Juden, als amerikanische Immigranten (vgl. die Namensänderung von „German-Jewish Club“ in „New World Club“), als Antifaschisten, als Opfer des Totalitarismus, oder — im Ausland gefühlsmäßig naheliegend — als Deutsche. Nur unter Annahme der letztgenannten Solidarität war Exilpolitik möglich. Für die Emigranten aus den von Deutschland eroberten Ländern war das Verhältnis zum Heimatland normalerweise kein Problem; als Ausnahme wären etwa die emigrierten polnischen Juden zu nennen, die feststellen mußten, daß auch die polnische Widerstandsbewegung und Emigration vom Antisemitismus nicht frei war. Die nichtdeutschen Flüchtlinge konnten sich im Exil ohne weiteres — wenn auch nicht unbedingt mit Berechtigung — als Sprecher ihres unter Fremdherrschaft stehenden Volkes ansehen.

Für die deutschen Emigranten dagegen war es ein Problem, wie sie sich noch als Repräsentanten ihres Landes ansehen konnten; denn sie waren von einer Regierung vertrieben worden, hinter der die stärkste Partei, in der Folgezeit vielleicht sogar die große Mehrheit ihres Volkes stand. Auch gab es offensichtlich Traditionen in der deutschen Geschichte, die das Aufkommen des Nazismus gefördert hatten und möglicherweise sogar in ihm ihre zeitgemäße Verkörperung fanden.

Die Emigranten hatten allen Grund, ihr eigenes Volk als Feind anzusehen; und wenn viele von ihnen vor dieser Konsequenz zurückschreckten, so konnten sich die „Vansittartisten“ als die Realisten unter den illusionsbereiten Emigranten empfinden. Sogar für die russischen Flüchtlinge nach der bol-

schewistischen Revolution war es in dieser Beziehung psychologisch noch erträglicher als für die deutschen Emigranten nach 1933, denn sie konnten sich — zumindest noch viele Jahre lang — in der Zuversicht ergehen, daß ihre bolschewistischen Gegner nicht die Masse des russischen Volkes repräsentierten, weil sie die Macht nur durch einen Bürgerkrieg hatten erringen können.

Ebenso unterschied sich ein Teil der russischen Emigration, und auch beispielsweise die spanischen Republikaner, von den deutschen Emigranten durch die Genugtuung, die eigenen Stellungen immerhin nicht kampfflos aufgegeben zu haben. Daß man nicht einmal versucht hatte zu kämpfen, daß man überhaupt keine Möglichkeit gesehen hatte, dem Sieg der NS-Bewegung gewaltsamen Widerstand entgegenzusetzen, war zusätzlich deprimierend für die deutsche Emigration. Daß man nicht Deutschland schlechthin repräsentierte, war ziemlich klar; aber unter den gegebenen Umständen war es sogar ein Problem, nachzuweisen, daß man überhaupt „ein“ Deutschland repräsentierte, d. h. eine, wenn auch einstweilen unterlegene und niedergehaltene Strömung der deutschen Geschichte. Die russischen Emigranten hatten den Nachweis gar nicht nötig, daß sie ein „anderes Rußland“ darstellten: denn daß sie gegenüber dem Bolschewismus einen Hauptstrom der russischen Geschichte repräsentierten und daß ihr zaristisches, orthodox-religiöses Rußland eine andere Welt war als der Sowjetstaat, bedurfte keiner Erläuterung. Ein deutscher Emigrant, der Kinderpsychiater Erich Stern, stellte 1937 in Frankreich, dem Hauptaufnahmeland der russischen Emigration, fest: „Viele der Emigranten betrachteten sich als die eigentlichen Vertreter der heimischen Kultur. Das gilt besonders von den russischen Kreisen, die einen viel engeren Zusammenhang haben als viele der deutschen Emigranten.“¹⁾ Überspitzt kann man sagen, daß sich die deutschen Emigranten das Deutschland, für das sie standen, erst erfinden mußten.

¹⁾ Erich Stern, Die Emigration als psychologisches Problem, Boulogne-sur-Seine 1937, S. 40.

Das „andere Deutschland“: die Weimarer Republik?

Die Emigration mußte sich auf irgendeine Weise mit dem Deutschland vor 1933 identifizieren; aber wie sah das Deutschland aus, das man meinte, und war das Deutschland vor 1933 überhaupt ein „anderes“ Deutschland? Man sprach vom „Weimarer Deutschland“ und dachte dabei nicht nur an die Weimarer Republik, sondern auch an die Weimarer Welt Goethes und Schillers; die intellektuelle Emigration konnte sich als Repräsentant des Deutschland der „Dichter und Denker“ empfinden. Das war allerdings ein recht imaginäres Deutschland, von dem man argwöhnen konnte, daß es durch seine Politikferne dem Nazismus Vorschub geleistet habe.

Als politische Alternative zur NS-Herrschaft bot sich aus der Vergangenheit die Weimarer Demokratie an, der sich tatsächlich viele prominente Emigranten verbunden fühlen mußten: Sozialdemokraten wie Juden waren in jener Zeit erstmalig in höchste Regierungsämter aufgestiegen; den Intellektuellen war die relative Liberalität der Weimarer Zeit zugute gekommen. Aber war in der Weimarer Republik, deren eigentliche „Blütezeit“ nur wenige Jahre umfaßte, wirklich ein anderes Deutschland entstanden? Aus der Rückschau nach 1933 stellte sich diese Zeit für die Emigranten leicht in etwas vergoldetem Licht dar. Aus rationaler Überlegung heraus mußte man diese Zeit aber negativ und verhängnisvoll bewerten, weil sie die Zeit des nationalsozialistischen Aufstiegs war. Rückblickend trug die Weimarer Republik das Stigma der Erfolglosigkeit, und es war teilweise eine Manier, den Exilpolitikern vorzuwerfen, daß sie als Größen der Weimarer Zeit ohnehin keine Zukunft mehr hätten.

Die führenden Gestalten der Weimarer Republik waren nicht durchweg „potentielle“ Emigranten gewesen, aber im Exil konnte es scheinen, als seien nur die Letzteren die „eigentlichen“ Repräsentanten der Weimarer Zeit. Für Ludwig Marcuse war die Emigration mit seiner Vorstellung von der Weimarer Republik identisch. In der Erinnerung daran, daß er in Hollywood die Emigranten, die sich schon im französischen Sanary zusammengefunden hatten, fast vollzählig wiedertraf, bemerkt er: „So lebte ich zum drittenmal in der Weimarer Republik“, fügt allerdings einschränkend hinzu: „dort, wo sie am schönsten

gewesen war“²⁾. Der Emigrantensohn Peter Gay kritisiert zwar die Idealisierungstendenz gegenüber der Weimarer Zeit, nennt aber kurz darauf als seinem Empfinden nach typische Exponenten von „Weimar“ lauter zukünftige Emigranten³⁾.

Es waren im Exil vor allem die Sozialdemokraten, die die Weimarer Republik energisch verteidigten und sie mit ihren Errungenschaften als vorbildlich hinstellten, nicht nur für das zukünftige Deutschland, sondern manchmal auch für die USA. Mit der Weimarer Republik verteidigten die SPD-Führer gegen linke Kritiker ihr Verhalten von 1918/19, das aus dem Rückblick nach 1933 als besonders verhängnisvoll erschien. Allerdings besaß Weimar nicht nur für die radikale Linke, sondern auch für einen Sozialdemokraten der äußersten Rechten wie Wilhelm Sollmann als Vorbild keine Überzeugungskraft; Sollmann hielt Friedrich Stampfers Meinung, daß „Weimar“ die einigende Parole für das Exil sein müsse, für grundfalsch:

„Sie schreiben in Ihrem Programmaufsatz: ‚Nichts gegen die Republik von Weimar! Sie war die lichteste Stelle im bisherigen Verlauf der deutschen Geschichte.‘ Schon an diesem Satz muß jeder weitreichende Einigungsversuch scheitern. Was Ihnen und mir heilig ist, eben ‚Weimar‘, ist anderen, auch Sozialdemokraten, im besten Falle eine Häufung von Irrtümern, von Schwäche, von Illusionen, von persönlichen Unzulänglichkeiten.“⁴⁾

Zahlreiche Exponenten der Emigration hatten seinerzeit zur linken Opposition gegen die „Kompromiß-Republik“ gehört; nicht allen von ihnen wurde „Weimar“ als Erinnerung teuer, sondern ihr Mißtrauen gegen die herrschenden Kräfte der Weimarer Republik fand teilweise durch die Ereignisse von 1933 nur die letzte Bestätigung. Leopold Schwarzschild, in den zwanziger Jahren ein unermüdlicher Kämpfer gegen die geheime Rüstung, dachte nicht daran, angesichts des ungleich größeren Ausmaßes der Hitlerschen Aufrüstung sein Urteil über die damaligen Machenschaften zu mil-

²⁾ Ludwig Marcuse, *Mein zwanzigstes Jahrhundert*, Fischer-Bücherei Nr. 884, S. 222.

³⁾ Peter Gay, *Weimar Culture: The Outsider as Insider*, in: *The Intellectual Migration*, ed. D. Fleming / B. Bailyn, Harvard University Press 1968, S. 13 (eine deutsche Übersetzung erscheint in Kürze).

⁴⁾ Neue Volkszeitung (NVZ), New York, 8. 10. 1938, S. 3.

dem, sondern wurde im Exil noch erbitterter über die deutsche Politik auch vor 1933; 1935 sprach er von Weimar als einer „revanchebrütenden Pseudo-Demokratie“, der gegenüber die Westmächte noch viel zu nachgiebig gewesen seien⁵⁾. Kurt Hiller, obwohl im Exil ebensowenig wie Schwarzschild linksradikal, übertrumpfte noch die Schmähungen von rechts auf den ersten Reichspräsidenten, indem er (1950) Ebert einen „erbärmlich schlaunen, bösartigen Knirps“ nannte⁶⁾. Mit schneidender Schärfe verurteilte Horkheimer die Idealisierung der Weimarer Republik:

„Die Erinnerung an die vierzehn Jahre hat mehr Reize für die Intellektuellen als für das Proletariat... Wenn die Juden die Vorgeschichte des totalitären Staats, Monopolkapitalismus und Weimarer Republik, in verständlichem Heimweh verklären, so behalten die Faschisten gegen sie recht. Sie haben stets ein

offenes Auge für die Hinfälligkeit jener Zustände gehabt.“⁷⁾

Aus dieser Polemik Horkheimers von 1939 geht immerhin hervor, daß die Romantisierung der Weimarer Zeit unter den Emigranten bereits gängig geworden war. Der Soziologe Karl Mannheim prophezeite, später werde man auf Weimar als auf ein „perikleisches Zeitalter“ zurückblicken⁸⁾. Wenn die Weimarer Zeit in ihrer konkreten politischen Erscheinungsform als Kultobjekt für einen Großteil der intellektuellen Emigration wenig geeignet war, so gewann ihr kulturelles Leben einen legendären Charakter. Die verschwommen-sentimentale Vorstellung von den „goldenen zwanziger Jahren“ enthielt allerdings nichts Programmatisches, sondern gab gerade dem Unwiederbringlichen dieser Zeit gefühlsmäßigen Ausdruck.

Das „andere Deutschland“ als das Deutschland der Dichter und Denker

Wenn Thomas Mann auf seine Weise ein Anwalt der Weimarer Republik gewesen ist und seine Sympathie für diese Republik mit den Jahren eher gewachsen als enttäuscht worden war, so war er darin nicht repräsentativ für die literarische Emigration. Heinrich Mann, der als Präsident der Sektion für Dichtkunst in der Preußischen Akademie der Künste (1930—1933) mehr noch als sein Bruder ein öffentlicher Repräsentant des literarischen Lebens der Weimarer Zeit gewesen war und, anders als sein Bruder, bereits in Wilhelminischer Zeit dem progressiv-republikanischen Geist den Weg bereitet hatte, stand der Weimarer Republik dennoch zunehmend skeptisch gegenüber. Kurz vor Hitlers Machtantritt schrieb er: „Der nationalistische Auftrieb geschah nicht gegen die Republik, sondern mit ihr; das ist die Wahrheit, was immer sonst behauptet wird. Die Republik hat nur wenige Tage ihres Lebens anders gehandelt, als das vorige, kriegerische Reich gehandelt haben würde...“⁹⁾. Nach zehn Jahren NS-Herrschaft verschärfte Heinrich Mann diese Aussage zu der vernichtenden Feststellung, daß nicht nur der Unterschied zwischen Republik und Kaiserreich gering gewesen sei, sondern auch der zwischen Republik und Hitler-Reich. Die Republik habe ja seinerzeit Hitler mit seiner Kriegshetze gewähren lassen: „Sie hätte das Geschäft selbst besorgt, wenn sie nur wagte. Es ist schnöder

Undank, daß er auch gegen sie hetzte. In Wahrheit war er der Tribun der Republik.“¹⁰⁾ Schneidender konnte nicht die Vorstellung verworfen werden, daß die Weimarer Republik etwas mit einem „anderen Deutschland“ zu tun habe.

Dabei hat gerade Heinrich Mann zu Anfang des Exils so nachdrücklich und pathetisch wie kaum ein anderer prominenter Exilierter die Emigration als das „andere“, wenn nicht sogar das „wahre“ Deutschland proklamiert und die Emigranten ermutigt, sich zuversichtlich als dieses Deutschland zu fühlen. 1934 schrieb er in einer Broschüre mit dem Titel „Der Sinn dieser Emigration“:

„Die Emigration steht für Deutschland und für sich selbst, sie enthält menschliche Werte von höherem Lebensrecht als alles, was in dem niedergeworfenen Lande sich breit machen darf... Sooft die Emigration öffentlich auftritt, sollte betont werden ihre Überlegenheit, viel mehr als das ihr angetane Unrecht. Zu

⁵⁾ Neues Tagebuch, 23. 3. 1935, zit. n. Leopold Schwarzschild, Die Lunte am Pulverfaß, Hamburg 1965, S. 120.

⁶⁾ Kurt Hiller, Köpfe und Tröpfe, Hamburg / Stuttgart 1950, S. 113.

⁷⁾ Zeitschrift für Sozialforschung, 8. Jg., 1939, H. 1—2, S. 122/135.

⁸⁾ Intellectual Migration, S. 12.

⁹⁾ Der Spiegel vom 8. 10. 1958, S. 56.

¹⁰⁾ Freies Deutschland (Mexiko) August 1944, S. 30.

empfehlen ist Stolz ... Die Emigration allein darf Tatsachen und Zusammenhänge aussprechen. Sie ist die Stimme ihres stumm gewordenen Volkes. Sie sollte es sein vor aller Welt ... Die Emigration wird darauf bestehen, daß mit ihr die größten Deutschen waren und sind, und das heißt zugleich: das beste Deutschland." ¹¹⁾

In diesem Zusammenhang scheint Heinrich Mann die Linke auch zu einer nachträglichen Revision ihrer negativen Einstellung zur Weimarer Republik aufzufordern, wenn er auch nur von der französischen Demokratie spricht. Er äußert die Hoffnung, die Emigranten, die bei der französischen Demokratie Zuflucht gefunden hätten, möchten jetzt anders denken „über die ‚formale‘ Demokratie und was ihr in dem verlassenen Deutschland sogar zu besseren Zeiten nachgesagt wurde. Sie galt bekanntlich auch linksgerichteten Deutschen als Falle." ¹²⁾ Dennoch hatte auch das von Heinrich Mann so emphatisch proklamierte „beste Deutschland“ nur geringe Beziehung zur konkreten Weimarer Republik; es war eher vorgestellt als eine Geistesrepublik aller Freiheitsliebenden der deutschen Geschichte. In diesem Sinne schrieb Romain Rolland dem (Exil-)Schutzverband Deutscher Schriftsteller: „Alles von jenem Deutschland, das wir lieben und verehren, ist in Eurem Lager. Bei Euch sind Goethe und Beethoven, bei Euch sind Lessing und Marx. Sie sind mit Euch in dem Kampf, den Ihr führt.“ Diese Worte setzte Alfred Kantorowicz 1936 einer Sammlung seiner Reden und Aufsätze voran, die er betitelt: „In unserem Lager ist Deutschland.“

In London veröffentlichte 1944 der „Club 1943“ (Vorsitz: Hans José Rehfisch, zu den Mitgliedern gehörte auch Wilhelm Sternfeld) einen aus einem Symposium hervorgegangenen Sammelband mit dem Titel: „In Tyrannos — Four centuries of struggle against tyranny in Germany“. Das Werk widmete sich auf der Suche nach deutschen Tyrannenkämpfern nicht nur Münzer, Hutten, Lessing, Heine, Marx, Lassalle und Karl Kraus, sondern auch Leibniz, Hegel und — Nietzsche ¹³⁾. Es war nichts dagegen einzuwenden, wenn die Emigration Verbündete wie Lessing, Heine und Marx auf den Plan führte; aber im Falle Hegels, Nietzsches und Beethovens war einige Willkür dabei. Dieses geistige Deutschland der Vergangenheit ließ sich teilweise ebensogut von den NS-Propagandisten für ihre spirituellen Heerscharen mobilisieren. Die großen Namen der deutschen Vergangenheit konnten

der Emigration höchstens als psychologische Kompensation für den Mangel an aktiven Verbündeten im gegenwärtigen Deutschland dienen.

Auch eine Zeitschrift „Das andere Deutschland“ (La otra Alemania, Buenos Aires und Montevideo 1938—1940) fehlte nicht, ebenso wenig eine Zeitschrift „Das wahre Deutschland“ (Paris, London 1938—1940). Bereits vor 1933 hatte eine von Fritz Küster herausgegebene pazifistische Wochenzeitung den Titel „Das andere Deutschland“ getragen ¹⁴⁾: die Ideologie vom „anderen Deutschland“ stand 1933 für das Exil fertig bereit.

In Analogie dazu schrieb ein prominenter italienischer Emigrant, Carlo Sforza, ein Buch: „The Real Italians“ (New York 1942); ein italienischer Mitemigrant konnte bei der Besprechung dieser Schrift ein leichtes Amusement nicht unterdrücken: „Sforza ist so durch und durch davon überzeugt, daß das ‚wirkliche‘ Italien antithetisch zum Faschismus ist, daß er den Letzteren ‚ein kurzes Zwischenspiel der Unwirklichkeit‘ nennt.“ ¹⁵⁾

Daß die Vorstellung vom „anderen Deutschland“ teilweise durchaus ernst gemeint war und daß sie schon in der ersten Zeit des Exils mitunter Formen einer aufdringlichen Ideologie annahm, läßt sich auch aus Gegenstimmen entnehmen. Zu einer etwas makabren Berühmtheit ist der kurz vor seinem Selbstmord geschriebene Brief Tucholskys an Arnold Zweig gelangt, in dem Tucholsky dermaßen in Abscheu vor der Emigration explodierte, daß der Brief auch im „Schwarzen Korps“, dem Organ der SS, abgedruckt wurde:

„Man hat eine Niederlage erlitten. Man ist so verprügelt worden, wie seit langer Zeit keine Partei, die alle Trümpfe in der Hand hatte ... Nun muß, auf die lächerliche Gefahr hin, daß das ausgebeutet wird, eine Selbstkritik vorgenommen werden, gegen die Schwefellauge Seifenwasser ist ... Was geschieht statt dessen? ... Statt einer Selbstkritik und Selbsteinkehr sehe ich da etwas von ‚Wir sind das bessere Deutschland‘ und ‚Das da ist gar nicht Deutschland‘ und solchen Unsinn.“ ¹⁶⁾

¹¹⁾ Heinrich Mann, Der Sinn dieser Emigration, Paris 1934, S. 28 und 33, zit. n. Exil-Literatur 1933 bis 1945 (Ausstellungskatalog), Frankfurt 1966², S. 160.

¹²⁾ Ebenda.

¹³⁾ Exil-Literatur, S. 231.

¹⁴⁾ NVZ, 23. 11. 1946, S. 7.

¹⁵⁾ Social Research, 11/1944, S. 112.

¹⁶⁾ Neue Weltbühne, Jg. 1936, No. 6, S. 160 ff., zit.

Immerhin erbrachte Tucholsky mit seinem Selbstmord kurz darauf den Beweis dafür, daß es sich ohne die Vorstellung vom „anderen Deutschland“ in diesem Exil nicht leicht aushalten ließ, wenn man außerstande war, sein Deutschtum abzuschütteln.

Daß es zwei Deutschlands gab, wurde auch im Ausland leicht zum Allgemeinplatz; ohnehin fangen Charakteristiken eines Volkes üblicherweise damit an, bedeutungsvoll darauf hinzuweisen, daß dies Volk Gegensätze in sich vereine. Die „New York Times“ schrieb 1940, Ein-

stein und Hitler „symbolisierten die zwei Seiten Deutschlands“¹⁷⁾. Der House-Abgeordnete Martin Dies, der als Vorsitzender des Komitees gegen „unamerikanische Aktivitäten“ der Vollständigkeit halber neben den Kommunisten gelegentlich auch die Faschisten angriff, sagte mit texanischer Bildhaftigkeit: „Hitler und Goethe lassen sich nicht besser mischen als Öl und Wasser.“¹⁸⁾ Gegen Hitler und Goebbels rief er nicht nur den Geist Goethes und Kants, sondern auch den Richard Wagner an¹⁹⁾.

Gallup poll of blood

Goethe war nicht eben eine wirkungsvolle Waffe gegen Hitler, und solche Gegenüberstellungen forderten zum Spott heraus. 1944 brachte der „Aufbau“ eine Karikatur, die einen riesenhaften Goethe mit Maschinengewehr zeigte, der drei fliehende preußische Offiziere vor sich her trieb; dem letzten guckte ein zwerghafter Hitler zum Schaftstiefel heraus. Die Unterschrift lautete: „Erst wenn das ‚andere Deutschland‘ den Spuk so zerbläst, wird man ihm glauben können.“²⁰⁾

Das „andere Deutschland“ war, wenn auch propagandistisch zu gebrauchen, als Machtfaktor ein Nichts, wenn es nur aus der spirituellen Vereinigung von Emigranten und verstorbenen deutschen Geistesgrößen bestand. Um irgendeine politische Bedeutung zu haben, mußte es auch im gegenwärtigen Deutschland existieren. Als die Verbindungen der Exilierten zu den deutschen Untergrundorganisationen abgerissen waren, blieb ihnen noch die Aufgabe, im Ausland immer neu glaubhaft zu machen, daß es in der deutschen Bevölkerung eine verbreitete NS-Gegnerschaft gebe. Ein wirklicher Nachweis des Widerstandes schien kaum möglich zu sein. Die Emigranten nahmen mit Vorliebe ihre Zuflucht zu dem Argument, daß das NS-Regime eben mit seinem Terror den Beweis dafür liefere, daß es sich im deutschen Volk einer mächtigen Gegner-

schaft gegenübersehe. Paul Hagen schrieb am 22. November 1942 in der „Herald Tribune“: „Hitler bekam niemals eine Mehrheit in einem demokratischen Volksentscheid. Heute haben wir keine Unterlagen über das Stimmenverhältnis und können auch keinen Gallup-Poll in Deutschland vornehmen. Aber es gibt einen Gallup-Poll von Blut, die lange und immer wachsende Liste exekutierter Menschen...“²¹⁾. „Gallup poll of blood“ war glänzend gesagt, wie überhaupt dies Argument etwas eindrucksvoll Überzeugendes besaß. Aus der Rückschau stellt es sich allerdings im wesentlichen als Fehlschluß dar, wenn der NS-Terror als Gradmesser für die innerdeutsche NS-Gegnerschaft genommen wurde und gerade diese Verbrechen, die Deutschland verabscheuenswert machten, in Beweise für ein „anderes Deutschland“ umgemünzt wurden. Wie nicht nur aus den Judenvernichtungen ersichtlich, war der NS-Terror teilweise autonom und weniger Reaktion auf eine Gegnerschaft.

¹⁷⁾ Zit. n. Aufbau (New York), 28. 6. 1940, S. 2. n. Exil-Literatur, S. 43 f.

¹⁸⁾ Martin Dies, *The Trojan Horse in America*, New York 1940, S. 316.

¹⁹⁾ Ebenda, S. 317.

²⁰⁾ Aufbau (AU), 12. 5. 1944, S. 32.

²¹⁾ In: Nachlaß Paul Hertz, Mappe F (Amsterdam, Internat. Institut für Sozialgeschichte).

Deutschfreundliche und deutschfeindliche Kritik an der Vorstellung vom „anderen Deutschland“

Die Ideologie vom „anderen Deutschland“ war zweiseitig. Das „andere“ Deutschland lebte von dem Kontrast zu dem „einen“ Deutschland, und je mehr das „eine“ Deutschland abgrundtief verworfen gezeichnet wurde, desto klarer und leuchtender gewann das „andere“ Deutschland auf diesem düsteren Hintergrund seine Identität — aber politisch in Betracht zu kommen schien allein das „eine“ Deutschland. Unter diesen Umständen fiel dem „anderen“ Deutschland eine fatale Funktion zu: Wenn es wirklich zwei Deutschlands gab, so bekam Deutschland unter Umständen dadurch ein noch unheilvolleres Aussehen. Sebastian Haffner betitelte dementsprechend sein Deutschland-Buch: „Germany, Jekyll and Hyde“ (London 1940), in Anspielung auf Stevensons „Dr. Jekyll and Mr. Hyde“, die Geschichte einer sprichwörtlich gewordenen Doppelsexistenz von Wohltäter und Verbrecher.

Bezeichnenderweise waren es nicht nur die Apologeten Deutschlands, die von der Vorstellung eines „anderen Deutschlands“ ausgingen, sondern in Einzelfällen auch die Cassandra-Stimmen, die als *ceterum censeo* die Entmachtung Deutschlands für alle Zukunft forderten. Diese Ideologie konnte dazu behilflich sein, von der deutschen Geschichte ein düsteres Bild ohne Lichtblicke zu zeichnen, indem man die auch im Westen hochgeschätzten Deutschen als „anderes Deutschland“ zuvor ausklammerte. Die Ideologie vom „anderen Deutschland“ löste das Problem, wie man in diesem negativen Deutschland-Bild etwa Goethe und Beethoven unterbringen sollte. Daher war dieses „dualistische“ Deutschlandbild einigen Mitarbeitern der sozialdemokratischen „Neuen Volkszeitung“ mit Grund suspekt, und Seger/Marcks Deutschland-Buch verwies in diesem Zusammenhang auf Emil Ludwigs Veröffentlichung „The Germans“ (Boston 1941), die in der USA-Emigration den „Vansittartisten“-Streit eröffnete. Ludwigs Buch stellte auf dem Umschlag als Kontrast die Bilder Bismarcks und Beethovens gegenüber und bezeichnete sich im Untertitel als „double history of a nation“. Siegfried Marck wies treffend darauf hin, wie unüberlegt es sei, wenn man schon vom „anderen Deutschland“ spreche, gerade Beethoven zu seinem Repräsentanten zu erwählen:

„Von allen Künsten repräsentiert die Musik am wenigsten den Geist ethischer und sozialer Reform, der die Philosophien von Voltaire und sogar Kant charakterisiert. Beethovens Musik ist der Ausdruck der Elementarkräfte der Natur ... Es gibt sogar ein Element berserkerhafter Gewalttätigkeit bei Beethoven ... Nein, die deutsche Musik ist nicht geistig in dem Sinne, wie es die intellektuellen Reformer verstehen. Die deutsche Musik, ja sogar die gesamte deutsche Literatur und bildende Kunst, ist unverkennbar auf den Pferdeteil des menschlichen Kentauren bezogen.“²²⁾

Seger allerdings, der Mitautor des zitierten Buches, hatte sich nicht diese kritische Vorsicht gegenüber der gängigen Vorstellung vom „anderen Deutschland“ zu eigen gemacht, sondern präsentierte sie noch Jahre danach so klischeehaft wie nur möglich: Einer Würdigung Ricarda Huchs schickt er voraus, „daß Deutschlands jüngste Geschichtsperiode durch eine Polarisierung charakterisiert ist, die auf der einen Seite Ungeheuer hervorgebracht hat, auf der anderen Seite Heilige und Helden“, um dann Ricarda Huch zu den Letzteren zu rechnen²³⁾.

Seger pflegte während des Krieges die Deutschen auf gut Glück in ein Drittel Nazis, ein Drittel Antinazis und ein Drittel Indifferente zu klassifizieren. Andere Emigranten wollten in den Nazis lieber eine noch geringere Minderheit sehen und der „Aufbau“, der Seger in diesem Zusammenhang einen der „klügsten und ehrlichsten Antifaschisten unter den Deutschen“ nannte, fand seine Rechnung bemerkenswert pessimistisch²⁴⁾. Der „Aufbau“ selbst neigte zu einer ähnlichen Einteilung; ein Leitartikel von Ende 1943 stellte fest, es gebe nicht zwei Deutschlands, sondern drei, wobei in dem dritten, den „hilflosen, labilen“ Neutralen, die Hauptmasse gesehen wurde²⁵⁾. Daß aus solchen statistischen Spekulationen gleich „drei Deutschlands“ gemacht wurden, veranlaßte Siegfried Marck, in einem Leserbrief an den „Aufbau“ die völlige Vernachlässigung des historischen Denkens zu kritisieren: „Die ganze Abzählerei der ‚guten‘ und der ‚schlech-

²²⁾ Gerhart H. Seger und Siegfried Marck, *Germany: to be or not to be?*, New York 1943, S. 63.

²³⁾ NVZ, 22. 11. 1947, S. 4.

²⁴⁾ AU, 3. 3. 1944, S. 4.

²⁵⁾ AU, 3. 12. 1943, S. 4.

ten' Deutschen führt aber wirklich zu gar nichts ... Völker sind in steter Wandlung und immer im Werden ... 1919 folgte die Majorität der Deutschen den Friedensfreunden ..." ²⁶⁾

Auch ein anderer NVZ-Mitarbeiter, Wilhelm Sollmann, verfocht die These von dem einen Deutschland — anders als Marck in polterndem Ton und sichtlich über das Ziel hinauschießend. Er scheute nicht die für Exilpolitiker fatalen Konsequenzen seiner These, sondern ging so weit, eine Kollektivschuld des deutschen Volkes am Nazismus zuzugeben. Solche Worte waren noch im März 1939 aus dem Munde eines ausgesprochen national eingestellten deutschen Exilpolitikers möglich, als man nicht ahnte, zu welch astronomischen Ziffern das Schuldkonto anwachsen würde. Sollmann schrieb in einer Besprechung von Grzesinskis Buch „Inside Germany“:

„Es ist wahrheitsliebend und tapfer, daß Grzesinsky (sic) von einer Gesamtschuld des deutschen Volkes an Hitlers Machtergreifung und seiner Unterdrückungswut spricht. Nur politische Kinder können sich damit amüsieren, ein paar Männer oder einige politische Gruppen herauszugreifen, um sie für alles verantwortlich zu machen. Solche Kindsköpfe hat man freilich auch unter den Historikern, zumal wenn sie nie in Deutschland waren.“ ²⁷⁾

Sollmann wußte noch nicht, was er damit anrichten konnte, wenn er, ungeduldig über die Suche nach Schuldigen, die Schuld pauschal dem gesamten Volk aufbürdete. Die Wirklichkeit sieht nicht selten tatsächlich so aus, daß politische Entscheidungen in kleinem Kreis und unter Verantwortung bestimmter Personen gefällt werden, und es kann etwas Mystifizierendes darin liegen, wenn dem „Zeitgeist“ und ähnlichen Größen eine ausschlaggebende Rolle in der Geschichte eingeräumt wird. In Sollmanns zornigem Ausbruch klingt offensichtlich der Ärger über die ständige Kritik an der SPD mit — eine Kritik, die häufig vergaß, daß die „Schuld“ am Aufstieg des Nazismus zuerst bei den bürgerlichen und Rechtsparteien zu suchen war und die „Schuld“ der SPD mehr in Unterlassungssünden bestand. Im übrigen kann man Sollmann soweit Recht geben, daß die Unzulänglichkeiten der SPD tatsächlich etwas mit kollektiven politischen Unzulänglichkeiten des deutschen Volkes zu tun hatten und nur mit Vorbehalt als „Schuld“ zu bezeichnen sind.

Es gab noch einen triftigeren Grund, warum manche Sozialdemokraten die Anschauung

vom „anderen Deutschland“ entschieden ablehnten: Es war eine Anschauung, die sich zum Teil von der Gegenüberstellung „Geist — Macht“ herleitete oder sogar mit ihr identisch war und dementsprechend in ihrer Pointe gewöhnlich zugunsten der Intellektuellen und zu Lasten der Politiker ausfiel. Die intellektuellen Wurzeln des Nazismus wurden zu gering bewertet und die Leistungen der Arbeiterbewegung nicht genug gewürdigt. Das „andere Deutschland“ war nicht vorzugsweise das Deutschland der Arbeiterbewegung. Schließlich ist aus Marcks und Sollmanns Polemik gegen die Aufteilung des deutschen Volkes in Gute und Böse auch ein „nationaler“ Ton herauszuhören: Ein Volk muß zusammenhalten, zusammen die Verantwortung tragen, und es geht nicht an, daß es sich von Teilen seiner selbst distanziert.

Die Ideologie vom „anderen Deutschland“ ist also in ihren politischen Konsequenzen ambivalent: es waren nicht in jedem Fall Exilpolitiker und prodeutsche Emigranten, die vom „anderen Deutschland“ sprachen, und „Vansittartisten“, die diese Vorstellung bekämpften. Erika Mann, die 1940 mit Klaus Mann das Buch „The other Germany“ veröffentlichte, stand in den letzten Kriegsjahren der „vansittartistischen“ Position nahe.

Im ganzen war es jedoch so, daß man etwas Gutes über Deutschland sagen wollte, wenn man vom „anderen Deutschland“ sprach, wie überhaupt diese Vorstellung dem Wunsch der politischen und literarischen Emigration entsprungen war, auf irgendeine Weise sich weiter als Deutsche anzusehen. Zwar lebte das „andere“ Deutschland vom Kontrast zu dem „einen“ Deutschland; aber über die Verabscheuungswürdigkeit der gegenwärtigen politischen Existenz Deutschlands gab es ohnehin keine Diskussion, und daher konnte damals die Hervorhebung eines „anderen“ Deutschlands im ganzen nur auf eine positivere Bilanz für das deutsche Ansehen hinauslaufen. Die Vorstellung vom „anderen Deutschland“ war geeignet, einen allgemeinen Deutschenhaß in Reaktion auf die NS-Verbrechen zu verhindern. Diese Konzeption entsprang überhaupt teilweise dem Wunsch, ein Gegengewicht gegen das Hassenswerte des aktuellen politischen Deutschlands zu haben, um Deutschland nicht hassen zu müssen. Die Vorstellung vom

²⁶⁾ AU, 24. 12. 1943, S. 27.

²⁷⁾ NVZ, 4. 3. 1939, S. 5.

„anderen Deutschland“ hatte die Tendenz, den nazismusfeindlichen Elementen Deutschlands ein außerordentliches Gewicht beizulegen, so daß sie die nazistischen Elemente moralisch zumindest aufwiegen konnten.

Wenn Emil Ludwig trotz seiner negativen Darstellung der politischen Geschichte Deutschlands die Vorstellung von den „zwei Deutschlands“ publizistisch verbreitete, so zeigt das, daß er nicht systematisch Haß gegen Deutschland erwecken wollte. Andere „Vansittartisten“ dagegen, die es eben darauf abgesehen hatten, bekämpften das „andere Deutschland“ als Phantasieprodukt. Die Monatsschrift der amerikanischen „Vansittartisten“ veröffentlichte im Mai 1944 einen Artikel von James W. Gerard, einem früheren US-Botschafter in Deutschland, der die Überschrift trug: „There is only one Germany“ und in den Anhang der Kongreßprotokolle aufgenommen wurde. Dort heißt es u. a.:

An dieser Stelle soll auf die „Vansittartisten“ eingegangen werden, obwohl diese Gruppe nicht nur aus Emigranten bestand und obwohl ihr Schwerpunkt nicht in den USA, sondern in England lag und der „Vansittartismus“ vornehmlich in der englischen Öffentlichkeit weite Kreise zog. Die Bezeichnung „Vansittartisten“ wurde durch die Gegner dieser Gruppe aufgebracht, bezeichnete aber zutreffend den Ursprung dieser Gruppe, der außerhalb der Emigration lag. Die „Vansittartisten“ selbst nannten sich in England „Fight-for-Freedom“-Bewegung und in den USA „Society for the Prevention of World War III“.

Lord Vansittart, zuvor Ständiger Unterstaatssekretär im britischen Foreign Office, veröffentlichte Anfang 1941 unter dem Titel „Black Record“ eigene Rundfunkreden über die Deutschen, in denen er die eigentliche Ursache des gegenwärtigen Krieges in dem immer gleichgebliebenen kriegerischen Charakter des deutschen Volkes sah, der sich bis auf Karl den Großen zurückverfolgen ließe. Es ist immerhin bemerkenswert, daß diese Reden nicht gleichmütig hingenommen wurden als unvermeidliche Klischees der Kriegspropaganda, sondern daß darüber in der britischen Öffentlichkeit sofort eine Diskussion entstand. Die prominenteste Antwort auf Vansittart kam von dem progressiven Verleger Victor

„Es gibt noch Leute, die an den Mythos von den zwei Deutschlands glauben. Blödsinn! Leute, die glauben, daß es zwei Deutschlands gebe — ein gutes und ein böses —, übersehen gerne die Tatsache, daß, historisch gesehen, das Land nicht weit vom Primitivzustand entfernt ist ... Die Nachkommen der Männer, die einst ihre weißen Landsmänner als Sklaven besaßen, herrschen noch in Deutschland ... Die Deutschen ... sind ein hoffnungsloses Problem für die Welt. Ihre Fortentwicklung zu einem Zustand, in dem sie nicht länger eine Bedrohung der Zivilisation sind, geht so langsam vor sich wie der Evolutionsprozeß selbst ... Der biertrinkende Deutsche der alten Schule ist genauso schlecht wie der fanatische junge Nazi ... Sie haben den gemeinsamen nationalen Charakterzug des Militarismus. Die Frauen sind so schlecht wie die Männer. Alle Deutschen sind sich darin einig, von oben anstatt von unten regiert zu werden.“²⁸⁾

Die Vansittartisten

Gollancz, einem Abkömmling deutscher Juden, der 1965, kurz vor seinem Tod, geadelt wurde. In seinem Buch: „Shall our children live or die?“ warnte er vor der Identifikation der Deutschen insgesamt mit den Nazis²⁹⁾.

Sehr bald schalteten sich auch deutsche Emigranten in die Debatte ein: Heinrich Fraenkel, Verfasser von Drehbüchern und Kriminalromanen, der im Exil immer mehr als politischer Publizist hervortrat, brachte schon 1941 die Schrift „Vansittart's gift for Goebbels. A German exile's answer to the ‚black record‘“ heraus. Im folgenden Jahr jedoch formierte sich in der Londoner Emigration eine unerwartet starke Gegenpartei und nahm mit absichtsvoller Taktlosigkeit den wohlmeinenden Gollancz unter Beschuß. Zwei Sozialdemokraten, Curt Geyer und Walter Loeb, von denen der erste sogar bis dahin Mitglied des Parteivorstands war, veröffentlichten eine 70 Seiten umfassende und von dem Labour-Abgeordneten James Walker eingeleitete Broschüre „Gollancz in German Wonderland“; sie traten Gollancz in der Pose des Realisten entgegen, der die Deutschen am eigenen Leibe erfahren hat, und schrieben: „Wir ziehen Lord Vansittarts Fak-

²⁸⁾ Congressional Records, vol. 90, part 10 A 3084.

²⁹⁾ Erich Matthias, Sozialdemokratie und Nation, Stuttgart 1952, S. 268 f.; Exil-Literatur, S. 112.

tenkenntnis ... den Wunschträumen des Mr. Gollancz und seiner Freunde vor." Im übrigen gehe es nicht um Vernichtung, sondern lediglich um Umerziehung der Deutschen. Im Vorwort gaben Geyer und Loeb zu, daß mit ihrer Kritik nicht nur Gollancz gemeint sei:

„Unsere Antwort richtet sich in diesen Seiten auch gegen all diese sogenannten ‚politischen Exilierten‘, deren Ausflüchte, Schleichwege und Unaufrichtigkeit in dem, was das Deutschland von gestern angeht, schon heute, ob sie es wissen oder nicht, zur Vorbereitung des ‚Dritten Deutschen Weltkrieges‘ beitragen.“³⁰⁾

Der beleidigende Stil und die Maßlosigkeit der Beschuldigungen gegen die eigenen Kameraden scheint die Verfasser der Broschüre zu disqualifizieren. Viele sozialdemokratische Emigranten sahen denn auch in diesen „Vansittartisten“ Judasse, die sich „verkauft“ hatten³¹⁾. Wie immer es mit dem Wahrheitsgehalt dieser Verdächtigung bestellt sein mag, so ist doch zumindest offensichtlich, daß die „Vansittartisten“ ihr Fähnlein nach dem Winde gehängt hatten: Deutschfeindlichkeit verkaufte sich im England von 1942 selbstverständlich besser als Deutschfreundlichkeit. Wenn auch bei einem Teil der „Vansittartisten“ wenig ehrenvolle Motive überwiegen mochten, so heißt das nicht, daß nur solche vorlagen. Es war sicher nicht nur Heuchelei und Reklamemache, wenn es im Vorwort der Anti-Gollancz-Broschüre hieß:

„Wir bestreben, nichts von der Wahrheit zu verbergen, und wir übertreiben auch nicht absichtlich. Unser Ziel ist es, der Sache der Wahrheit zu dienen, und damit der Sache der Gerechtigkeit. Wir messen der internationalen Moral, der internationalen Gerechtigkeit und dem internationalen Frieden eine größere Bedeutung bei als dem Nationalismus des ‚Deutschland, Deutschland über alles‘ ...“³²⁾.

Die Sopade warf den „Vansittartisten“ englischen Nationalismus vor; jedoch kann man im Falle sozialdemokratischer Emigranten auch eine Dokumentation echten sozialistischen Internationalismus' darin sehen, wenn diese, ohne den Makel des „Verräters“ zu scheuen, die Konsequenz zogen aus der — damals naheliegenden — Erkenntnis, daß Deutschland für den humanen Fortschritt in der Welt ein Verhängnis darstelle.

Mochte es auch ein „anderes“ Deutschland geben als das nationalsozialistische, so doch kaum

ein dem Nazismus entgegengesetztes Deutschland. Die „Vansittartisten“ verwiesen mit Recht auf das singuläre Faktum, daß die nazistische Machtergreifung völlig kampfflos vor sich gegangen war. Die deutschen Emigranten gingen zwar nicht, wie Lord Vansittart, bis auf Kari den Großen zurück, stellten jedoch in ihrer Erklärung zum zehnten Jahrestag von Hitlers Machtantritt fest: „Der 30. Januar war nicht ein Abbruch, sondern das Resultat der deutschen politischen Entwicklung seit mindestens drei Generationen. ... Hitler wurde zur Macht emporgetragen von der größten Volksbewegung in der deutschen Geschichte.“³³⁾

1942, im ersten Jahr des amerikanisch-deutschen Kriegszustands, griff der „Vansittartisten“-Streit — einschließlich der Bezeichnung „Vansittartisten“ — auch auf die USA-Emigration über, hatte dort allerdings ein wesentlich anderes Aussehen. Während es sich bei den „Vansittartisten“ unter den England-Emigranten um eine Abspaltung von der Sozialdemokratie handelte, befanden sich, soweit bekannt, unter den amerikanischen „Vansittartisten“ keine Sozialdemokraten. Der Grund dafür ist — außer in individuellen Zufälligkeiten — darin zu suchen, daß in England sozialdemokratische Emigranten, wenn sie sich dem „Vansittartismus“ zuwandten, sich im Einklang mit einem beträchtlichen Teil der Labour Party wußten, während in den USA die pazifistische Socialist Party und die deutschamerikanischen Sozialdemokraten New Yorks solche Tendenzen nicht ermutigten.

Ein weiterer Unterschied war der, daß im ersten Fall die Initiatoren und Wortführer der Debatte Engländer waren — Vansittart und Gollancz —, während sich in den USA die Auseinandersetzung in erster Linie innerhalb der deutschen Emigration abspielte. In Amerika war die Kenntnis der deutschen Geschichte nicht so verbreitet, daß die Diskussion über das Verhältnis des Nazismus zur deutschen Geschichte eine breite Öffentlichkeit hätte beschäftigen können. Außerdem war die Stimmung in den USA während des

³⁰⁾ Zit. n. Exil-Literatur, S. 113.

³¹⁾ E. Matthias, Sozialdemokratie und Nation, a. a. O., S. 271.

³²⁾ Exil-Literatur, S. 113.

³³⁾ Kurt Großmann, Hans Jacob, The German Exiles and the „German Problem“. Journal of Central European Affairs 4/1944—45, S. 184.

Krieges weniger deutschfeindlich als in England; man war dort innerlich nicht so stark in den Krieg engagiert. Zwar hatte auch Henry Morgenthau — selbstverständlich —

„vansittartistische“ Anschauungen von Deutschland, aber allem Anschein nach entstand der Morgenthau-Plan ganz unabhängig von den amerikanischen „Vansittartisten“.

Emil Ludwig in der Exilpolitik — Auseinandersetzung mit Paul Tillich

Als das Oberhaupt der USA-„Vansittartisten“ und ihr brilliantester und gefährlichster Wortführer galt bei den Emigranten — ob zu Recht oder zu Unrecht — *Emil Ludwig*. Er war im strengen Sinne kein Emigrant, denn er hatte sich schon seit 1906 in der Schweiz niedergelassen, was in der Exilbibliographie von Sternfeld/Tiedemann allerdings als Emigration dargestellt wurde. Während des Zweiten Weltkriegs hielt er sich in den USA auf; schon vorher war er, dem Trend der Emigration vorausseilend, längere Zeit dort gewesen und hatte sich auch in den Sujets seiner unablässigen Bücherproduktion auf Amerika umgestellt: Nachdem er 1937 mit einer Kleopatra-Biographie und einem in Moscia erschienenen Buch „Tasso in Moscia“ von der Alten Welt zeitweiligen Abschied genommen hatte, wandte er sich 1938 mit einer Roosevelt- und einer Bolivar-Biographie der Neuen Welt zu. Emil Ludwig bereiste die USA schon zu einer Zeit, als sich die literarische Emigration noch an Europa klammerte, und seine Anwesenheit in den USA wurde von den dortigen Emigranten begrüßt; er, der wie Thomas Mann von Roosevelt empfangen worden war, wurde in den ersten vier Jahren von der USA-Emigration als öffentlichkeitswirksamer Repräsentant geschätzt, und seine Roosevelt-Biographie, obwohl recht unpolitisch und inhaltsleer, wurde über längere Zeit hinweg in der „Neuen Volkszeitung“ abgedruckt. Die Sozialdemokraten konnten damals Emil Ludwig durchaus als ihnen zugehörig rechnen, denn er stand seit den zwanziger Jahren im Ruf eines erklärten Republikaners, wozu auch seine Fehde mit der konservativen Historikerkunft beigetragen hatte. Eckart Kehr, der im übrigen die historische Belletristik Ludwigscher Art verabscheute, erkannte an: „... es konnte kein Zweifel bestehen, daß sich aus diesen Schriften ein republikanisch-demokratisches Denken zu entwickeln begann...“³⁴ In dem Blut- und Boden-Roman „Morgenluft in Schilda“ (1933) von Hjalmar Kutzleb sind es Thomas Mann und „Emil Ludwig-Cohn“ (E. L. war tatsächlich als Cohn geboren), die von den negativen Gestalten mit Vorliebe gelesen werden und

für die westlich-liberale Kultur der zwanziger Jahre stehen.

Als am 15. Dezember 1935 der Deutschamerikanische Kulturverband gegründet wurde, war Emil Ludwigs Rede laut „Aufbau“ das „Hauptereignis“ der Veranstaltung und wurde mit Jubel aufgenommen. Er sagte: „Die sechzig Millionen, die im Reiche sitzen, brauchen eine befreiende Aktion der dreißig Millionen Auslandsdeutschen.“³⁵ Wenn er ernsthaft an die Möglichkeit einer solchen Aktion glaubte, dann lebte er noch sehr in den überholten Vorstellungen vom Deutschtum als unzerstörbarer Substanz, der auch die Auswanderung nichts anhaben kann.

In den folgenden Jahren, vielleicht angesichts der Terrorwelle im annektierten Österreich und der ein halbes Jahr später erfolgenden „Kristallnacht“, wandelte sich Emil Ludwig zum Verächter Deutschlands. Zwischen 1939 und 1945 veröffentlichte er vier Deutschland-Bücher, die diese neue Einstellung in ständig gesteigerter Form verkünden: „Barbaren und Musiker“ (1939), „The Germans, double history of a nation“ (1941), „How to treat the Germans“ (1943) und „The moral conquest of Germany“ (1945).

Emil Ludwig, der unmittelbar vor Hitlers Machtantritt in den „Gesprächen mit Mussolini“ außerordentliche Sympathie für den italienischen Faschismus bekundet hatte — eine empfindliche Blöße für die späteren Exiljahre —, witzelte noch Ende 1935 über Hitler und räumte ein, „daß der Ansichtskartenkünstler a. D. in der Tat ein Verdienst für sich buchen kann: in die farblosen Jahre des Staates von Weimar Buntheit hineingetragen zu haben“³⁶). Das war eine Zeit, in der auch Einstein dem Phänomen Nazismus noch mit Humor begegnen konnte, wenn er den Juden riet, „den lieben Hitler“ nicht zu tragisch zu nehmen³⁷).

³⁴) Eckart Kehr, Das Primat der Innenpolitik (hrsg. v. H.-U. Wehler), Berlin 1965, S. 273.

³⁵) AU, 6. 1. 1936, S. 2.

³⁶) AU, 6. 1. 1936, S. 2.

³⁷) AU, 1. 4. 1935, S. 2.

Spätestens von 1938 an konnte man unmöglich mehr in solchem Ton über den Nazismus sprechen. Der impulsive Emil Ludwig, der sich leicht von den Wogen der Zeitstimmung mitreißen ließ, stellte sich nun an die Spitze der Ankläger Deutschlands, die im Nazismus den akuten Ausbruch eines Jahrhunderte schwelenden Verhängnisses sahen. Wenn Emil Ludwig ausschließlich das spezifisch Deutsche des Nazismus betonte, so ist leicht zu erkennen, daß ein Teil Verteidigung seiner einstigen Mussolini-Sympathien dabei war: Er mußte schon deshalb seine ganze Angriffskraft auf das typisch Deutsche am Nazismus konzentrieren und den allgemeinen „Faschismus“-Begriff zurückweisen, um nicht in einen Widerspruch zu seiner eigenen Vergangenheit zu geraten³⁸⁾.

Wenn Emil Ludwig in seinem Deutschland-Buch von 1941 den Nazismus als Produkt der gesamten deutschen Geschichte darstellen wollte, so hielt er sich mitunter auf komische Weise an die ihm, dem Biographen, vertraute individualisierende Methode. Der „Aufbau“ druckte, vorzugsweise wohl zum Amusement seiner Leser, u. a. folgenden Abschnitt aus Ludwigs Buch ab:

„Adolf Hitler hat bedeutende Ähnlichkeit mit früheren deutschen Kaisern, die wir in diesem Buche betrachtet haben. Barbarossa ähnelt er in seiner Grausamkeit, Heinrich V. im Streben nach Weltmacht, Heinrich VI. in der Gewohnheit der Erpressung. Mit Sigismund hat er die Kunst der Lüge gemein, mit Wenzel die Lust an der Judenverfolgung. An Karl IV. (erinnert er) durch Rache für schlechte Kindheit, an Karl V. durch mystischen Glauben. Auch von den preußischen Königen ... hat Hitler manches übernommen: von Friedrich I. die prunkhaften Bauten, von Friedrich Wilhelm I. den Mangel jeder Bildung, von Friedrich dem Großen die sexuelle Unfähigkeit. ...“³⁹⁾.

Diese Form des Sündenregisters ist offensichtlich von Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“ inspiriert worden, jener bosheitssprühenden Aufzählung der Eigenschaften all der vorhergehenden Hohenzollern, die in Wilhelm II. wieder aufgelebt seien, nur daß es sich bei Emil Ludwig um eine bloße Schimpferei handelte, wobei es obendrein unmotivierter war, Hitlers Antisemitismus auf den spätmittelalterlichen König Wenzel zurückzuleiten als Charakterzüge Wilhelms II. auf seine Hohenzollern-Vorfahren.

Erst im folgenden Jahr 1942 begann Emil Ludwig in der Emigration als „Vansittartist“ abgestempelt und zur Zielscheibe heftiger Angriffe zu werden, die ihrerseits den erregbaren Schriftsteller wiederum in radikalere Positionen trieben. Es begann damit, daß die „New York Times“ am 6. Juli 1942 eine Rede Ludwigs über die alliierten Kriegsziele in verschärfend gekürzter Form wiedergab, und noch dazu unter der Schlagzeile: „Ludwig Asks Fight on ‚German People““. Der „Aufbau“, damals noch unparteiischer als zwei Jahre später in der Frage, ob deutsche Exilpolitik oder nicht, öffnete seine Spalten einer Emil-Ludwig-Debatte, die durch einen ungewöhnlich erbitterten Angriff des Theologen Paul Tillich auf Ludwig ausgelöst wurde. Vor allem durch diese Auseinandersetzung wurde Tillich zum geistigen Vorkämpfer des politischen Exils, so daß zwei Jahre später unter seiner Führung das Council for a Democratic Germany zustande kommen konnte. Die Hauptgefahr für das politische Exil bestand damals darin, daß sich angesichts der Schreckensnachrichten aus dem NS-Imperium das deutsche Judentum vom deutschen Exil löste und dadurch die personelle Basis der deutschen Exilpolitik zusammenschmelzen ließ. Diese Perspektiven erklären Tillichs Heftigkeit. Tillich wollte diese Möglichkeit von vornherein energisch abwehren und schrieb, von der „New York Times“ werde eine Rede Ludwigs zitiert, „die alle anständigen deutschen Juden in Amerika veranlassen sollte, sich von Ludwig entschlossen und sichtbar zu distanzieren. Ein Satz wie ‚Hitler ist Deutschland‘ und die Rede vom deutschen ‚Kriegervolk‘ ist dem Arsenal der törichtsten antisemitischen Propaganda entnommen ... Läppich ... ist der Vorschlag, ein Heer von amerikanischen Lehrern herüberzuschicken, um die Deutschen ‚mores‘ zu lehren.“⁴⁰⁾

Tillichs Worte, von denen man kaum sagen kann, daß sie geschickt gewählt waren, blieben selbstverständlich nicht ohne Entgegnung. Er weckte mit der Formulierung von den „anständigen“ Juden Assoziationen an jene joviale Form des Antisemitismus, die wohlwollende Geneigtheit bekundet, die Juden gewähren zu lassen, sofern sie mit Wort und Tat ihre gutdeutsche Gesinnung beweisen. Zumin-

³⁸⁾ Auch andere Emigranten setzten anfangs Hoffnung auf Mussolini: vgl. Schwarzschild, S. 59; Hans Habe, Ich stelle mich, Wien / München / Basel 1954, S. 234 f.

³⁹⁾ AU, 7. 11. 1941, S. 3.

⁴⁰⁾ AU, 17. 7. 1942, S. 6.

dest taktisch falsch war die brüske Verwerfung der Reeducation-Idee. Wenn Emil Ludwig die Reeducation verfocht, so war er damit keineswegs ein Scharfmacher gegen Deutschland; vielmehr kennzeichnete der Gedanke der Um-erziehung gerade die „milden“ Deutschlandpläne, die Alternativen zum „Vansittartismus“⁴¹⁾. Um die Amerikaner von ihren harten Plänen abzubringen, hatte die Vorstellung, Deutschland als zukünftiges Feld für demokratische Erziehungsexperimente in großem Stil zu betrachten, die größten Chancen.

Zwei Wochen später brachte der „Aufbau“ einen Angriff Hannah Arendts auf Emil Ludwig, der noch schneidender und hohnvoller war als der Tillichs, obwohl Hannah Arendt andererseits von den deutschen Exilpolitikern nicht viel hielt. Ihr Angriff richtet sich gegen die Person Ludwigs:

„(E. L.), der im vorigen Weltkrieg die alldeutsche Couleur des damaligen deutschen Imperialismus trug . . . , versucht es mit einer neuen Großmacht, indem er das amerikanische Volk zu einem bisher Gott sei Dank inexistenten Imperialismus ermuntert. . . Und da man doch so gerne dabei ist, wenn Überlegenheit die Herrschaft antritt, so sieht sich unser Schrift-

steller bereits mit den zukünftigen Siegern als Lehrer der überlegenen Moral durchs Brandenburger Tor ziehen . . . Es ist sehr traurig, zu erfahren, daß jeder Sklave dazu neigt, sich als Sklavenhalter zu träumen . . .“⁴²⁾.

Als die „New York Times“ schließlich den vollen Wortlaut der Rede Ludwigs veröffentlichte, brachte dieser, Siegfried Marck zufolge, „Freund und Feind etwas in Verlegenheit. Was hatte er nämlich wirklich gesagt? In bezug auf die Zukunft gar nichts Schlimmes.“ Seine Vorschläge hätten mehr auf der Linie der Atlantic Charta gelegen als auf der Vansittarts. Erst durch die gekürzte Wiedergabe sei der antideutsche Ton in so scharfer Form herausgekommen⁴³⁾. Es ist bemerkenswert, daß gerade Siegfried Marck, der Mitarbeiter der „Neuen Volkszeitung“ und spätere Unterstützer des Council, damals Emil Ludwig in Schutz nahm; er hatte ihn offenbar für die Exilpolitik noch nicht aufgegeben. Emil Ludwig hatte allerdings inzwischen die Herausforderung durch die neu aufgestandenen Gegner angenommen und einem Manifest „An die deutschen Patrioten im Exil“ jene Schärfe gegeben, die die von der „Times“ zitierte Rede in der Originalfassung nicht gehabt hatte⁴⁴⁾.

Die „Society of the Prevention of World War III“

In der Folge begab sich Emil Ludwig in eine Front mit den „Vansittartisten“, zu denen er bis dahin offenbar kaum Beziehungen gehabt hatte; Friedrich Wilhelm Foerster beispielsweise war, anders als Ludwig, schon seit Jahrzehnten ein scharfer Kritiker Deutschlands gewesen. Im Dezember 1943 wurde die „Society for the Prevention of World War III“ gegründet, die keine Emigrantenorganisation sein wollte, sondern auch Amerikanern die Möglichkeit gab, beizutreten. An der Spitze der Gründer stand neben Emil Ludwig der Kriminalschriftsteller Rex Stout, während als der eigentliche Initiator wohl Friedrich Wilhelm Foerster anzusehen ist. Außerdem gehörte u. a. noch Paul Winkler dazu, der soeben das Buch „The Thousand-Year Conspiracy, Secret Germany Behind the Mask“ herausgebracht hatte. Das Programm begann mit der Abwehr der Unterscheidung von Nazis und Deutschen unter Berufung auf die deutsche Geschichte:

„Die weitverbreitete Gewohnheit, die Nazis von dem deutschen Volk beiseite zu nehmen,

resultiert aus einer Unkenntnis der deutschen Geschichte. . . Die Kräfte in Deutschland, die Hitler zur Macht erhoben und ihn oben hielten, sind identisch mit den Kräften, die hinter Bismarck und Kaiser Wilhelm standen.“⁴⁵⁾

Vorspiel und Hintergrund der Society war eine mit Pamphleten und Prozessen geführte Auseinandersetzung zwischen Foerster und Victor F. Ridder, dem Mitherausgeber der „New Yorker Staatszeitung“. Diese größte deutschamerikanische Zeitung war schon mehrfach mit den Emigranten zusammengestoßen. Entsprechend der Stimmung unter den Deutschamerikanern hatte sie seinerzeit die Emigranten generell als unliebsame Gäste empfangen. Am 13. November 1934 brachte sie zweiseitig die Überschrift: „Europas Regierungen wenden

⁴¹⁾ Günter Moltmann, Amerikas Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg, Heidelberg 1958, S. 21.

⁴²⁾ AU, 31. 7. 1942, S. 6.

⁴³⁾ NVZ, 12. 9. 1942, S. 1.

⁴⁴⁾ Ebenda.

⁴⁵⁾ AU, 17. 12. 1943, S. 1.

sich gegen die Emigranten-Umtriebe“⁴⁶⁾. Dabei sollten die Emigranten später „ein beträchtliches Kontingent ihrer Käufer bilden“ („Aufbau“ 1942)⁴⁷⁾.

Der „Aufbau“ führte in seinen ersten Jahren eine heftige Kampagne gegen die „Staatszeitung“; Anfang 1936 druckte er einen Leserbrief ab, der der Hoffnung Ausdruck gab, daß „das New Yorker Pressereptil, durch dessen ‚Neutralität‘ das Braun deutlich hindurchschimmert, sobald wie möglich zur Strecke gebracht wird“, und behauptete, die Ridder ständen mit deutschen Geheimagenten in Verbindung⁴⁸⁾. Die „Staatszeitung“ berücksichtigte zwar auch ihre jüdischen Leser mit einer „lustigen Ecke“: „Aus Lee Greenspoons Sammelmappe“. Diese fingierten Betrachtungen eines alten und leicht trottelligen Juden riefen aber die besondere Empörung des „Aufbau“ hervor: Was „Lee Greenspoon“ den Lesern vorsetze, sei kein Jiddisch und auch kein Frankfurterisch, sondern ein Kauderwelsch, wie es sonst nur Antisemitenblätter den Juden unterstellten⁴⁹⁾. „Lee Greenspoon“, der seine Briefe stets mit „Gut Schabbes, Herr Redakteurleben“ begann, bewahrte auch seinen Humor, als er die Nachricht schlucken mußte, daß in Frankfurt die nach Juden benannten Straßen umgetauft wurden: „... Außerdem geht uns das hier garnischt an; die drieben sollen tun, was sie halten fier recht, un mir hier werden tun, was mir halten fier recht ... un da haben mir beide genug zu tun.“⁵⁰⁾ Solche Passagen verraten das Dilemma, in das die „Staatszeitung“ durch den Nationalsozialismus allmählich geraten war, und die peinliche Art, wie sie sich diesem Dilemma zu entziehen suchte. Sie wollte es weder mit den Sympathisierenden noch mit den Gegnern des Nazismus verderben; ihr Chefredakteur (bis Anfang 1936) Heinrich Reinhold Hirsch war offenbar jüdischer Abstammung⁵¹⁾. Sie verurteilte die „Kristallnacht“ mit scharfen Worten und bekundete Reue, bisher mit Kritik am Nazismus so zurückhaltend gewesen zu sein⁵²⁾. Aber noch Anfang 1940 entdeckte der „Aufbau“ in einer Unterhaltungsecke der

„Staatszeitung“ ein Rätsel, dessen Lösung ein Ausspruch von Julius Streicher war⁵³⁾.

Als nach dem Kriegseintritt der USA solche Steine des Anstoßes aus der „Staatszeitung“ endgültig verschwanden und sich sogar eine Zusammenarbeit zwischen Victor F. Ridde und dem Volksfrontblatt „German American“ entwickelte⁵⁴⁾, waren es Friedrich Wilhelm Foerster und seine Mitstreiter, die den Kampf gegen Ridder erneut aufnahmen — wobei es diesmal mehr um seine Person als um die „Staatszeitung“ ging — und ihm zwar nicht direkt Nazismus, aber Pangermanismus vorwarfen.

Die bloße Tatsache, daß ein Deutschamerikaner deutsche Interessen vertrat, ließ sich als Alldeutschtum definieren, auch wenn es dies unreflektiert und ohne alldeutsche Ideologie getan hatte. Das war auch gemeint, wenn sogar Emigranten wie Max Brauer vor den „Vansittartisten“ unter die Alldeutschen gerechnet wurden; denn wenn ein Deutscher auswanderte und die amerikanische Staatsbürgerschaft beantragte, aber dennoch weitere deutsche Politik betrieb, wurde er dieser Auffassung nach automatisch ein „Alldeutscher“. 1944 bezeichnete Emil Ludwig die „United Americans of German Descent“, eine im Krieg unter führender Beteiligung Ridders gegründete Organisation, als „germanophile Front“; „germanophil“ war sicherlich nicht zuviel gesagt. Ridder verwies darauf, daß diese Organisation von offizieller Stelle angeregt und gefördert worden sei, und sagte, sein Ankläger sei ein Mann, „der unseren Lincoln karikierte, dagegen einen Hymnus auf Mussolini sang“.

⁴⁶⁾ AU, 1. 2. 1935, S. 5.

⁴⁷⁾ AU, 3. 7. 1942, S. 5.

⁴⁸⁾ AU, Januar 1936, S. 10.

⁴⁹⁾ AU, Sept. 1935, S. 9.

⁵⁰⁾ Ebenda.

⁵¹⁾ AU, 1. 4. 1936, S. 5.

⁵²⁾ AU, Sept. 1935, S. 8.

⁵³⁾ AU, 9. 2. 1940, S. 1 (= Staatszeitung vom 21. 1. 1940).

⁵⁴⁾ AU, 23. 2. 1945, S. 3.

Die Isolation des amerikanischen Vansittartismus

Im publizistischen Duell mit Emil Ludwig erhielt Ridder sogar enthusiastischen Beifall von der „Neuen Volkszeitung“, die sonst mit der „Staatszeitung“ nichts gemein haben wollte: „Ein Ereignis im Leben des Deutschamerikaners war die Abrechnung, die Victor F. Ridder ... mit dem unsäglichen Emil Ludwig vollzog.“⁵⁵⁾

Auch beim „Aufbau“ fanden Emil Ludwig und die „Vansittartisten“ niemals klare Unterstützung, auch nicht in der letzten Kriegszeit, als das Blatt die deutsche Exilpolitik ablehnte. Im März 1945 stellte der „Aufbau“ fest, daß die Society for the Prevention of World War III unter den Emigranten ziemlich isoliert dastehe, glaubte allerdings, daß sie „eine sehr weitgehende amerikanische Unterstützung“ habe, namentlich durch Leute, die wie William L. Shirer, Sigrid Schultz, E. A. Mowrer usw. früher lange Zeit in Deutschland waren.“⁵⁶⁾ Aber das ist nicht soweit zu verallgemeinern, daß ein beträchtlicher Teil der amerikanischen Öffentlichkeit im Einklang mit den „Vansittartisten“ gestanden hätte. Als Emil Ludwig sich dem „Vansittartismus“ im engeren Sinne zuwandte, folgte er nicht mehr dem Zuge der öffentlichen Meinung in den USA, und er war sich dessen bewußt. Im Juli 1942 sagte er zu einem Gallup Poll, der ergeben hatte, daß 79 % der Amerikaner die deutsche Regierung und nur 6 % das deutsche Volk für den Hauptfeind hielten: dann befänden sich 79 % der Amerikaner in einem „falschen und gefährlichen Glauben“ und sollten wissen, daß vielmehr „das kriegerische deutsche Volk in seiner Gesamtheit, geführt von seiner Intelligenz, erst dem Kaiser folgte und nun einem Proletarier („sic!“ merkte das

kommunistische „Freie Deutschland“ an) in seinem Wunsch, die Welt zu erobern. Hitler ist Deutschland.“ Aber sogar ein redaktioneller Artikel der „New York Times“ bemerkte: „Es ist das amerikanische Volk, das recht hat, und Herrn Ludwigs Glaube ist falsch und gefährlich.“⁵⁷⁾

Emil Ludwig hatte sich zwischen die Stühle gesetzt, weil er gerade den schärfsten Nazismus-Gegnern teilweise durch sein Mussolini-Buch suspekt war und deshalb in ihrem Kreis nie ganz aufgenommen wurde. Mit seiner Isolation stieg seine Gereiztheit. Als er im Frühjahr 1944 von einer liberal-jüdischen Gemeinde in Cleveland eingeladen wurde, im Rahmen eines Gottesdienstes zu sprechen, übte er in seiner Ansprache derart scharfe Kritik an den deutschjüdischen Emigranten, die immer noch Deutschland anhängen, daß der Vortrag von der Gemeinde als Bruskierung empfunden wurde⁵⁸⁾.

1945 vervollständigte Ludwig sein Riesenwerk von Biographien großer Männer noch durch eine Stalin-Biographie, von der vorher bereits Teilabdrucke erschienen waren und die mit ihrer ungetrübten Bewunderung unter der nichtkommunistischen Stalin-Literatur ziemlich einzig dasteht. Die Freundschaft der Kommunisten brachte sie ihm aber nicht ein; denn die kommunistischen Emigranten wollten ebensowenig mit den „Vansittartisten“ zu tun haben wie die anderen politischen Exilgruppen. Für das „Freie Deutschland“ war Emil Ludwig eine Blüte des Hochkapitalismus, nichts als der Fimename eines „literarischen Warenhausbetriebes“, dessen Verdienst es sei, erstmalig „die Methoden von Woolworth auf die Literatur übertragen“ zu haben.

Politische Einordnung des Vansittartismus

Wenn auch in den USA die Progressiven generell Deutschland ablehnender gegenüberstanden als die Konservativen, so hatte doch der „Vansittartisten“-Streit kaum etwas mit „links“ und „rechts“ zu tun. Zwar stellte es sich in mancher Beziehung so dar, daß die „Vansittartisten“ die alte antinazistische Position — die die völlige Vernichtung des Nazismus über alle anderen Ziele stellte — in ungeminderter Rigorosität wahrten in einer Zeit, da die anderen politischen Exilgruppen

anfangen, mit Rücksicht auf ihre politische Zukunft in Deutschland zu handeln und nicht mehr die Anklage der deutschen Regierung, sondern die Verteidigung des deutschen Volkes zu ihrem Hauptanliegen zu machen — eine Zielsetzung, die der ersten nicht notwendig widersprach, aber doch eine Verände-

⁵⁵⁾ NVZ, 15. 4. 1944, S. 4.

⁵⁶⁾ AU, 2. 3. 1945, S. 7.

⁵⁷⁾ Freies Deutschland, August 1942, S. 29.

⁵⁸⁾ AU, 14. 4. 1944, S. 9.

rung der Frontrichtung mit neuen Gegnern und mit neuen Verbündeten bedeutete. Das politische Exil war nunmehr weniger durch die Aussicht auf ein untergründiges Weiterbestehen des Nazismus zu alarmieren als durch allzu eingreifende Deutschlandpläne der Sieger; die alte antinazistische Gemeinsamkeit der Exilierten — die ohnehin nur selten praktische Form angenommen hatte — wurde sekundär oder ganz vergessen. Insofern könnte man den „Vansittartismus“ als einen Versuch interpretieren, die Atmosphäre der ersten Exiljahre auch für die Kriegs- und Nachkriegsjahre zu bewahren.

Aber die meisten führenden „Vansittartisten“ waren alles andere als ausgesprochene Vertreter des Volksfront-Antifaschismus der dreißiger Jahre. Was Lord Vansittart selbst betraf, so war seine Deutschenfeindschaft nicht erst angesichts des Nazismus entstanden, sondern ihre Ursprünge reichten bis in die Zeit des Burenkrieges zurück, die Vansittart unglücklicherweise in Deutschland verbracht hatte⁵⁹⁾. Curt Geyer, der in der USPD und KPD angefangen hatte, war auf dem rechten Flügel der SPD angelangt, als er der Wortführer der „Vansittartisten“ unter den englischen Emigranten wurde; bei Bernhard Menne war der „Vansittartismus“ ebenfalls eine Etappe in seiner Entwicklung nach rechts. Leopold Schwarzschild, der 1943 von Siegfried Marck unter Berufung auf sein Buch „World in Trance“ (New York 1942) ein „Über-Vansittartist“ genannt wurde, war zwar eine Zentralgestalt der ersten Exiljahre gewesen, und seine Hoffnungslosigkeit in bezug auf Deutschland hatte durchaus „linke“, pazifistische Ursprünge; aber 1942 hatte er sich bereits zum Antikommunisten und zum Vorkämpfer des Wirtschaftsliberalismus und der „harten“ Außenpolitik entwickelt.

Der Friese Tete Harens Tetens, ein Mitarbeiter Foersters, hatte sich in den ersten Exiljahren einige Verdienste erworben im Rahmen der Bemühungen der Emigranten, das Ausland auf die Größe der vom Nazismus drohenden Gefahr aufmerksam zu machen; die Wirkung seiner Broschüre „Was will Hitler?“ (Liestal/Schweiz 1935) soll in der Schweiz „enorm“ gewesen sein⁶⁰⁾. Aber seine besondere Wirkung beruhte eben darauf, daß er nicht zu den linken Antifaschisten gehörte, sondern die kirchenfeindlichen und „bolschewistischen“ Züge des Nazismus so kraß und ausschließlich wie möglich herausstellte.

Bei dem Pädagogen Friedrich Wilhelm Foerster war das politische Engagement als „Vansittartist“ nur die Fortsetzung einer jahrzehntelangen, von moralischer Empörung getragenen Ablehnung des Deutschen Reiches. Den großen Feind sah er nicht im Nazismus, sondern im Preußentum. Im Ausgang des Ersten Weltkrieges sah er bereits ein verdientes Strafgericht der Weltgeschichte über das Reich. In seinen beständigen Zusammenstößen mit den herrschenden Mächten Deutschlands suchte er „nicht — wie in solchen Fällen fast üblich — Anschluß an die politische Linke, sondern bezeigte Sympathien für Gebilde wie den Habsburger Staat“⁶¹⁾. Er war also eigentlich ein „Reaktionär“ im wörtlichen Sinne und schien eine Rettungsmöglichkeit in der Regression in das vor-nationalistische und vor-imperialistische Zeitalter zu sehen, scheute allerdings die üblichen konservativ-habsburgerfreundlichen Verbündeten, die sich bei solchen Auffassungen angeboten hätten. Zeitweise hatte er unter dem Einfluß des großdeutschen Bismarck-Gegners Constantin Frantz gestanden⁶²⁾. Im Exil nach 1933 erfreute er sich gelegentlich der Protektion des portugiesischen Staatschefs Salazar⁶³⁾. Foerster war die längste Zeit seines Lebens Protestant. Noch 1941 bedauerte der Soziologe Goetz Briefs, daß Foerster bei all seiner erbitterten Anklage gegen Preußen mit keinem Wort die „furchtbare Rolle“ berühre, „die der lutheranische Protestantismus in dem Aufstieg und der Politik des preußischen Staates spielte“⁶⁴⁾. In der Folge zog er jedoch die Konsequenz, zum Katholizismus überzutreten⁶⁵⁾.

Schon damals argwöhnte man in sozialdemokratischen Kreisen, daß sich hinter dem „Vansittartismus“ in den USA eine katholische Machenschaft verstecke. Stampfer schrieb 1943 an die Sopade: „E(mil) L(udwig) ist nicht ungefährlich, weil er mit einem großen Racket arbeitet, in dem er der einzige Nichtkatholik ist. Der Plan, Preußen als selbständigen Staat aus Deutschland herauszuschälen, richtet sich dem äußeren Anschein nach gegen das ‚milita-

⁵⁹⁾ Der Spiegel, 7. 5. 58, S. 41.

⁶⁰⁾ Karl Lange, Hitlers unbeachtete Maximen, Stuttgart 1968, S. 84.

⁶¹⁾ George W. F. Hallgarten, Das Schicksal des Imperialismus im 20. Jahrhundert, Frankfurt 1969, S. 70.

⁶²⁾ Review of Politics 3/1941, S. 432 (G. Briefs).

⁶³⁾ Alfred A. Häslar, Das Boot ist voll, Zürich / Stuttgart 1967, S. 96.

⁶⁴⁾ Review of Politics 3/1941, S. 436.

⁶⁵⁾ Hallgarten, a. a. O.

ristische', in Wirklichkeit gegen das protestantische Preußen." ⁶⁶⁾

Dieser Verdacht, daß der „Vansittartismus“ insgesamt ein Werkzeug katholischer Bestrebungen sei, war allem Anschein nach aus der Luft gegriffen: Der amerikanische Katholizismus war — sei es aus irischer England-Feindschaft oder aus italienischer Mussolini-Verehrung — eher deutschfreundlich orientiert; aber die Sozialdemokraten der „Neuen Volkszeitung“ liebten es mitunter, kulturkämpferische Reminiszenzen zu wecken. In Wirklichkeit war die Preußenfeindschaft in den USA viel mehr für die Liberalen als für die Katholiken typisch.

Jedoch lag es gewöhnlich den westlichen Liberalen fern, die Kreuzzugsstimmung von 1917 zu wiederholen und in ihrer Ablehnung des „militaristischen“ Deutschlands bis zum „Vansittartismus“ zu gehen. John Dewey, der berühmteste amerikanische Liberale seiner Zeit, unterstützte das Council for a Democratic Germany. Nicht nur rechtsgerichtete business-Kreise, sondern auch die militante Linkszeitschrift „PM“ vertraten die Auffassung, daß es im Interesse Europas unklug sei, die deutsche Wirtschaft zu zerstören ⁶⁷⁾. Victor Gollancz, der prominenteste Gegner der „Vansittartisten“ in der britischen Öffentlichkeit, war als Gründer und Leiter des „Left Book Club“ ein Hauptexponent der „linksstehenden, antifaschistischen, prosowjetischen Antikriegs- und Volksfront-Intellektuellen“ ⁶⁸⁾. Harold Laski, der lange Zeit als das geistige Oberhaupt der englischen Linksintellektuellen galt, wirkte dem Einfluß des „Vansittartismus“ in der Labour Party entgegen und wies auf eine entscheidende Schwäche der Vansittartschen Auffassung hin:

„Die Ansichten Vansittarts gründen sich auf die Lehre von der Unveränderlichkeit des Volkscharakters. Es gibt nichts, was diese Annahme bestätigen würde. Im 17. Jahrhundert betrachteten die Franzosen die Engländer als ein wildes Volk, das seine Freizeit ausfüllt mit der Köpfung der Könige...“ ⁶⁹⁾.

Schützenhilfe erhielten die „Vansittartisten“ dagegen von Nicholas Murray Butler, dem sehr konservativ eingestellten Präsidenten der New Yorker Columbia-Universität, der 1944 in der Schriftenreihe „Prevent World War III“ schrieb, bei Kriegsende könnten die Deut-

schen einzig und allein als „überführte Verbrecher“ behandelt werden, und es werde einer mindestens 25jährigen geistigen Säuberung der Deutschen bedürfen, ehe man mit ihnen international wieder auf gleichem Fuß verkehren könne ⁷⁰⁾.

Der „Vansittartismus“ stand schon aus dem Grunde Liberalen nicht gut an, weil er den Geist der Vergeltung atmete und von den Segnungen einer „harten“ Außenpolitik überzeugt war. Außerdem geriet der „Vansittartismus“ in krassen Widerspruch zu linken Grundanschauungen, wenn er, über die Brandmarkung von Junkertum und Schwerindustrie weit hinausgehend, das gesamte deutsche Volk als Träger des Nationalsozialismus ansah und dadurch von der Schuld der Ersteren ablenkte.

Der wundeste Punkt des „Vansittartismus“ und das stärkste Argument seiner Gegner war die Tatsache, daß seine Grundthese „Hitler ist Deutschland“ identisch war mit der Grundthese der NS-Propaganda; wie der „Vansittartismus“ auch in seiner Deutung der deutschen Geschichte nichts anderes tat, als eine seit der Romantik verbreitete konservativ-deutsche Selbstinterpretation mit negativem Akzent neu zu präsentieren: daß Untertanentreue und germanisch-reckenhafter Sinn die Deutschen von jeher ausgezeichnet hätten und ihrem wahrsten Wesen entsprächen, hatten ja von jeher konservative und nationalliberale Geschichtsinterpreten behauptet.

Wenn diese Argumente zeigen, daß das Geschichtsbild des „Vansittartismus“ aus stark voreingenommener Quelle stammt, so beweisen sie noch nicht, daß dies Geschichtsbild grundfalsch ist. Es entsprach der historischen Realität mindestens ebenso wie die in gleicher Weise klischeehafte Vorstellung vom „anderen Deutschland“, die im übrigen oft eine Art

⁶⁶⁾ Erich Matthias (Hrsg.), Mit dem Gesicht nach Deutschland... Aus dem Nachlaß von Friedrich Stampfer... Düsseldorf 1968, S. 619.

⁶⁷⁾ PM, 3. 5. 1944, zit. n. K. O. Paetel, Bericht über Presseäußerungen, in Nachlaß Paul Hertz, S. 16—1 c.

⁶⁸⁾ Stuart Samuels, in: Die europäischen Linksintellektuellen zwischen den beiden Weltkriegen, München 1967, S. 96.

⁶⁹⁾ Zit. n. Freies Deutschland, Sept. 1942, S. 29.

⁷⁰⁾ „Prevent World War III“, vol. 1, no. 2 (June—July, 1944), S. 7.

Komplementärideologie zum „Vansittartismus“ bildete.

Wenn der „Vansittartismus“ den Nationalsozialismus ganz aus typisch deutschen Voraussetzungen herleitete, so bewegte er sich nicht nur insofern auf ausgefahrenen Gleisen, als er sich in negativer Weise jene deutsch-

nationalistische Vorstellung zu eigen machte, daß Deutschland etwas Besonderes sei und von jeher einen anderen Weg als die westliche Welt genommen habe, sondern auch insofern, als er den westlichen Nationalismen schmeichelte und auf diese Weise die Empörung über den Nazismus in unproduktive und herkömmliche Kanäle leitete.